

NEUE ZEIT

FEBRUAR 1980

9

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum _____ Unterschrift des Leiters _____



GEBOT DER ZEIT: ABRÜSTUNG - NICHT AUFRÜSTUNG

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
- Hauptbibliothek -
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305

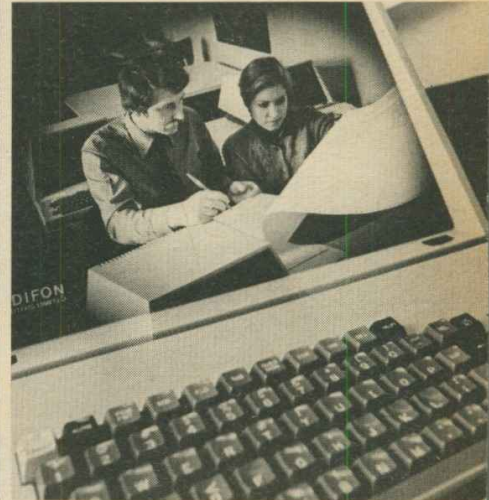
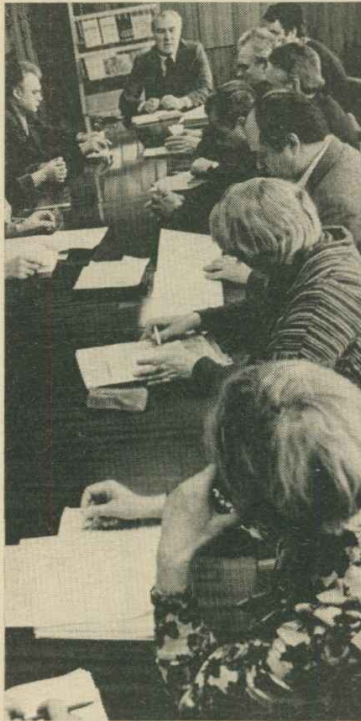
14159-9
BIBLIOTHEK-BEZ
123 678 190
7500-3308
BELS-13-14



Erzeugnisse des Verlages

Der Sitz des Progress-Verlages, wo sich auch eine Buchhandlung befindet

Arbeitsberatung



SOWJETUNION IM BILD

Unter den zahlreichen sowjetischen Verlagen ist der Progress-Verlag einer der größten. Er bringt 1200 Buchtitel in Millionenauflagen heraus — Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus, Bücher mit gesellschaftlicher und politischer Thematik sowie Werke der klassischen russischen Literatur und der multinationalen Sowjetliteratur, Abhandlungen von namhaften sowjetischen Wissenschaftlern, von Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Publikationen erscheinen in 45 Sprachen des Auslands. Und aus fast allen Sprachen werden Werke ausländischer Autoren ins Russische übersetzt.

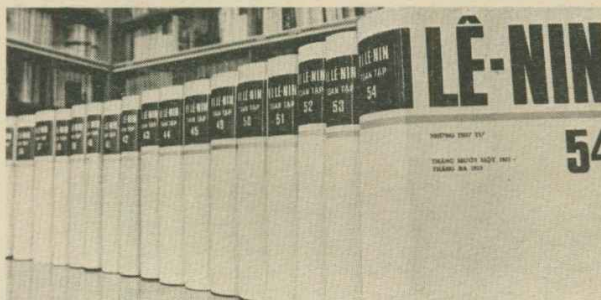
Sehr beliebt sind bei den Lesern unter anderem Reihen wie „Meister der zeitgenössischen Prosa“, „Aus

Anatoli Klyschko,
Chefredakteur der Redaktion
für schöne Literatur



Übersetzer am Werk

Ein Computer spuckt
Informationen aus



Themenplanung,
Herausgabe
der Publikationen
und Leitung
der Produktion erfolgen
mit Hilfe der EDV

Lenins
Gesammelte Werke
in Vietnamesisch



der nationalen Dichtkunst“ und vielbändige Sammlungen der Literaturen der sozialistischen Länder. Ferner erscheinen Werksammlungen, Anthologien und Geschenkausgaben.

Der Progress-Verlag arbeitet eng mit Verlagen in den sozialistischen Ländern sowie in den meisten kapitalistischen Staaten und den Entwicklungsländern zusammen — so beim Erwerb der Übersetzungsrechte und bei gemeinsamen Editionen. Dadurch leistet der Verlag einen großen Beitrag zur kulturellen Zusammenarbeit in der Welt.

Fotos: W. Christoforow (TASS)

ÜBERZEUGT UND GESCHLOSSEN

Am Sonntag, den 24. Februar, schloß eine ganze Phase im politischen Leben unseres Landes: In den 15 Unions- und 29 Autonomen Republiken wurde in die Obersten Sowjets sowie in alle örtlichen Sowjets der Volksdeputierten gewählt. In der Wahlkampagne, an der wie immer das ganze Volk teilnahm, zogen die Partei und alle Staatsbürger das Fazit aus dem seit den vorigen Wahlen Geleisteten, kritisierten und erörterten die vorgekommenen Unzulänglichkeiten und Schwierigkeiten und bestätigten kühne, aber ausführbare Pläne für die Fortentwicklung des wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Potentials unseres Staates. Sie haben die Innen- und Außenpolitik der KPdSU und der Sowjetregierung einstimmig gutgeheißen.

Dieses Mal fielen die Wahlen auf ein Jubiläum der Sowjets. Als vor 75 Jahren auf den Barrikaden der ersten russischen Revolution die ersten Sowjets der Arbeiterdeputierten entstanden, kümmerte sich niemand von den Verfechtern des Kapitalismus in Rußland und erst recht nicht im Ausland darum, was sich diese Fabrikarbeiter so hatten „einfallen lassen“. Die Geschichte aber beurteilte es anders. Lenin, der Gründer unserer Partei und unseres Staates, äußerte sich mit hoher Wertschätzung über diese Schöpfung der Arbeiterklasse und rief zur Aufnahme aller in die Sowjets auf, die sich für ein besseres Dasein der Werktätigen einsetzen wollten. Schon in den ersten Jahren nach der Revolution schrieb Lenin auf die Frage: „Was heißt Sowjetmacht?“, sie sei der von den Massen der Werktätigen gefundene — und daher richtige und daher siegbringende — Weg zum Sozialismus. Die sozialistische Demokratie bedeutet, daß jeder Bürger befähigt werden muß, an der Erörterung der Gesetze des Staates, an der Wahl seiner Vertreter in die Machtorgane und an der Verwirklichung der Gesetze teilnehmen zu können. Die Jahrzehnte dieser politischen Praxis haben zur Schaffung einer einheitlichen Gesellschaft im Land beigetragen, die durch ihre ideologische, politische und soziale Geschlossenheit, durch die Geschlossenheit aller ihrer Nationen und Völkerschaften stark ist. Die Tatsache, daß eine überwiegende Mehrheit der Wahlberechtigten überall zu den Urnen geschritten ist und daß so gut wie alle für die Kandidaten des Blocks der

Kommunisten und Parteilosen gestimmt haben, beweist unumstößlich die Verbundenheit der Kommunisten mit den Massen. Das Volk hat ein hohes Werturteil über die Tätigkeit der KPdSU und ihre Politik abgegeben.

Über 2 Millionen Volksdeputierten hat das Land sein Vertrauen gezollt. Es sind die Besten aus allen Schichten der Gesellschaft, von allen sowjetischen Nationen und Völkerschaften. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Arbeiter und Kolchosbauern, viele sind Frauen und junge Menschen. Die Bedeutung ihres Mandats auf die Erledigung der Staatsgeschäfte ist dadurch noch größer, daß sie es in diesem Jahr erhalten, in dem Lenins 110. Geburtstag und der 35. Jahrestag des großen Sieges über Hitlerdeutschland begangen sowie der XXVI. Parteitag der KPdSU vorbereitet wird.

Wir haben die Wahlkampagne überzeugt und geschlossen, mit optimistischem Blick in die Zukunft durchgeführt. Die Partei- und die Staatsführung haben erneut bekräftigt, daß wir den Kurs auf das friedliche Schaffen, auf die Mehrung der materiellen und geistigen Güter des Volks dieses großen und schönen Landes auch weiter steuern werden. Wie kraß unterscheidet sich hiervon die militaristische Hysterie, von der der Präsidentschaftswahlkampf in den USA begleitet ist! Nicht von ungefähr legt die Menschheit dem amerikanischen Imperialismus zahlreiche provokante Akte zur Last, mit denen er die Entspannung torpedieren und die weltpolitische Lage verschlechtern will. Es ist die Art, wie die Verhandlungen über die Abrüstungsprobleme aufgehalten oder sogar gestört werden. Es ist der provokante Beschluß, gegen die UdSSR und ihre Verbündeten gerichtete neue amerikanische Raketen in Westeuropa zu stationieren. Es ist die Absicht, sich im Indik, in Nah- und Mittelost sowie in Afrika Militärstützpunkte zuzulegen.

Die Lehrerin Galina Maznewa gab in einer Wahlversammlung Leonid Breshnew im Namen der Wähler des Moskauer Bauman-Wahlbezirks den Auftrag, trotz aller Ränke des Imperialismus sein Wirken als standhafter Marxist-Leninist, als Internationalist und Humanist zur Festigung des Friedens und der Völkerfreundschaft fortzusetzen. Bei dieser edlen Mission würden die sowjetischen Menschen stets mit ihm sein.

Ob die imperialistischen Politiker und die Hegemonisten, die den jetzigen Angriff gegen die Entspannung auf dem Gewissen haben, den Sinn dieses Auftrags wohl begreifen? Ob sie endlich einsehen, daß es für die Entspannung keine vernünftige Alternative gibt? Sie werden sich ja einmal für ihre Politik verantworten müssen!

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 9 FEBRUAR 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Überzeugt und geschlossen	1
W. Kusnezow — Doktrin des Friedens und Doktrin der Kriegshysterie	5
K. Karagesian — Forum in Hamburg	7
V. Semjonow — Paris liegt nicht am Potomac	8
Biographisches: Edward Babiuch, Pierre Elliott Trudeau	8, 11
I. Trofimowa — Verantwortungsbewußt	9
V. Ogultschanski — Kanada. Und nach dem Sieg!	10
J. Dmitrijew — Wiederaufnahme des Dialogs	11
W. Lapski — Karibik. In „schwarzer Wut“	12
J. Dimow — Das Pekinger Schattentheater	13
F. Gorjunow — Rechtzeitige Initiative	13
A. Uswatow — USA—Mikronesien. Salamtaktik	14
A. Kudrjawzew — Mauretanien. Ein neues Stadium	14
Notizen ♦ Glossen	16
S. Almasow, J. Kaipow — UdSSR—Indien. 25 Jahre Zusammenarbeit	18
W. Larin — Großbritannien. Militaristische Gelüste der Tories	20
A. Pin — Ist Paris noch Paris!	22
J. Gudkow — Kalte Winde über Lake Placid	25
L. Besymenski — Geheimnisstufe drei (Dokumentarbericht)	27
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Ummengen von Waffen liegen in den Arsenalen. Doch die Zeit drängt. Um die Zivilisation zu retten, sind Abrüstungsmaßnahmen dringend notwendig. Die UdSSR setzt der Kriegshysterie und dem fieberhaften Wettrüsten der USA und der NATO ihren konsequenten und festen Kurs auf Frieden und Sicherheit der Völker entgegen.

Umschlag: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Leonid Bresnnew hielt am 22. Februar eine Rede im Kongreßpalast des Kreml auf einer Wahlversammlung des Moskauer Bauman-Wahlbezirks (siehe S. 5).

Am 24. Februar fanden in der Sowjetunion Wahlen zu den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken und der autonomen Republiken sowie zu den örtlichen Sowjets der Volksdeputierten statt (siehe S. 1).

Das Sowjetvolk und das indische Volk begingen feierlich den 25. Jahrestag der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Leonid Bresnnew gratulierte herzlich dem Kollektiv des Hüttenwerkes von Bhilai, dessen Baubeginn diese Zusammenarbeit einleitete, zu diesem Jubiläum. In Neu-Delhi traf eine sowjetische Regierungsdelegation unter dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Iwan Archipow, ein (siehe S. 18).

Am 26. Februar empfing Leonid Bresnnew im Kreml den Verteidigungsminister der Ungarischen Volksrepublik, Lajos Czinege. Bei dem Gespräch wurden Fragen der vielseitigen sowjetisch-ungarischen Zusammenarbeit und der gegenwärtigen internationalen Lage berührt. Am gleichen Tag überreichte Leonid Bresnnew im Kreml Lajos Czinege den Orden der Oktoberrevolution.

Am 20. Februar empfing Konstantin Tschernenko, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Vo Nguyen Giap, Mitglied des Politbüros des ZK der KPV und stellvertretender Premierminister der SRV-Regierung. Einige Fragen der Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der KPV wurden erörtert.

Am 19. und 20. Februar weilte Oskar Fischer, Mitglied des ZK der SED und Außenminister der DDR, zu einem Besuch in der Sowjetunion. Andrej Gromyko und Oskar Fischer führten Gespräche. Fragen der bilateralen Beziehungen sowie einige internationale Probleme wurden erörtert (siehe S. 9).

Ab 25. Februar wurde eine weitere Gruppe sowjetischer Panzerereinheiten mit den dazugehörigen Panzern aus der DDR abgezogen. Diese Einheiten werden im europäischen Teil der UdSSR stationiert.

Am 26. Februar nahm in Atami (Präfektur Shizuoka) der XV. Parteitag der KP Japans seine Arbeit auf. Unter den Delegationen von ausländischen kommunistischen Parteien, die am Parteitag teilnehmen, ist auch eine Delegation



Moskau, den 24. Februar. Leonid Breschnew und Alexej Kossygin bei der Stimmabgabe.

Fotos: W. Mussaeljan, und W. Koschewoi (TASS)

der KPdSU unter dem Sekretär des ZK der KPdSU, Wladimir Dolgich. Das ZK der KPdSU richtete an den Parteitag eine Grußbotschaft und wünschte ihm eine weitere Festigung und Erweiterung der Reihen der KP Japans, eine Verstärkung ihres Einflusses in den werktätigen Massen, Erfolge im Kampf gegen Reaktion und Militarismus, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, die Entwicklung von Beziehungen im Geiste der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern der UdSSR und Japans.

Am 24. Februar wurde in Dacca der III. Parteitag der KP von Bangladesh eröffnet. Das ZK der KPdSU richtete an den Parteitag eine Grußbotschaft, in der es seiner Gewißheit Ausdruck verlieh, daß die Parteitagebschlüsse zur organisatorischen und ideologischen Konsolidierung der Reihen der Partei sowie zur Festigung der Verbindungen der Kommunisten von Bangladesh zur Arbeiterklasse, zu allen Werktätigen in Stadt und Land beitragen werden.

Alexej Kossygin sandte eine Grußbotschaft an den Vorsitzenden des Ministerrats der VR Polen, Edward Babiuch, zu dessen Ernennung.

Am 21. Februar richtete die ständige UdSSR-Vertretung bei den Vereinten Nationen an den UNO-Generalsekretär eine Erklärung zu den Annexionshandlungen der USA gegen die Pazifischen Inseln (Mikronesien) mit der Bitte, diese Erklärung als offizielles Dokument des

Sicherheitsrates und der UNO-Vollversammlung zu verbreiten (siehe S. 14).

Am 21. Februar wurde gegen 3 Uhr nachts auf das Gebäude der ständigen UdSSR-Vertretung bei der UNO ein Schuß abgegeben. Eine Kugel gelangte in einen Wohnraum, in dem sich eine Frau mit Kind aufhielt. Nur glücklichen Umständen ist es zu verdanken, daß dieser Anschlag keine Opfer forderte. Die UdSSR-Vertretung richtete an die USA eine Protestnote.

Am 21. und 22. Februar unternahmen ausländische Agenten und Söldner, britische, amerikanische, pakistanische und chinesische Marionetten provokatorische und subversive Aktionen, um Unruhen auszulösen. Zur Unschädlichmachung der Diversanten verhängte die Regierung in der Hauptstadt das Kriegsrecht und ein Ausgangsverbot. Einheiten der afghanischen Armee und der Miliz brachten den Rebellenbanden einen vernichtenden Schlag bei und faßten eine Gruppe ihrer Anführer. Unter ihnen sind einige Pakistani sowie ein US-Bürger, der CIA-Agent Robert Lee. Sie werden sich vor Gericht verantworten müssen. Die Lage in Kabul ist unter vollständiger Kontrolle der Volksregierung.

In Damaskus fand eine Tagung des ständigen Sekretariats des Arabischen Volkskongresses statt, an der Vertreter von progressiven Parteien, Bewegungen, Gewerkschaften und anderen Organisationen arabischer Länder teilnehmen.

In einer von der Tagung verabschiedeten politischen Erklärung appellierte der Kongreß an alle Fortschrittskräfte, den Kampf des afghanischen Volkes gegen die von den USA gemeinsam mit China und Pakistan gegen die DR Afghanistan gesponnenen Intrigen zu unterstützen. Wie es in dem Dokument heißt, muß auch in Zukunft das unerschütterliche strategische Bündnis der arabischen nationalen Befreiungsbewegung mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern gefestigt werden.

Am 23. Februar fand in New York eine Sondersitzung des UNO-Sicherheitsrates statt, die auf Antrag der Gruppe islamischer Staaten einberufen wurde. Die gefährliche Lage wurde erörtert, die in den besetzten arabischen Gebieten durch die Annexionsakte und die Repressalien der israelischen Behörden sowie die Bildung immer neuer Siedlungen der Besatzungsmacht entstanden ist.

Am 23. Februar erklärte Ayatollah Khomeini in einer Botschaft an das iranische Volk, daß die Frage der US-Geiseln vom iranischen Medschlis entschieden wird, der nach den Märzahlen Anfang April zusammentritt. Bis zur Wahl des Parlaments müßten der Islamische Revolutionsrat und der Präsident des Landes, Banisadr, alles tun, um eine Auslieferung des in Panama lebenden Schahs und die Rückgabe der von ihm zusammengeraubten Reichtümer an den Iran zu erreichen, betonte Khomeini. Am gleichen Tag traf die internationale Kommission, die die Verbrechen des Ex-Schahs untersuchen soll, im Iran ein. Ihr gehören fünf namhafte Juristen aus Algerien, Frankreich, Sri Lanka, Syrien und Venezuela an. Um den 20. Februar kam es in Teheran, Tebriz, Rescht, Gurgan und vielen anderen iranischen Städten zu Massenkundgebungen und Demonstrationen von Mitgliedern und Anhängern der Moujahideen e Khalq unter Losungen gegen die USA und den Imperialismus.

Vom 20. bis 22. Februar weilte der jordanische König Hussein auf Einladung des Präsidenten Rumäniens, Nicolae Ceausescu, zu einem offiziellen Besuch in Bukarest.

In Hanoi wurde ein Kommuniqué der Untersuchungskommission für die Verbrechen der chinesischen Expansionisten und Hegemonisten veröffentlicht. In dem Dokument heißt es, daß die herrschenden Kreise Chinas weiterhin neue militärische Abenteuer gegen die SRV vorbereiten, indem sie an der Grenze immer wieder bewaffnete Provokationen verüben sowie bis zu 15 Infanteriedivi-

sionen und 6 Armeekorps in den Grenzgebieten zur SRV und in deren unmittelbarer Nähe konzentrieren.

In der chinesischen Führung kommt es zu weiteren bedeutenden Umbesetzungen der Kader. Bei den Veranstaltungen anlässlich des Frühlingsfestes fehlten insbesondere der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPCh, Wang Dongxing, die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPCh, Ji Dengkui, Chen Xilian, Wu De und Chen Yongqiu, die aus staatlichen Ämtern entfernt worden seien. Insgesamt wurden Beobachtern zufolge 30 führende Mitarbeiter des zentralen und des Provinzapparates ab- und umgesetzt.

In El Salvador hält die erbitterte Konfrontation zwischen den demokratischen Kräften, die für radikale sozialökonomische Umgestaltungen eintreten, und der Reaktion an, die die gesamte Macht im Lande ergreifen will. Die USA bereiten, der „Washington Post“ zufolge, eine direkte militärische Einmischung vor — die Entsendung von drei mobilen Übungsgruppen der Armee und von Marineinfanteristen nach El Salvador.



Die rechtsradikalen Gruppierungen von El Salvador suchen eine Atmosphäre des Chaos und der Angst zu schaffen, um einen reaktionären Putsch durchzuführen. Sie überfallen friedliche Demonstrationen der Werktätigen und ermorden Demonstranten. Unser Bild: Ein Terroropfer

Foto: Camera-Press—TASS

Am 21. Februar fand in der österreichischen Hauptstadt hinter verschlossenen Türen die 228. Plenarsitzung der Delegationen aus 19 Ländern statt, die an den Wiener Truppenabbaugesprächen teilnehmen.

Am 19. Februar trafen in Genf die Delegationen der UdSSR, der USA und Großbritanniens bei den Verhandlungen über die Ausarbeitung eines Vertrages für ein allgemeines und vollständiges Verbot der Kernwaffentests zusammen.

Vom 19. bis 21. Februar fand in Wien eine vorbereitende Beratung zur Ein-

berufung eines internationalen Forums — dialog für Abrüstung und Entspannung statt. An ihr nahmen mehr als 50 Repräsentanten aus 23 Ländern teil — die Vertreter einiger nichtstaatlicher Organisationen sowie führende Politiker von 32 Parteien (von sozialdemokratischen, christdemokratischen, kommunistischen, sozialistischen, zentristischen, radikalen und liberalen Parteien aus Ländern Europas, Amerikas, Asiens und Afrikas). Die Beratungsteilnehmer bekundeten ihre große Besorgnis über das anhaltende Wettrüsten und betonten die Notwendigkeit vordringlicher Maßnahmen gegen die Propaganda des kalten Krieges, zur Verteidigung der Entspannung. Das Forum wird vom 3. bis 5. Juni in Wien stattfinden.

In San José, der Hauptstadt Kostarikas, ging die Konferenz „Zum Schutz der Menschenrechte in Mittelamerika“ zu Ende. In einer Resolution wird betont, daß sich die USA in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einmischen, faschistische Diktaturen aufzwingen und die Naturressourcen Lateinamerikas ausbeuten. Die Konferenzteilnehmer beschlossen, eine weltweite Kampagne zur Entlarvung der imperialistischen US-Politik zu entfalten.

Vom 19. bis 21. Februar unternahm US-Außenminister Cyrus Vance eine Reise nach Bonn, Rom, Paris und London. Beobachtern zufolge war das ein weiterer Versuch der US-Administration, ihre westeuropäischen Verbündeten zu zwingen, den Kurs Washingtons zur Unterminierung der Entspannung, zurück zum kalten Krieg zu unterstützen.

Am 24. Februar gingen in Lake Placid die 13. Olympischen Winterspiele zu Ende. Die sowjetischen Sportler errangen mit zehn Medaillen die meisten Goldmedaillen, ferner sechs Silber- und sechs Bronzemedaillen. Die DDR-Sportler erkämpften neun Gold-, sieben Silber- und sieben Bronzemedaillen (siehe S. 25).



Am 23. Februar wurde der Flug der IL 18D auf der Route Moskau—Antarktis—Moskau (über 30 000 km) erfolgreich abgeschlossen. Unser Bild: Die Flugroute

Ich möchte meine Solidarität mit der sowjetischen Außenpolitik bekunden, insbesondere mit der Hilfe für Afghanistan. Entschieden verurteile ich die Lügenkampagne imperialistischer Kreise. Sie entstellen oder verschweigen die Prinzipien der Humanität, die der internationalistischen Hilfe der sozialistischen Staaten, vor allem der Sowjetunion, zugrunde liegen.

Telesforo FUENTEZ SUAREZ
Kanarische Inseln, Spanien

Ich bin Afrikaner und studiere schon über drei Jahre in der DDR. Ich interessiere mich sehr für das politische Geschehen, besonders für die Vorgänge in Afrika, in Simbabwe. Die Wahlen in Rhodesien wurden als gerecht und frei deklariert. Doch die britischen Kolonialbehörden wollen die Wahlen mit dem gleichen Polizei-, Militär- und Beamtenapparat durchführen, der den Ausbeutern und Unterdrückern Simbawwes diente. Es liegt auf der Hand, daß Großbritannien im Interesse der NATO, des Weltimperialismus und entgegen den Hoffnungen der Afrikaner handelt.

Molketsi SEOTSANYANA
Leipzig, DDR

Voller Bedauern habe ich erfahren, daß der großartige amerikanische Sportler Muhammad Ali in eine Kampagne gezerzt wurde, mit der die Carter-Administration die Olympischen Spiele in Moskau verhindern will. Nein, das macht ihm, den wir als Freund unseres Landes, als Kämpfer für die Rechte der afroamerikanischen Bevölkerung und als Gegner des schmutzigen Krieges in Vietnam kannten, keine Ehre!

J. ZITES
Leningrad, RSFSR

Ihre Zeitschrift würde wohl interessanter werden, wenn sie z.B. einen monatlichen Überblick des internationalen Geschehens bringen würde. Die „Neue Zeit“ sollte häufiger außenpolitische Artikel von Journalisten aus sozialistischen Staaten sowie von fortschrittlichen Autoren aus kapitalistischen Ländern veröffentlichen. In diesem Sinne scheint mir Heft 5/1980 gelungen zu sein.

W. FISSANOW
Tschernowzy, Ukrainische SSR

DOKTRIN DES FRIEDENS UND DOKTRIN DER KRIEGSHYSTERIE

Wladlen KUSNEZOW

Wo liegt der wahre Grund für die gegenwärtige Zuspitzung der Weltlage? Wer trägt die Verantwortung dafür? Wohin geht die Welt, zu neuen Spannungen und zur weiteren Destabilisierung oder aber zur Beruhigung und Normalisierung? Diese Fragen bewegen die Weltöffentlichkeit.

In Äußerungen des USA-Präsidenten und der Exponenten seiner Administration würde man vergebens nach vorurteilsfreien, nicht tendenziösen Antworten auf diese Fragen suchen. Solche fast täglichen, weitschweifigen und hochtrabenden Reden enthalten viel übliche Selbststrecke und ebenso übliche antisowjetische Propaganda und Demagogie, viel Lob auf die „führenden“ Rolle und die „unübertroffene“ Macht der USA, aber kaum etwas, was auf die wirklichen Absichten schließen ließe. Bisweilen verplaudern sich die Redner und geben sich sogar eine Blöße, aber sonst verstehen sie sich auf ihr Handwerk: Sie maskieren ihre wahren Ziele, entstellen die Ziele der anderen und suggerieren eine Interpretation der Ereignisse, die die mächtigen Konzerne und der Militär-Industrie-Komplex hören wollen.

Auch Extreme, die sich besonders in komplizierten und widerspruchsvollen Situationen bemerkbar machen, behindern eine richtige Beurteilung der Weltlage. Einerseits werden die Gefahren für den Frieden unterschätzt. Andererseits wird die Sachlage fatalistisch dramatisiert, wenn z. B. gewisse Leute erklären, das ganze System der internationalen Beziehungen sei aus den Fugen.

Zum Kern der Sache

Da ist es besonders wichtig, das Weltgeschehen ausführlich und argumentiert zu analysieren, denn sonst ist eine realistische Politik undenkbar. Eine solche Analyse finden wir in den Antworten Leonid Breschnew auf Fragen eines „Prawda“-Korrespondenten vom 13. Januar, in seiner Rede im Kreml zu Ehren der Führer Kampucheas, am 4. Februar. Auch seine Rede vor den Wählern am 22. Februar hat ein weltweites Echo ausgelöst.

Warum schürt man in Washington hartnäckig die antisowjetische und die antiafghanische Kampagne weiter? Was veranlaßt die führenden Männer der Administration, die sonst entschieden etwas von Sonntagspredigern an sich haben, mit einmal einen Ton anzuschlagen, der in den zwischenstaatlichen

Beziehungen unmöglich ist? Leonid Breschnew verweist in diesem Zusammenhang auf folgendes: „... je geringer die Möglichkeiten des Imperialismus werden, über andere Länder und Völker zu herrschen, desto ungehaltener reagieren darauf seine aggressivsten und kurzsichtigsten Vertreter.“

Erst vor kurzem, in seiner Botschaft „Über die Lage der Nation“ vom Januar d. J., erklärte der USA-Präsident: „Wir müssen die Welt so akzeptieren, wie sie ist.“ Aber das ist es eben: Wenn die heutigen Herren im Weißen Haus auch bereit sind, die Welt zu akzeptieren, so nur im Rahmen einer Pax Americana. Kaum hat ein Land seine Freiheit und Unabhängigkeit erreicht und den Bann der imperialistischen Herrschaft der Beeinflussung gebrochen, und schon führen sich die herrschenden USA-Kreise auf, als hätten sie einen ihrer Bundesstaaten verloren. Dort kann man bis heute den „Verlust“ von drei Ländern Indochinas, von Angola, Äthiopien und Nikeragua nicht verwinden. Und der „Verlust“ des altgewohnten Aufmarschgebiets in Iran und der Aussichten auf ein solches in Afghanistan, an der Südgrenze der UdSSR, hat Washington vollends die Ruhe geraubt. Nun ist klar: Ihm passen die weltweite Entwicklung, die gesetzmäßigen, objektiven Prozesse des revolutionären Befreiungskampfes der Völker in verschiedenen Regionen nicht. In dieser krankhaften, wahnwitzigen Reaktion Washingtons liegt der wahre Grund der gegenwärtigen Abkühlung des Weltklimas.

In der USA-Hauptstadt scheint man es verlernt zu haben, zwischen eigen und fremd zu unterscheiden. Was den Persischen Golf anbelangt; so stehe dort „im Grunde das wirtschaftliche und politische Wohlergehen der USA und ihrer Verbündeten auf dem Spiel“. Diese Worte wirken um so unheimlicher, als sie vom USA-Verteidigungsminister Brown stammen.

Der Reaktion Washingtons entsprechen seine Handlungen. Die Entsendung von Kriegsschiffen zur iranischen Küste, die forcierte Aufrüstung der Teilnehmer des antiarabischen Komplotts Israel und Ägypten, die fieberhafte Umwandlung Pakistans in ein Instrument zur erweiterten Expansion in Asien, die eiligen Versuche, den Indischen Ozean, den Nahen und Mittleren Osten und afrikanische Länder mit einem Netz von Militärstützpunkten zu überziehen: Das sind die Hintergründe der jetzigen Zuspitzung der Weltlage. „Die

USA“, sagte Leonid Breschnew, „möchten diese Länder ihrer Hegemonie unterordnen und sich ungehindert deren Naturschätze aneignen. Zugleich wollen sie die Territorien dieser Länder für ihre strategischen Pläne gegen die sozialistische Welt und die nationalen Befreiungsbewegungen ausnutzen. Das ist des Pudels Kern.“

Die Hegemoniebestrebungen der USA richten sich jetzt auch gegen Westeuropa. Washington hat der NATO ein Langzeitprogramm der verstärkten Rüstung und neue nukleare Raketenysteme aufgezwungen, um seine Bündnispartner noch fester in den Schraubstock zu nehmen, in die eigene „Strategie der Strafexpeditionen“ („Financial Times“, London) einzubeziehen und ihnen einen Teil der Rüstungsausgaben aufzubürden, die auf den USA selbst immer schwerer lasten.

Natürlich spricht man in Washington nicht laut von solchen Bestrebungen. Man versucht vielmehr, die Weltöffentlichkeit auf eine falsche Fährte zu locken: die Entwicklung in Afghanistan als den Hauptgrund für die Verschlechterung der Weltlage und der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen hinzustellen sowie die „sowjetische Gefahr“ für Pakistan und Iran herauszustreichen. Deshalb gilt es, sich über die Kasuistik der USA-Politik, ihre wahren Motive und Ziele klarzuwerden und das hinterlistige Vorhaben jener Kreise zu erkennen, die die Entwicklung in Afghanistan zum Vorwand nehmen, um gegen die Entspannung zu Felde zu ziehen und die eigenen Pläne der globalen Expansion und Hegemonie zu verwirklichen.

Leonid Breschnew enthüllte dieses Vorhaben, er forderte alle friedliebenden Völker und Staaten auf, die gefährlichen Pläne der Weltherrschaftsanwärter zu durchkreuzen: „Die abenteuerlichen ‚Doktrinen‘ der neuen Propheten der ‚Politik der Stärke‘ sind nicht nur für irgendein einzelnes Land oder für eine Gruppe von Ländern gefährlich. Sie bergen eine Gefahr für den Frieden und für die Sicherheit aller Staaten und Völker in sich.“

Andere Zeiten

Leonid Breschnew ging besonders auf die Beziehungen der UdSSR zu jenen Staaten ein, die sich vom Kolonialjoch befreit und das schwierige Werk des Aufbaus eines neuen, unabhängigen Lebens angepackt haben. Das ist eine wichtige, prinzipielle Frage, weil direkt

mit den gegenwärtigen und künftigen Geschicken unserer Zivilisation verbunden. In den Entwicklungsländern lebt die Mehrheit der Menschheit. Dort sind gewaltige Reichtümer — Energieträger und defizitäre Rohstoffe — konzentriert, um derentwillen die militanten imperialistischen Kreise zu allem bereit sind. Dort haben sich als Folge der langen Kolonialherrschaft so viel Ungerechtigkeiten und Unzufriedenheit, so viel „Explosionsstoff“ angesammelt, die Überwindung der erschreckenden Rückständigkeit und Armut, der Krankheiten und des Analphabetentums wirft so verwickelte Probleme auf, daß all das in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Menschheit rücken muß. Überdies wollen die imperialistischen Strategen Asien, Afrika und Lateinamerika nachgerade zum wichtigsten Schauplatz einer erbitterten Konfrontation zwischen Ost und West machen.

Die Staaten dieser Kontinente brauchen festen Frieden; strikte Achtung ihrer Souveränität und der Rechte ihrer Völker sowie wirklich gleichberechtigte internationale Beziehungen. Leonid Breshnew sagte: „Gerade auf dieser Grundlage entwickeln sich unsere guten Beziehungen und die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit vielen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, sei es das große Indien oder das kleine Benin, das republikanische Algerien oder das monarchische Jordanien, die benachbarte Türkei oder das ferne Brasilien.“

Die Sowjetunion schätzt die Ähnlichkeit ihrer Ansichten mit denen der Entwicklungsstaaten zu vielen Weltfragen. Doch versucht sie nicht, ihnen ihre Politik zu diktieren. Die UdSSR ist stolz darauf, einen beträchtlichen Beitrag zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau und mehrfach auch zur Festigung der Wehrfähigkeit dieser Staaten geleistet zu haben. Aber sie nutzt ihre Hilfe nicht dazu aus, auf deren Empfänger Druck auszuüben oder sich Zutritt zu fremden Reichtümern, zu Stützpunkten auf fremdem Boden zu verschaffen.

Wie verfahren aber die USA und einige ihrer Partner dabei? Sie lassen sich ihre Hilfe teuer bezahlen: durch Aushöhlung der Selbständigkeit, Gewährung von Militärstützpunkten und Überlassung von Mangelerohstoffen (die USA importieren gegenwärtig mehr als die Hälfte von den 18 wichtigsten strategischen Rohstoffen aus den Entwicklungsländern), bisweilen auch durch Freigabe der nationalen Interessen.

In Washington prahlt man gern mit den Ausmaßen und der Uneignützigkeit seiner Wohltätigkeit. Nun haben aber amerikanische Experten selbst besagte „Wohltaten“ näher betrachtet: Insgesamt macht die USA-Hilfe für die Länder Lateinamerikas und der Karibik nur ein Drittel jener Mittel aus, die Israel von Washington erhält. Alle afrikanischen Staaten zusammen erhalten

von den USA nur die Hälfte des für Ägypten bestimmten Betrags. In Washington weiß man genau, wem die Dollars zuzuführen sind und wofür.

Dort möchte man, daß niemand die Imperialisten an der Plünderung der jungen Staaten, daß niemand die modernen Kolonialherren an ihrer politischen und militärischen Expansion hindert. Doch müßten sie sich solche Hoffnungen versagen und über folgende Worte aus Breshnews Rede nachdenken: „Jetzt ist nicht mehr die Zeit vor dem zweiten Weltkrieg und auch nicht die der 50er Jahre. Dutzende früher abhängige Länder haben Erfahrungen im selbständigen Leben und in der selbständigen Politik gesammelt. Die Völker durchschauen jetzt besser das Spiel der Imperialisten und wissen, wo ihre Freunde und wo ihre Feinde sind.“ Die blutige Lehre aus dem von der CIA angelegenen Putsch in Chile war nicht vergebens. Iran und Afghanistan haben eine Lehre daraus gezogen.

Die Kräfte, deren Karten in Afghanistan gestochen sind, erlauben es sich jetzt, neue Figuren für die Führung dieses Landes zu suchen und sogar für das Land zu entscheiden, welchen Status es haben soll. Selbstgefällige, spekulative, illusorische Kalküle! Wenn man in Washington schon so sehr auf den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan wartet, wird dazu nicht gar so viel benötigt: Afghanistan in Ruhe zu lassen, Pakistan und andere Länder nicht mehr gegen dieses Land aufzuhetzen und auch Peking davon abzuhalten. Statt dessen erweitert Washington die Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans und schiebt dadurch den Abzug der sowjetischen Truppen hinaus. Was die UdSSR betrifft, so ist ihre Position in dieser Frage unmißverständlich.

„Ich möchte mit aller Entschiedenheit erklären: Wir werden zum Abzug unserer Truppen bereit sein, sobald alle Formen der gegen die Regierung und das Volk von Afghanistan gerichteten Einmischung von außen eingestellt sind. Die USA sollten das mit den Nachbarn Afghanistans garantieren — dann entfällt auch die Notwendigkeit der sowjetischen Militärhilfe.“

Diese Erklärung Breshnews schafft volle Klarheit in der Frage, wer was unternehmen muß, damit die Sicherheit und Selbständigkeit Afghanistans zuverlässig geschützt sind und die sowjetischen Truppen heimkehren dürfen.

Welcher Rückhalt!

Die amtliche USA-Propaganda und ein Teil der Presse überbieten sich in Erfindungen über die sowjetische „militärische Bedrohung“, sie reden vom bösen „russischen Bären“, aber wie ist es um den amerikanischen Grislybären bestellt? Nachdem er seine Pfoten von der scheinbar leichten Beute in Afghanistan wegnehmen mußte, schlägt er in

blinder Wut alles um sich kurz und klein, ohne sich um die Sauberkeit seines Fells zu kümmern.

Die ganze Welt sieht jetzt den Kontrast zwischen Politik und Verhalten der beiden stärksten Staaten der Erde. Der eine schürt die Spannungen, der andere tritt die schwelenden Spannungsherde aus. Der eine ist bereit, das gesammelte Kapital der Entspannung zum Fenster hinauszuerwerfen, der andere tut alles, um es zu bewahren und zu mehren. Der eine beschwört die Gefahr des nuklearen Weltkrieges herauf, der andere wendet sie ab. Der eine betreibt eine Politik, über deren Unberechenbarkeit selbst seine nächsten Verbündeten erschrocken sind, der andere schlägt einen genauen Kurs vor, der zur Festigung der internationalen Sicherheit führt.

James Reston von der „New York Times“ gibt Situation und Stimmungen im amtlichen Washington genau wieder: „Präsident Carter wirkt gegenwärtig sicher, ja forsch, aber nachts nagen leise Zweifel an seinen Beratern: Sie empfinden einen immer stärkeren und gefährlicheren Sog unter den eigenen Füßen. Drei Dinge bereiten ihnen Kummer: der hartnäckige Anstieg von Preisen und Diskontsatz; das überraschende Auftauchen junger Menschen, die gegen die Registrierung der Personen im Einberufungsalter protestieren; die immer mißtrauischere Haltung der Presse und der Bündnispartner zum außenpolitischen USA-Kurs.“

Das Leben wird letzten Endes alles richtig einordnen, auch den Leuten ihren Platz weisen, die sich am Hochmut der Kraft und an der Illusion, sich alles leisten zu dürfen, berauschen. Die Zeiten und das internationale Kräfteverhältnis sind jetzt nicht so, daß jemand damit rechnen könnte, die Welt nach eigenem Gutdünken umzumodeln. Die internationalen Beziehungen sind nicht aus den Fugen, obwohl Washington sie auf Zerreißfestigkeit prüft.

In dieser komplizierten, unruhigen Zeit haben die Friedensanhänger einen Rückhalt. Sie stützen sich auf die Kräfte, dank denen in erster Linie der kalte Krieg überwunden und der Übergang zur Entspannung gesichert wurde; die Kräfte, deren Politik einen der Hauptfaktoren bildete, die das internationale Leben stabilisieren und konstruktiv gestalten. Die sozialistische Gemeinschaft ist nicht nur eine Gewähr für die sichere Vorwärtsbewegung aller ihrer Teilnehmerländer, wie sich die internationale Entwicklung auch wendet, sondern auch eine zuverlässige Stütze des Weltfriedens.

Mit vollem Recht konnte Leonid Breshnew sagen: „Faktisch sind alle wichtigen Beschlüsse zur Festigung des Friedens und zur Eindämmung des Wettlaufens, die während des vergangenen Jahrzehnts von internationalen Foren angenommen wurden, sowie die wich-

tigsten Verhandlungen zu diesen Fragen Ergebnis der Initiative der Länder des Sozialismus. Ihre konkreten Vorschläge zu den Fragen der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit sind ein umfangreiches, weitsichtiges und realistisches Programm zur Sicherung des Friedens in unserer Epoche."

Daß die Geschlossenheit der Brudersländer fest ist, zeigten schon mehrere harte Prüfungen; diese Geschlossenheit schirmte Länder gegen Gefahren ab und half jenen Staaten, auf die es der Imperialismus wieder einmal abgesehen hatte. In Vietnam, Laos und Kambodscha mußten die Aggressoren erfahren, daß es eine größere Kraft gibt als Interventionsarmeen, Bomben und Napalm. Die Macht der sozialistischen Staaten, ihre Einheit und Solidarität sind keineswegs ein Ding für sich. Die Ziele ihrer internationalen Politik laufen nicht den Grundinteressen der Völker der Welt, den Interessen der friedlichen und fortschrittlichen Entwicklung der menschlichen Zivilisation zuwider. Mehr noch, sie dienen dem Weltfrieden, und der Dienst an diesem Ziel ist dem Weltsozialismus Berufung und Pflicht. „Heute“, sagte Leonid Breschnew, „da die Kräfte des Imperialismus zur Gegenoffensive auf die Entspannung, auf den Frieden und auf die Rechte der Völker übergegangen sind, ist die Aktionseinheit der sozialistischen Länder bei der Verteidigung ihrer höchsten Werte so wichtig wie nie zuvor. Und diese historische Aufgabe werden unsere Länder, dessen bin ich gewiß, würdig erfüllen!"

Die Möglichkeiten der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder sind enorm. Sie lassen denjenigen keine Hoffnung, die diese Länder einschüchtern oder von ihrem Weg abdrängen möchten. Die sozialistischen Länder werden stets instand sein, sich selbst und ihre Interessen zu verteidigen. Der „Doktrin“ der Kriegshysterie und des lieberhaften Wettrüstens setzen sie die Doktrin des konsequenten Kampfes für Frieden und Sicherheit in der Welt entgegen. Die UdSSR und ihre Bündnispartner fordern alle Anhänger der Entspannung auf, die bestehende Gefahr und die zunehmende Aggressivität der imperialistischen Kreise mit gemeinsamen Kräften zu bekämpfen. Wie Leonid Breschnew sagte: „Dieser Aggressivität können nur die Macht und die vernünftige Politik der friedliebenden Staaten sowie die Geschlossenheit der Völker Einhalt gebieten, die gefährlichen Pläne jener zu vereiteln, die Anspruch auf die Welt Herrschaft erheben."

Die Position der UdSSR, in der sich die größte Friedensliebe und das konstruktive Herangehen an die Weltfragen mit der festen und entschlossenen Zurückweisung der Kräfte der Spannungen vereinigen, gibt der Weltöffentlichkeit die Sicherheit, daß der Frieden erhalten und gefestigt wird. ■

FORUM IN HAMBURG

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Das Herz Hamburgs schlägt im Hafen mit seinen Schwimmdocks, dem Fischmarkt und den Seemannsheimen. Als Hafenstadt ist Hamburg sozusagen ein Barometer der guten Nachbarschaft — ob nun zu Zeiten, in denen der Welthandel prosperiert, oder bei einer Abkühlung des internationalen Klimas. Verständlich, daß sich Bürgermeister Klose — als Vertreter der Hansestadt — in seiner Begrüßungsansprache an die Teilnehmer des wissenschaftlichen Forums für die Fortführung der Entspannung aussprach. Die 400 Delegierten aus 33 Ländern Europas, aus den USA und Kanada wußten das zu würdigen. Waren sie ja zusammengekommen, um globale Fragen der Wissenschaft nicht losgelöst von der Wirklichkeit zu erörtern, sondern gerade um zum gegenseitigen Verständnis und zur Zusammenarbeit der Völker beizutragen. Auch das Forum selbst ist Ausdruck der internationalen Entspannung.

In der KSZE-Schlußakte war vorgesehen, ein wissenschaftliches Forum einzuberufen, dessen Charakter und Aufgaben klar bestimmt waren: Es sollte eine Tagung „führender Persönlichkeiten der Wissenschaft aus den Teilnehmerstaaten zur Erörterung zusammenhängender Probleme von gemeinsamem Interesse auf dem Gebiet gegenwärtiger und zukünftiger Entwicklungen der Wissenschaften und zur Förderung des Ausbaus von Kontakten, Verbindungen und des Informationsaustausches zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und zwischen Wissenschaftlern“ sein.

Das Forum tagte im modernen Congress Centrum der Hansestadt. Die Vertreter des Gastgeberlandes taten alles, um die erforderlichen Voraussetzungen für die Arbeit des Forums sowie für eine sachliche und wohlwollende Atmosphäre zu schaffen. Das erstrebten — wenn auch nicht ohne Ausnahme — ebenfalls seine Teilnehmer.

Am Eröffnungstag, dem 18. Februar, sprachen nach den Begrüßungsansprachen von Bürgermeister Klose und des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher, Vertreter der UNESCO und der UNO-Wirtschaftskommission für Europa. Dann traten die Leiter der Delegationen von Jugoslawien, Polen, der Bundesrepublik und Schweden ans Redner-



pult. Sie berichteten ausführlich vom Beitrag ihrer Länder zur internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit und sprachen von den Hoffnungen, die die Völker mit einer Fortführung des Entspannungskurses in Europa verbinden. Nicht allen Thesen der Redner konnte man zustimmen, doch man spürte, daß die Wissenschaftler sich verantwortlich für die Zukunft des Kontinents fühlen.

Als Dissonanz zu diesen Reden nahmen sich die Thesen eines britischen und eines amerikanischen Delegierten aus. Obgleich sie versicherten, es gehe ihnen um die „Wissenschaft als solche“, entstand bisweilen der Eindruck, als sprächen nicht Wissenschaftler — vielmehr meinte man Reden von Premierministerin Margaret Thatcher und von Präsident James Carter — und zudem, nicht gerade deren gemäßigten Reden — zu hören. Bei beiden Rednern wurde immer klarer, daß sie sich in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder einzumischen suchten. Prof. Handler (USA) deutete sogar größenwahnsinnig die Möglichkeit an, einige Länder zu „bestrafen“, wenn diese nicht ihre Gesetze in einem Washington genehmen Geist ändern würden.

Doch die Versuche, das Forum von seinen wahren Aufgaben abzulenken, blieben erfolglos. Dazu trug nicht wenig das konstruktive Auftreten der sowjetischen Delegation bei. Nikolai Blochin, Präsident der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR, der besagten Ausfällen die gebührende Abfuhr erteilte, betonte, daß die Versuche, den natürlichen Prozeß der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zu bremsen oder zu begrenzen, letztlich allein jenen Schaden bringen werden, die diesen Weg einschlagen. Unter diesen Umständen nimmt das Hamburger Forum an Bedeutung zu, ein Forum, das zur Konsolidierung und Mehrung alles Positiven der letzten Jahre in der internationalen wissen-

schaftlichen Zusammenarbeit nicht nur beitragen kann, sondern auch muß.

Im Mittelpunkt der Rede des sowjetischen Delegationsleiters stand ein ausführlicher Bericht darüber, was in der UdSSR getan und geplant wird, um die internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik zu fördern.

Nehmen wir nur die Zusammenarbeit im Rahmen des RGW. An ihr nehmen mehr als 2200 Forschungs-, Projektierungs- und Konstruktionsbüros sowie Hochschulen teil. Auf multilateraler Grundlage werden über 800 Fragenkomplexe erforscht. Welch bedeutende Ergebnisse die Zusammenarbeit bringen kann, wird an Beispielen deutlich wie der erfolgreichen Erfüllung des Interkosmos-Programms, in dessen Rahmen 1978 Flüge internationaler Besatzungen in den erdnahen Raum erfolgten, sowie der Entwicklung des einheitlichen EDV-Systems „Rjad“.

Die wissenschaftlich-technischen Verbindungen der UdSSR zu westlichen Ländern sind in 64 Regierungsabkommen geregelt. Zudem haben das Staatskomitee der UdSSR für Wissenschaft und Technik sowie andere Institutionen ca. 300 Abkommen mit ausländischen Firmen und wissenschaftlichen Einrichtungen geschlossen.

So arbeiten sowjetische und bundesdeutsche Wissenschaftler gemeinsam in der Radioastronomie, bei langfristigen Wettervorhersagen, der Theorie des Klimas und in vielen anderen Bereichen zusammen und stimmen ihre Forschungen ab. Gut entwickeln sich die gemeinsamen sowjetisch-französischen Vorhaben in der Raumforschung, der Erforschung der gesteuerten thermonuklearen Synthese, der Physik der niedrigen und der hohen Temperaturen sowie der Halbleiterphysik. In der elektronischen Optik, beim Schutz der Metalle vor Korrosion und in Fragen des Umweltschutzes arbeiten sowjetische und britische Wissenschaftler zusammen. Die UdSSR unterhält fruchtbare wissenschaftliche und technische Kontakte zu Italien, Frankreich, Schweden, Dänemark und zu einigen anderen westeuropäischen Staaten. Die Sowjetunion wirkt in 344 internationalen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Organisationen mit.

Auf dem Hamburger Forum hat die sowjetische Delegation die Bereitschaft unseres Landes bekräftigt, auch in Zukunft zur Vertiefung und zur Ausweitung dieser konstruktiven Zusammenarbeit entsprechend den Prinzipien der KSZE-Konferenz beizutragen.

Hamburg

Wenn man in den letzten Wochen die Überschriften einiger französischer Zeitungen durchsieht oder Rundfunk- bzw. Fernsehkommentatoren zuhört, meint man unwillkürlich, die Zeit sei vor ca. 20 Jahren stehengeblieben.

Reaktionäre Kreise sind zum Marsch gegen die Entspannungspolitik, gegen die Zusammenarbeit Frankreichs mit der Sowjetunion angetreten. Durch die antikommunistische und antisowjetische Kampagne soll bei den Franzosen Zweifel an der friedliebenden Außenpolitik der UdSSR und an deren Absicht geweckt werden, Freundschaft und Zusammenarbeit mit Frankreich zu entwickeln.

Besonders aufdringlich sind jetzt die Stimmen der „Atlantiker“, für die auf allen Etappen der Nachkriegsgeschichte Frankreichs die blinde Gefolgschaft gegenüber Washington das A und O war. Jetzt haben sie es eilig, Untertanengesinnung demonstrierend, erneut der US-Administration zu Hilfe zu kommen — allen voran die Rechtsblätter „Aurore“ und „Figaro“ sowie die illustrierte „Express“. Die gleichen Töne schlägt der „Nouvel Observateur“ an, der sich mit linken Phrasen tarnt. Wenn es um die Détente, die französisch-sowjetische Zusammenarbeit oder die Olympiade in Moskau geht, beten diese Sprachrohre Amerikas das nach, was vom Ufer des Potomac zu vernehmen ist.

Aron, ein eingefleischter Sowjetfeind, behauptet im „Express“, der derzeitige Kurs der US-Administration liege im Interesse Frankreichs. Die „Aurore“ ruft dazu auf, die Beziehungen zur UdSSR zu drosseln, „Sanktionen“ zu verhängen, zu „bestrafen“ usw. Ein gewisser Brulon schlägt vor, „die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR auf ein Minimum abzubauen“, das Madrider Nachfolgetreffen „abzusagen“ und „Festigkeit zu zeigen“. Bedauerlicherweise klingen unfreundliche, dem Geist der sowjetisch-französischen Beziehungen nicht entsprechende Töne bisweilen auch in offiziellen Äußerungen an.

Die meisten Franzosen verbinden unabhängig von ihren politischen Anschauungen und Überzeugungen, von ihrer Parteizugehörigkeit zu Recht die Entspannung mit dem Kurs auf die Schaffung einer Atmosphäre der Stabilität und der guten Nachbarschaft von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in Europa. Die Ergebnisse der Entspannungspolitik, die durch die gemeinsamen Bemühungen in den

BIOGRAPHISCHES



MITGLIED DES POLITBÜROS DES ZK DER PVAP UND
VORSITZENDER DES MINISTERRATES DER VR POLEN

EDWARD BABIUCH

einigten Arbeiterpartei bei. Nachdem er 1955 die Zentrale Partischule absolviert hatte, wurde er im ZK der PVAP tätig. Seit 1959 war Edward Babiuch einige Jahre Sekretär des Warschauer Wojewodschafts-Komitees der PVAP. In diesen Jahren schloß er die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Hochschule für Planung und Statistik ab.

1963 wurde Edward Babiuch zum stellvertretenden Leiter der Organisationsabteilung des ZK der PVAP und zum Chefredakteur der Zeitschrift „Życie Partii“ ernannt. Von 1965 leitete er die Organisationsabteilung des ZK der PVAP. Seit dem IV. Parteitag gehört er dem ZK der PVAP an, seit Dezember 1970 ist Edward Babiuch im Politbüro und als Sekretär des ZK der PVAP tätig.

1948 trat Edward Babiuch der Polnischen Ver-

1969 wurde Edward Babiuch in den Sejm der VR Polen gewählt. Seit 1972 war er Mitglied des Staatsrates und ab 1976 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates der VR Polen. Seit 1971 gehörte Edward Babiuch zugleich dem Präsidium des Komitees der Einheitsfront des polnischen Volkes an.

Am 18. Februar 1980 ernannte der Sejm das Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Edward Babiuch, zum Vorsitzenden des Ministerrates der VR Polen.

Edward Babiuch besuchte wiederholt die Sowjetunion — das letzte Mal im November 1978. Er gehörte damals der polnischen Delegation auf der Moskauer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten an.

PARIS LIEGT NICHT AM POTOMAC

Vitali SEMJONOW

vergangenen 10—15 Jahren erreicht worden sind, sind bedeutend — auch für Paris. Zwischen Frankreich sowie der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft wurden stabile politische Verbindungen hergestellt, die in einigen bilateralen Grunddokumenten verankert wurden. Beiderseitig vorteilhafte Beziehungen in Handel und Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Kultur u. a. wurden angebahnt. Allgemein wird anerkannt, daß die französisch-sowjetische Zusammenarbeit eine Art Labor der Entspannung ist. Die dabei gesammelten Erfahrungen wurden von vielen Ländern Europas und nicht nur Europas übernommen.

Deshalb hat in politischen und gesellschaftlichen Kreisen Frankreichs die Besorgnis über den Kurs der US-Administration, eine Kriegspsychose hochzutreiben sowie immer neue Länder und Regionen, vor allem Europa, in die Sphäre der US-Globalstrategie einzubeziehen, stark zugenommen. Die hartnäckigen Versuche der USA, durch massiven Druck die Politik Frankreichs in den Dienst der eigenen Interessen zu stellen, blieben in Paris nicht unbemerkt. Genauso wurde der plumpe Versuch bewertet, französische Vertreter zu einer Außenministerkonferenz der führenden westlichen Länder herbeizubefehlen, auf der eine „antisowjetische Front“ unter Führung des Weißen Hauses zusammengezimmert werden sollte.

Die Weigerung Frankreichs, an diesem Treffen teilzunehmen, hat seinen Initiatoren ganz offenbar die Stimmung vermiest. Die US-Presse beeilte sich, Paris der „Sabotage“, der Mißachtung der Interessen der „westlichen Solidarität“ und anderer Sünden zu bezichtigen.

Doch es geht hier um etwas anderes. An „Solidaritäts“bekundungen Frankreichs hat es nicht gemangelt. Washington versteht diese „Solidarität“ auf seine Art: als bedingungslose Unterordnung unter seinen derzeitigen militaristischen Kurs.

Man wird sich in Frankreich immer klarer bewußt, wie gefährlich diese entspannungsfeindlichen Pläne sind. Können sie ja nur eine Rückkehr zum kalten Krieg herbei-

führen. Das würde schließlich das Fundament der Politik untergraben, das noch General de Gaulle gelegt hat und das von der überwiegenden Mehrheit des französischen Volkes gebilligt wird.

In politischen Kreisen des Landes haben die Äußerungen von Couve de Murville, des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung, der die Wichtigkeit der Fortsetzung normaler Ost-West-Beziehungen betonte, ein positives Echo gefunden. Couve de Murville erklärte offen, daß die heutigen internationalen Spannungen das Ergebnis des unter dem Druck der USA gefaßten Beschlusses der NATO sind, neue US-Atomraketen in Westeuropa zu stationieren, nicht aber der Vorgänge in Afghanistan, wie das die US-Administration und jene, die deren Behauptungen nachbeten, zu beweisen suchen.

Die realistischen denkenden, weit-sichtigen Staatsmänner und Politiker des Landes treten für die Fortführung des konstruktiven Dialogs ein, dessen Bedeutung in der komplizierten internationalen Lage noch mehr zunimmt. So schrieb die Wochenschrift „Point“: „Für Paris besteht kein Zweifel, daß Ost und West an der Entwicklung der Entspannung vom Atlantik bis zum Ural interessiert sind.“

Der antisowjetische Rummel, der vor allem gegen die Entspannung gerichtet ist, stößt auf den zunehmenden Widerstand aller, denen die sowjetisch-französische Freundschaft, der Frieden teuer sind. Gegen diese Kampagne, die den nationalen Interessen des Landes zuwiderläuft, wendet sich entschieden die FKP. Die französischen Kommunisten als wahre Patrioten meinen, daß die Entwicklung unserer bilateralen Zusammenarbeit zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt beiträgt.

Für die Fortführung der Entspannungspolitik, für die Entwicklung guter Beziehungen zur UdSSR tritt die überwiegende Mehrheit der Franzosen ein. Allein dieser Kurs kann Frankreich die führende Rolle und den gebührenden Platz in Europa und in der Welt sichern.

NZ

KOMMENTAR

Verantwortungsbewußt

Heute, da imperialistische Kreise die Entspannung zu unterminieren suchen, stimmen die sozialistischen Länder ihre Aktionen ab, um diese Pläne zu vereiteln und die Welt vor schweren Erschütterungen zu bewahren. Gerade darum ging es auch bei den Gesprächen, die die Außenminister der UdSSR und der DDR, Andrej Gromyko und Oskar Fischer, führten. Was waren die Ergebnisse ihres Treffens!

Der Meinungsaustausch über die internationale Entwicklung hat nicht nur volle Übereinstimmung in der Einschätzung der Lage gezeigt, sondern auch die Übereinstimmung der Ansichten zu den Aufgaben, vor die beide Länder sowie deren Bündnispartner gestellt sind. Dieser gemeinsame Kurs kommt deutlich vor allem in der Position zu europäischen Fragen zum Ausdruck. Die UdSSR und die DDR meinen, daß die Verwirklichung der bekannten Vorschläge der sozialistischen Staaten zur weiteren Festigung der Sicherheit und des Vertrauens in Europa unter den heutigen Bedingungen besondere Aktualität erlangt. Im Vordergrund steht der Vorschlag, eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung einzuberufen. Durch gemeinsame Bemühungen wollen die sozialistischen Länder dieses überaus wichtige Anliegen voranbringen. Polen hat bekanntlich vorgeschlagen, diese Konferenz in Warschau durchzuführen.

Auch gegenüber anderen aktuellen Fragen nehmen wir eine gemeinsame Haltung ein. Die Völker jener Länder, die die Imperialisten im Verein mit den chinesischen Großmachtschauvinisten zu Objekten von Verleumdungskampagnen und bewaffneten Provokationen erkoren haben, darunter die Afghanen, können fest mit der Unterstützung ihrer sozialistischen Freunde rechnen. Die UdSSR und die DDR verlangen die unverzügliche und vollständige Einstellung der Aggressionsakte von außen gegen Afghanistan.

Eine Politik verantwortungsbewußt zu verfolgen, bedeutet, dem Kurs auf die Verschärfung der Spannungen eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Der Gang der Ereignisse darf nicht sich selbst überlassen werden. Wie bei den Gesprächen betont wurde, verlangt die Lage von den Warschauer Vertragsstaaten, von allen Friedenskräften beharrliche Bemühungen, um eine Rückkehr zum kalten Krieg zu verhindern.

I. TROFIMOWA

UND NACH DEM SIEG?

Im vorigen Mai verließ der Vorsitzende der Liberalen Partei Pierre Trudeau den Sitz des Ministerpräsidenten in Ottawa. Er versprach damals seinen Anhängern: „In nicht allzu ferner Zukunft werden auch wir Siege erleben. Trotz ... zerbrochener Träume ist diese Welt doch ein schönes Plätzchen.“

Der Sieg kam am 18. Februar bei den vorfristigen Wahlen, die den Liberalen 146 von 282 Parlamentssitzen brachten. Die Konservativen sind nun Opposition, denn sie erhielten nur 103 Mandate. Die restlichen erhielt die Neue Demokratische Partei, während die Sozialkredit-Partei überhaupt von der Bühne abgetreten ist.

Die Niederlage der Konservativen wurde zwar von der kanadischen Presse einmütig vorausgesagt, aber nicht in solchen Ausmaßen: Die Partei Joe Clarks verlor 32 Sitze.

Seine Popularität hatte schon lange vor den Wahlen stark nachgelassen. Nachdem Clark Ministerpräsident geworden war, gab er all seine Wahlversprechen preis. Die Regierung stellte einen Haushalt auf, der für 1980 ein rapides Anwachsen von Steuern, Inflation und Arbeitslosigkeit versprach (siehe NZ Nr. 6/80). Dafür wurden dem Big Business, besonders den Ölmagnaten, große Vergünstigungen zugesichert.

Am 13. Dezember wurde im Parlament ein Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Clark eingebracht. Die Konservativen erwarteten eigentlich nichts anderes. Damals hatten sie damit gerechnet, daß die Opposition zu den Wahlen einfach nicht bereit ist. Die Liberalen standen ohne Führung da, weil Trudeau kurz vorher als Parteivorsitzender zurückgetreten war. Überdies hatten die Liberalen wie auch die Neue Demokratische Partei Finanzschwierigkeiten.

Der Wahllapparat der Konservativen dagegen lief. Clark hatte sich die Unterstützung von zwei Dritteln der Geschäftswelt, von Presse, Funk und Fernsehen gesichert und stieß vor. Er trat in die Fußstapfen des USA-Präsidenten und machte dessen außenpolitischen Kurs zur Grundlage der eigenen Wahlkampagne. Clark unterstützte vorbehaltlos auch die Carter-Doktrin und erklärte, einen „Teil der

Last“ der USA im Persischen Golf auf sich nehmen zu wollen. Ebenso wie sein USA-Vorbild beschuldigte er Trudeau des Verrats an den Interessen der Landesverteidigung: In den 70er Jahren hatten die Liberalen die kanadische militärische Präsenz in Westeuropa auf die Hälfte reduziert und sich dafür eingesetzt, die Militärausgaben zu mäßigen.

Clark rief zur Festigung der atlantischen Solidarität auf und forderte, die Militärausgaben jährlich um 3% in realen Preisen zu erhöhen.

Natürlich schwiegen sich die Konservativen auch über die „Gefahr aus dem Osten“ nicht aus. Wie die kanadische Presse schrieb, benutzte Clark nach dem Beispiel des USA-Präsidenten den Antisowjetismus, um die Wähler von den brennenden inneren Problemen abzulenken und sich die Stimmen der Rechten zu sichern. Der Führer der Konservativen drohte der UdSSR wirtschaftliche Sanktionen an und wandte sich gegen wissenschaftliche und kulturelle Kontakte zu ihr.

Die Öffentlichkeit verhielt sich negativ zu dem Versuch, den Chauvinismus im Lande zu schüren. Die größten Gewerkschaften verurteilten den wirtschaftlichen Druck gegenüber der UdSSR.

Über den Vorschlag Clarks, die Olympischen Spiele aus Moskau nach Montreal zu verlegen, hat sich die kanadische Presse einfach mokiert. Vor kurzem rechnete er in Vancouver schon, wie man die Gewinne aus der Verlegung eines Teils der Sportspiele nach Kanada aufteilt. Doch all diese antiolympischen und sonstigen Tricks erwiesen sich als unergiebig, ebenso die mit großem Pomp angekündigte Nachricht, sechs Mitarbeiter der USA-Botschaft in Teheran seien mit kanadischen Pässen aus dem Land geschleust worden.

Die Zeitung „Parisien Libéré“ schrieb in einem Kommentar zu den Wahlen in Kanada, der Führer der Konservativen habe „seine völlige Unfähigkeit demonstriert, das Land zu leiten“. Clark orientiere sich viel zu eindeutig auf Washington, was die Öffentlichkeit gegen ihn aufgebracht habe, meint die Zeitung.

Die Liberalen nahmen den Kampf mit Verspätung auf, sie konnten sich nach der Mai-Niederlage nicht gleich umstellen, aber die Schwankungen in der Parteiführung dauerten nicht

lange. Der erfahrene Politiker Trudeau, der elf Jahre lang Ministerpräsident des Landes war, ist interimsistischer Parteivorsitzender.

In den letzten Jahren ließ seine Popularität merklich nach. Er hatte es nicht verstanden, seine bürgerlich-reformistischen Konzeptionen einer „gerechten“, dann einer „neuen“ Gesellschaft zu verwirklichen. Aber die Niederlagen der Konservativen haben ihn nun erneut hochgehievt.

Der Führer der Liberalen warf den Konservativen vor, ihre Wahlversprechungen nicht eingehalten zu haben. In den Mittelpunkt seines Wahlprogramms stellte er Wirtschaftsprobleme. Den Haushalt, den Clark nicht hatte aufgeben wollen, stülpte Trudeau um. Er verkündete: „Es war klar, was die Konservativen mit ihrem Beschluß wollten: die größte Last auf diejenigen abwälzen, die den geringsten politischen Einfluß haben.“ Clark habe, erläuterte er, die Besteuerung der einfachen Kanadier um 16%, die der Konzerne aber um nur 2,5% erhöhen wollen.

Scharf kritisierte Trudeau den Beschluß der Konservativen, die Treibstoffpreise heraufzusetzen. Das werde nicht zur Einsparung von Energieträgern führen, sondern zum weiteren Anwachsen der Gewinne der Ölkonglomerate, die fast sämtlich dem USA-Kapital gehören. Im vorigen Jahr konnten die Exxon, die Mobil Oil und die Standard Oil of California ihre Gewinne in Kanada um 100–200% steigern. Diese Riesenprofite, betonte Trudeau, würden von den Konzernen ins Ausland überwiesen bzw. dazu verwendet, ganze Wirtschaftszweige Kanadas aufzukaufen.

Der steigende Einfluß der USA-Monopole beunruhigt die Liberalen. Deren Führer gründete sein Energieprogramm auf die Festigung der staatlichen Gesellschaft Petro-Canada und die größere Nutzung der kanadischen Naturreichtümer. Das Programm beinhaltet „gerechte Preise“ für Treibstoffe sowie mehrere für die bürgerliche politische Ökonomie übliche Maßnahmen zum Zweck, das Haushaltsdefizit zu vermindern und die Inflation zu drosseln.

Trudeaus Energieprogramm und seine Kritik an den Versuchen der Konservativen, den Chauvinismus im Lande zu entfachen, wurden von den Wählern begrüßt. Die Liberalen erhielten Unterstützung nicht wie früher nur im französischsprachigen Quebec, sondern auch in den anderen Provinzen. Den Ausschlag gaben die Wähler von Ontario. Selbst die Industriekreise dieser kanadischen Provinz, die sich im Mai hinter Clark gestellt hatten, wandten sich von den Konservativen ab. In seiner ersten

Rede nach den Wahlen forderte Trudeau die Nation auf, Kanada in eine Großmacht „umzuwandeln“, distanzierte sich von der auffällig proamerikanischen Position seines Vorgängers und versprach, „Entspannung und Frieden in der ganzen Welt zu unterstützen“.

Die stabile Mehrheit der Liberalen im Parlament bedeutet nicht, daß den Kanadiern nunmehr alle Sorgen für ihre Zukunft genommen worden wären. Arbeitslosigkeit, Inflation und Wirtschaftsrückgang lasten weiterhin auf dem Land. In hohem Maße tragen die Liberalen die Verantwortung dafür, denn nach 1963 waren sie 16 Jahre an der Macht.

Aber die Wähler haben eben keine große Wahl. Die dritte, die Neue Demokratische Partei hat es bisher nicht geschafft, sich an die zweite Stelle durchzuboxen. Bei den jüngsten Wahlen konnte sie allerdings zusätzlich sechs Sitze bekommen.

Da diese Partei der Lösung der nationalen Frage ausweicht, fand sie in Quebec keine Unterstützung. Die Liberalen stellten diese Frage während der Wahlkampagne ebenfalls nicht. Der Föderalist Trudeau äußerte nur Allgemeines über die Gleichheit aller Provinzen und beider Sprachen in Kanada.

Die Zukunft der Konföderation bleibt unbestimmt. Im Mai und Juni soll in Quebec ein Referendum über

eine „wirtschaftliche Assoziation bei politischer Unabhängigkeit“ dieser Provinz stattfinden.

Die Zersplitterung der Provinzen würde nach Meinung vieler kanadischer Politiker nicht wiedergutmachende Folgen haben. Exminister W. Gordon sagte, die Abtrennung Quebecs „wird für Kanada wenn nicht sofort, so spätestens in 10–20 Jahren das Ende bedeuten“, nämlich dadurch, daß sich die USA vereinzelter Provinzen unbedingt einverleiben würden.

Auf diese Gefahr wiesen vor vielen Jahren die kanadischen Kommunisten hin, die sich gegenwärtig politisch aktiviert haben. Sie rufen dazu auf, die Monopole unter Kontrolle zu nehmen, alle Naturreichtümer des Landes dem Staat zu übereignen und eine Wirtschaftsstrategie auszuarbeiten, dank der Kanada nicht mehr vom USA-Kapital überfremdet wäre. Die KP setzt sich für eine Koalition der demokratischen Kräfte ein, die die Mehrheit im Parlament erringen könnte. William Kashtan, Generalsekretär der KP Kanadas, betonte: „Eine solche Mehrheit wäre eine zuverlässige Garantie für die Politik einschneidender Umgestaltungen im innen- und außenpolitischen Kurs Kanadas.“ Wie die Ergebnisse der Februarwahlen zeigen, kann die Reaktion die Bewegung zu solchen Umgestaltungen immer weniger aufhalten.

V. OGULTSCHANSKI

NZ

KOMMENTAR

WIEDERAUFNAHME DES DIALOGS

Die Weltpresse kommentiert die neue Initiative der Koreanischen VDR von Mitte Januar. Dieser Schritt hat den Zweck, günstige Bedingungen für eine selbständige friedliche Wiedervereinigung Koreas herbeizuführen. Der Vizepräsident der Republik Kim Ir, Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas, forderte die Führer der herrschenden Partei und der oppositionellen Parteien Südkoreas schriftlich zu einer Zusammenkunft auf; der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Koreanischen VDR Li Jong Ok richtete den gleichen Vorschlag an den südkoreanischen Ministerpräsidenten Sin Hyon Hwak. Dieser gab im Prinzip eine positive Antwort, und am 6. Februar begannen in Panmunjom, wo seit der Feuereinstellung von 1953 die militärische Waffenstillstandskommission ihre Sitzungen abhält, Gespräche von Vertretern beider Seiten. Das zweite Treffen fand am 19. Februar statt, das nächste ist für den 4. März angesetzt. Die Diplomaten müssen den Ort, das Verfahren und andere Fragen der Zusammenkunft der Ministerpräsidenten vereinbaren. Die Nordkoreaner möchten sie in Pjöngjang oder Soul, die Südkoreaner in Genf abhalten. Alle Probleme konnten nicht gelöst werden, man kam lediglich überein, die direkte Telefonverbindung Pjöngjang–Soul wiederherzustellen.

In der gegenwärtigen Situation berechtigt der neue Schritt zur Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Nord und Süd zu mehr Hoffnungen. Bekanntlich unterdrückte der im vorigen Jahr getötete Diktator Pak Tschung Hi das Streben des Volkes nach der Wiedervereinigung der Heimat. Doch läßt sich vorläufig schwer sagen, inwiefern die Regierung und die Politiker des Südens den Dialog ernst nehmen.

Zu bedenken ist noch, daß sich die USA weiterhin unverhüllt in die Angelegenheiten des koreanischen Volkes einmischen. Präsident Carter versprach zwar, die USA-Truppen aus Südkorea abzurufen, aber dort stehen noch immer 38 000 Mann. Die militärische USA-Präsenz in Südkorea, gegen welche die Pekinger Führung keine Einwände erhebt, war und ist das größte Hindernis für die Wiedervereinigung.

Die konstruktiven Vorschläge der KVDR werden voll und ganz von den Sowjetbürgern und von allen gutheißen, die an der Stabilität auf der Halbinsel Korea interessiert sind.

J. DMITRIJEV

BIOGRAPHISCHES

DER MINISTERPRÄSIDENT KANADAS PIERRE ELLIOTT TRUDEAU



Joseph Philippe Pierre Yves Elliott Trudeau wurde am 18. Oktober 1919 in Montreal geboren. Sein Vater, ein Geschäftsmann, hinterließ ihm 1935 ein Vermögen von 5 Mio Dollar. Pierre Trudeau absolvierte die Rechtsfakultät der Universität Montreal und studierte dann an der Harvard University in den

USA, an der Ecole des Sciences Politiques in Paris und an der School of Economics in London.

1961–1965 unterrichtete P. Trudeau an der Universität Montreal, bis er 1965 der Liberalen Partei beitrug und ins Parlament gewählt wurde. Am 4. April 1967 ernannte Ministerpräsident Lester Pearson ihn als Vertreter der „neuen Liberalen“ zum Justizminister und Generalstaatsanwalt. Nach Pearsons Rücktritt wurde Trudeau am 6. April 1968 Ministerpräsident.

Die Regierung Trudeau leistete in den 70er Jahren einen gewissen Beitrag zur Entspannung, indem sie

die Geschäftskontakte zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern ausbaute. In jenen Jahren nahm der Umfang des sowjetisch-kanadischen Handels zu und entwickelte sich die gegenseitige Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technik und Kultur.

Im Mai 1979 erlitten die Liberalen bei den Parlamentswahlen eine Niederlage und Ministerpräsident wurde J. Clark (Konservative Partei). Am 13. Dezember brach eine Parlamentskrise aus. Ihr folgten vorfristige Wahlen, aus denen die Liberale Partei als Sieger hervorging. Pierre Trudeau ist erneut Ministerpräsident.

IN „SCHWARZER WUT“

Neuerdings verstärkt das Pentagon seine Streitkräfte im karibischen Raum rasch. Schiffe der US-Kriegsmarine kreuzen im Karibischen Meer, Washington veranstaltet eine Gefechtsübung nach der anderen, sei es allein oder gemeinsam mit seinen NATO-Partnern Großbritannien und den Niederlanden.

Im Oktober v. J. wurden 2200 US-Marines, von Flugzeugen und Panzern unterstützt, ostentativ auf dem Stützpunkt in Guantánamo gelandet, der bekanntlich auf einem vom US-Militär rechtswidrig okkupierten Teil des kubanischen Territoriums liegt. Schon Anfang Februar d. J. veranstaltete das Pentagon ein großangelegtes Manöver im Panamakanal unter dem Codenamen „Black Fury-3“ (Schwarze Wut), bei dem „die Verteidigung von Seehäfen im Falle eines Partisanenüberfalls“ trainiert wurde. Eingesetzt waren alle in diesem Raum dislozierten US-Truppen und aus den USA verlegte Verbände einer Luftlandedivision und einer Artilleriebrigade. Eine noch umfangreichere Militärübung ist geplant.

Seit vorigem Herbst liegt in Key West (Florida), 90 Meilen vor der kubanischen Küste, der Stab des karibischen operativen US-Verbandes, der den ganzen karibischen Raum unter seine Kontrolle bringen will. Auf den Luftstützpunkten der USA stehen eigens für diesen Verband Flugzeugstaffeln bereit. Sie können jederzeit nach Key West oder jedem anderen Ort des Karibischen Meeres verlegt werden.

Diese provokatorischen Maßnahmen werden mit „zufälliger Entdeckung sowjetischer Truppen auf Kuba“ begründet. Auf diese Weise servierte die US-Propaganda bekanntlich der amerikanischen Öffentlichkeit im vorigen Herbst die längst bekannte Tatsache, daß sich auf der Insel auf Bitte der kubanischen Regierung sowjetische Militärberater aufhalten.

Nach Meldungen der Auslands- presse berät sich Washington jetzt mit einigen seiner NATO-Partner, insbesondere mit Großbritannien und Kanada, über die Aufstellung multinationaler Patrouillenkräfte der Kriegsmarine, die im Karibischen Meer kreuzen sol-



len, um „ein ausländisches Eindringen zu verhindern“.

Die Verstärkung der amerikanischen Militärmacht in der Karibik zeugt davon, daß die Administration Carter die „Diplomatie von Lächeln und Versprechen“ aufgibt und zu einer Politik der offenen Erpressungen und Drohungen gegenüber den südlichen Nachbarstaaten übergeht.

In den politischen und militärstrategischen Plänen Washingtons wird den karibischen Ländern sehr

große Bedeutung beigemessen. Diese kleinen Länder, die reiche Naturschätze und billige Arbeitskräfte haben, ziehen die US-Monopole als Rohstoffquelle und als günstige Kapitalanlagesphäre an.

Aber das unablässig steigende Ansehen Kubas, der Sieg der patriotischen Kräfte in Nicaragua, der verstärkte nationale Befreiungskampf in den Republiken um Nicaragua und der Amtsantritt einer fortschrittlichen Regierung auf Grenada lassen die USA immer mehr um ihre Positionen fürchten. Gerade das veranlaßt das Weiße Haus zu seinem groben aggressiven Kurs auch gegenüber den karibischen Ländern.

Die USA-Zeitschrift „Nation“ schreibt: „Carters neue Strategie in bezug auf den karibischen Raum — die Inseln in der Karibik und Zentralamerika — ist eine direkte Fortsetzung der gefährlichen Politik aus den 60er Jahren.“ Die heutigen politischen und militärischen Aktionen Washingtons im karibischen Raum, die ebenso wie früher durch das Gerede von der Notwendigkeit einer „Verteidigung“ der Länder des Raums verschleiert werden, haben offensichtlich den Zweck, die proimperialistischen Diktaturen zu festigen, die fortschrittlichen Regimes zu unterminieren, der Konterrevolution den Weg zu ebnen und die Region in die Zeit zurückzuversetzen, als die USA den dortigen Völkern noch ungehindert den eigenen Willen diktieren konnten.

W. LAPSKI

PROBEBALLON

In der zweiten Februarhälfte sickerten in die Weltpresse Nachrichten, der ägyptische Präsident Sadat habe ein dreiseitiges Protektorat über das Westufer des Jordan und den Gaza-Streifen entworfen: Israel, Ägypten und die USA sollen diese Territorien fünf Jahre gemeinsam verwalten, worauf die Palästinenser „zwischen Unabhängigkeit, Föderation mit Jordanien und Konföderation mit Israel“ wählen können. Als erste schrieb davon — unter Berufung auf „gutinformierte Kreise“ in Kairo — die „Jerusalem Post“.

Schon die Tatsache, daß der Probeballon mit Hilfe der israelischen Presse gestartet wurde, besagt viel, u. a., daß Tel Aviv positiv dazu steht. Kein Wunder auch, würde Israel doch neben den USA und Ägypten dann eine „Treuhänderschaft“ über das palästinensische Volk ausüben. Die beiden anderen Staaten würden schon dafür sorgen, einen Ausgang der Wahlen zu sichern, der dem Dreierbund Washington—Kairo—Tel Aviv paßt. Sadats Entwurf sieht nämlich die israelische militärische Präsenz in den okkupierten Gebieten für die Dauer besagter fünf Jahre vor. Die PLO und die palästinensischen Araber (mehr als die Hälfte dieses Volkes), die ihre Heimstätten verlassen mußten und jetzt in den arabischen Nachbarländern leben, werden dabei einfach übersehen.

Das neue ägyptisch-israelische Manöver hat jedoch nicht mehr Chancen als die früheren. Wie es in einem Wafa-Kommentar heißt, haben die Palästinenser Sadat und anderen Verrätern schon zu verstehen gegeben, daß jedes von den USA und deren Agenten oktroyierte Projekt abgelehnt wird.

A. S.

DAS PEKINGER SCHATTENTHEATER

In Südchina ist das Schattentheater beliebt. Eine Weberin und ein Hirt, die das Schicksal auseinandergeführt hat, streben einander auf der Milchstraße zu. Der Affenkönig Sun Wukong macht den Bösewichten mit seinem magischen Stab den Garaus, und ein unsterblicher Zauberer fliegt auf einem Kranich vom Himmel herab, um einen bösen Beamten zu bestrafen...

Ich weiß nicht, ob das alte gute Schattentheater noch besteht, ob die Hongweibung es nicht wie so manche andere „giftige Pflanze“ ausgerodet haben. Dafür weiß ich ganz bestimmt, was sich in einem politischen Stück mit einem Schatten in der Hauptrolle abspielte. Man konnte es vor kurzem in den chinesischen Provinzen Guangdong, Guangxi und Yunnan erleben. Die Marionette, die sich im Lichtkegel eines hinter den Kulissen funktionierenden Scheinwerfers verrenkte, war der Verräter am vietnamesischen Volk Hoang Van Hoan. Lange Jahre spielte er sich als „Revolutionär“ auf, in Vietnam bekleidete er sogar hohe Posten. Im August v. J. spürte diese Kreatur Peking wohl, daß die Entlarvung nahte, und floh nach China. Dort wurde ihm sofort eine neue Rolle zugewiesen: als Kolporteur von antivietnamesischen Erdichtungen und von Verleumdungen gegen Parteifunktionäre und Staatsmänner der Sozialistischen Republik Vietnam. In den letzten Monaten beteiligte sich Hoang Van Hoan oft an dem von der chinesischen Presse laut gepriesenen „Teetrinken“ (sprich: Pressekonferenzen) mit den höchsten Pekingern. Wir wollen besonders auf die Gastspielreise des Verräters durch die Südpfeile Chinas eingehen, die an Vietnam grenzen.

Er begann seine Nummer routinehaft: erklärte sich zum „wahren Patrioten Vietnams“, zu einem Revolutionär, ja nachgerade zum Vater der vietnamesischen Demokratie. Des weiteren schwärzte er nach einem in Peking geschriebenen Szenario das Volk an, bei dem er lange Jahre lebte, und die Regierung des Landes, das er verraten hat. Nach einer effektvollen Pause sagte er dann: „Vietnam braucht eine neue Revolution.“

Das sind nicht mehr die Zuckungen eines Hampelmannes, der seine Schale Reis abarbeitet. Das ist bereits eine grobe Provokation — mit Wissen und auf Betreiben der chinesischen Führer. Warum mußte sie ausgerechnet jetzt gestartet werden? Um die Antwort zu bekommen, muß man sich die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen vergegenwärtigen.

Chinesische Truppen provozieren immer weiter an der Grenze zu Vietnam.

Vietnamesische Dörfer werden immer häufiger beschossen, chinesische Kampfflugzeuge dringen immer tiefer in den Luftraum der SRV und chinesische Kriegsschiffe in deren Hoheitsgewässer ein. In Gebieten längs der Grenze zu Vietnam werden eilig neue Militärprojekte sowie Straßen in Richtung Süden angelegt. Immer größere chinesische Truppen werden aus den zentralen Provinzen möglichst nahe an die Grenze zur SRV hinübergeworfen. Peking tut alles, um die Spannungen in den Beziehungen zu Hanoi zu verstärken, und führt die im April v. J. begonnenen Verhandlungen über die Normalisierung der bilateralen Beziehungen absichtlich in eine Sackgasse. Fünf Sitzungen der Delegationen beider Seiten wurden in Hanoi und zehn in Peking abgehalten, eine 11. wäre längst fällig, aber die chinesische Seite zögert sie hinaus, wobei sie gelinde gesagt undiplomatische Äußerungen macht.

Vor diesem Hintergrund wurde nun die provokatorische Schau des politischen Schattentheaters abgezogen. Das ist nicht nur ein neuerlicher Versuch, das vietnamesische Volk einzuschüchtern und die SRV-Führung von ihrer würdevollen, prinzipiellen Position in der Frage der Beziehungen zu China abzudrängen. Der Aufruf zum Sturz der in Vietnam bestehenden Ordnung, den man Hoang Van Hoan verkünden ließ, bedeutet, daß Peking nach dem Scheitern seiner Versuche, den Nachbarn im Süden auf dem Schlachtfeld „eine Lehre zu erteilen“, Kurs nimmt auf den Kampf gegen Vietnam unter Zuhilfenahme von Abtrünnigen und Verrätern.

Dadurch, daß die chinesischen Führer die Äußerungen Hoang Van Hoans und die Werbung dafür in der Presse erlaubten, verriet sie ihre Absicht, bei Drohungen und Provokationen gegenüber der SRV noch weiter zu gehen. Aber dieser erneute Ausfall gegen Vietnam hat auch etwas anderes gezeigt: Die Peking Abenteurer sekundieren den imperialistischen Kreisen des Westens, denen jeder Vorwand zur Konfrontation mit der Welt des Sozialismus recht ist. Die chinesischen Führer möchten, um sich bei den überseeischen Falken anzubiedern, die noch glimmenden Kohlen des indochinesischen Spannungsherdess schüren. Sie setzen dabei alle möglichen Marionetten ein und wollen nicht sehen, daß sie auch selber immer häufiger genötigt sind, fremden Willen zu tun und als abhängiger Juniorpartner des Imperialismus bei dessen gefährlichem Unterfangen zu agieren.

J. DIMOW

NZ

KOMMENTAR

RECHTZEITIGE INITIATIVE

Vor kurzem unterbreitete Francis Blanchard, Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes (Ständiges Sekretariat der IAO), einen „Plan für mittelfristige Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation“ für 1982—1987. Er betonte dabei, wie außerordentlich wichtig es ist, die Militärausgaben zu kürzen und die frei gewordenen Mittel zur Vergrößerung des Beschäftigungsgrades zu verwenden.

Nach IAO-Schätzungen werden 1980—1987 allein in den kapitalistischen Industriestaaten ca. 60 Mio neue Arbeitsplätze benötigt, um die Jugendlichen zu beschäftigen und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Solche Plätze könnten durch neue Investitionen in Industrie und Landwirtschaft geschaffen werden. Dabei verausgabte die Welt, konstatiert die IAO, fast eine Million Dollar jede Minute, um aufzurüsten. Die Kürzung dieser unproduktiven Ausgaben um nur 10% würde bis 1987 ca. 400 Md. Dollar freisetzen. Laut IAO könnte man sie „der sozialen Entwicklung zuführen, die unvereinbar ist mit der allmählichen Umwandlung unseres Planeten in ein Kriegslager“.

Zur Begründung ihrer Vorschläge zeigt die IAO-Führung: Die UNO-Staaten, vor allem die westlichen, haben viel dringlichere Sorgen als die Steigerung der Militärausgaben. Das erste Ziel ist, die Arbeitslosigkeit zu liquidieren. Deshalb untergräbt das forcierte Wetrüsten der NATO-Länder unter dem Vorwand der „sozialistischen Bedrohung“ die internationale Entspannung und beraubt Millionen und Abermillionen Menschen ihrer Existenzmittel und die Entwicklungsstaaten riesiger Mittel, die sie für ihre Industrialisierung brauchen.

Die Völker der Welt erwarten von den UNO-Organen einen konkreten Beitrag zur Abrüstung, die für die beschleunigte Wirtschaftsentwicklung und die Lösung sozialer Probleme von besonderer Bedeutung wäre, besonders heutzutage, da die militanten westlichen Kreise die Abrüstung zu stören versuchen.

Der Vorschlag der IAO-Leitung kommt sehr rechtzeitig, entspricht er doch den Interessen aller Arbeitenden, und der Schutz ihrer Interessen ist laut Satzung die Hauptpflicht dieser internationalen Organisation.

F. GORJUNOW

SALAMITAKTIK

Die ständige UdSSR-Vertretung bei der UNO richtete am 21. Februar an den UNO-Generalsekretär eine Erklärung zu den unrechtmäßigen Handlungen der USA gegenüber dem strategischen Treuhandgebiet, die sowohl im Widerspruch zur UNO-Charta und der UNO-Deklaration über die Entkolonialisierung stehen als auch zum Treuhandabkommen, das seinerzeit zwischen dem Sicherheitsrat und den USA geschlossen wurde.

Dieses Territorium — die Marianen (ohne Guam), die Karolinen und die Marshall-Inseln — das unter der Gesamtbezeichnung Mikronesien („Land der kleinen Inseln“) bekannt ist, wurde 1947 von der UNO der Verwaltung der USA übergeben. Die Fläche der gut 2000 Inseln Mikronesiens beträgt nur 1800 km², doch ihre Ozeanzone — ca. 8 Mio km² — ist fast so groß wie die USA selbst.

Das in der UNO-Charta proklamierte Ziel der Treuhandcharta ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Bevölkerung der Treuhandgebiete ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit wahrnehmen kann. Die Völker von zehn ehemaligen Treuhandgebieten haben schon seit langem von diesem Recht Gebrauch gemacht. Geblieben ist nur das Treuhandgebiet Mikronesien.

Doch die USA, die die administrative Macht innehaben, suchen Mikronesien, statt seine Entkolonialisierung voranzutreiben, faktisch zu ihrem Besitz zu machen. Zudem wollen die Vereinigten Staaten entgegen den Forderungen der Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker, die vor jeglichen Versuchen warnt, die nationale Einheit und die territoriale Integrität der abhängigen Länder zu verletzen, Mikronesien zerstücken und seinen einzelnen Gebieten einen unterschiedlichen Status aufzwingen, um sich so diese leichter aneignen zu können.

Anfang 1978 wurde das Inkrafttreten eines neuen Status für die Marianen als einer „Gemeinschaft im Rahmen des politischen Bündnisses mit den USA“ bekanntgegeben. Die Marianen wurden so im Grunde zu einem Besitz Washingtons, das deren außenpolitische und militäri-

sche „Interessenvertretung“ übernahm.

Der Zeitschrift „Pacific Islands Monthly“ (Australien) zufolge ist der Washingtoner Plan für eine Verteilung des Treuhandgebiets jetzt bereits deutlich geworden. Neben der Gemeinschaft der Marianen geht es dabei um einzelne administrative Gebilde: die Palau-Inseln (West-Karolinen), die Zentral- und Ostkarolinen (Yap, Truk und Pohnape) und die Marshall-Inseln. Die USA handeln also nach dem Prinzip der Kolonialherren „Teile und herrsche!“: Diesen drei Inselgruppen wird der Status einer „freien Assoziation“ mit den USA aufgezwungen. Das ist ebenso wie die „Gemeinschaft im Rahmen des Bündnisses“ eine eigenmächtige Annexion durch die USA.

Welche „Freiheit“ den Inselbewohnern die geplante „freie Assoziation“ bringen wird, zeigt folgendes: Im Juli 1979 setzte Washington die erste Verfassung für die Palau-Inseln, die die Einheimischen in einem Referendum gebilligt hatten, außer Kraft. Warum? Hatte ja in der Verfassung das Streben des kleinen Volkes Ausdruck gefunden, sein Land zu einer Zone des Friedens, frei von Atomwaffen und Militärstützpunkten, zu erklären. Und gerade das geht dem Pentagon gegen den Strich.

Auf einer wissenschaftlichen Konferenz in Canberra, veranstaltet vom Australischen Institut für internationale Beziehungen, konstatierte ein australischer Politologe, daß die US-Regierungen unter allen Präsidenten Mikronesien lediglich als „Kette von US-Stützpunkten zwischen Hawaii und den Philippinen“ betrachtet haben.

So entstanden, entstehen oder werden auf den Marianen und auf den Palau-Inseln, die dem asiatischen Festland am nächsten gelegen sind, Pressemeldungen zufolge Objekte projektiert wie Großhäfen zur Stationierung und Wartung von Tri-

MAURETANIEN

EIN NEUES STADIUM

Im Januar wurde in Mauretanien die Führung des Landes umgebildet. Leiter des regierenden Militärausschusses der nationalen Rettung wurde Oberstleutnant Mohamed Ould Haidalla, der zugleich Ministerpräsident bleibt. Einige Mitglieder des Ausschusses wurden ausgewechselt. Diese Veränderungen erfolgten einer offiziellen Erklärung zufolge, um „die politische Struktur so umzugestalten, daß sie zur Erfüllung der wichtigen Aufgaben des administrativen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus und zur Festigung des Friedens beiträgt.“

Nachdem Mauretanien im August 1979 Frieden mit der POLISARIO-Front, die für die Unabhängigkeit der ehemaligen spanischen Kolonie West-Sahara kämpft, geschlossen hatte, konnte es seine außenpolitischen Positionen festigen und die Wirtschaftsbeziehungen ausweiten, insbesondere zu anderen arabischen Ländern. Das Werk in Nouadhibou (Mauretanien) wird wieder algerisches Öl raffinieren — das wurde in einem Abkommen mit Algerien Ende 1979 vereinbart. Ferner wurden Großkredite von Abu Dhabi und dem Arabischen Entwicklungsfonds mit Hauptsitz in Kuwait (ca. 54 Mio Dollar) vertraglich zugesichert. Weitere 20 Millionen wird der

Irak bereitstellen — als Kredit und als nicht zurückzahlende Hilfe. Die panarabische Zusammenarbeit und die Finanzhilfe sind sehr wichtig für Mauretanien, da die vier Jahre des Saharakrieges seine Wirtschaft zerrüttet haben.

Die Kriegshandlungen zwischen mauretanischen Einheiten und POLISARIO-Trupps haben die Eisenerzförderung fast zum Erliegen gebracht. Das Erz war stets der wichtigste Exportartikel Mauretaniens, deckte ein Drittel des Staatshaushalts: Allerdings wurde jetzt die Förderung wiederaufgenommen, doch das reicht trotz allem nicht aus, um die Kriegsschäden wiedergutzumachen.

Weitere Einnahmen kommen aus den fischreichen Territorialgewässern. Ausländische Schiffe gehen hier sehr ausgiebig auf Fischfang, doch Mauretanien profitierte lange Zeit fast nicht davon. Die Mauretanier rechneten sich einmal aus, daß von 400 Schiffen, die vor ihrer Küste Fischfang betrieben (vor allem japanische und südkoreanische), nur vier eine Lizenz hatten! Die Behörden beschlossen, strenge Maßnahmen zu ergreifen: Seit Anfang 1979 wird die Fischfangerlaubnis nicht mehr verlängert für Schiffe, die nicht einen Teil ihres Fangs



dent-Atom-U-Booten, Flughäfen für die strategische Luftwaffe, eine Ölraffinerie und Tanks für den strategischen Vorrat an Ölprodukten, ferner Übungsgelände und Depots mit Rüstungsgütern. Das „Abkommen“ mit den Marianen sieht vor, zwei Drittel (!) der Fläche von Tinian und einen Großteil von Saipan praktisch an das Pentagon „zu verpachten“ (auf 100 Jahre). Erinert sei daran, daß auf dem Bikini- und dem Eniwetok-Atoll (Marshall-Inseln), von wo alle Einwohner vertrieben wurden, viele Jahre Tests

mit amerikanischen Atom- und Wasserstoffbomben durchgeführt wurden und die Lagune des Kwajalein-Atolls auch heute noch ein Versuchsgelände für ballistische US-Raketen darstellt, die von der kalifornischen Küste abgeschossen werden (Kwajalein wurde gleichfalls „verpachtet“ — auf 99 Jahre).

Daß es Washington gerade um die Militarisierung Mikronesiens und die Verewigung der

US-Kolonialherrschaft geht, zeigen die Maßnahmen, die in der Mitte Februar dem Kongreß vorgelegten Botschaft des US-Präsidenten „Über die Hauptrichtungen der neuen umfassenden Bundespolitik gegenüber den Inselterritorien der USA“ aufgeführt werden.

An die Interessen der einheimischen Bevölkerung aber denkt Washington am wenigsten, wenn es massives Diktat und Erpressung praktiziert sowie die inneren Unruhen schürt. „Wir Mikronesier haben der US-Politik zur Spaltung unseres

Territoriums nicht Widerstand leisten können. Doch wir haben sie nicht akzeptiert“, erklärte der Vorsitzende des vereinigten Komitees für den künftigen Status Mikronesiens bei einer weiteren Verhandlungsrunde mit der US-Administration. „Wir sind gegen die weitere Aufteilung unseres Territoriums... Die Verantwortung dafür tragen die USA und nur sie.“

Die USA machen von ihrer Treuhandschaft über Mikronesien Gebrauch, um es de facto zu schlucken, mit welchen juristischen Finten man das auch begründen mag. Hierbei verletzt Washington eindeutig Artikel 83 der UNO-Charta, dem zufolge der Status eines strategischen Treuhandgebietes keinesfalls unter Umgehung des Sicherheitsrates geändert werden darf.

Natürlich kann nicht zugelassen werden, daß die USA ihre Annexionsgelüste gegenüber dem Treuhandgebiet Pazifische Inseln mit Samaltaktik verwirklichen. Es ist die Pflicht der UNO und ihrer Organe, alles zu tun, damit das kleine Volk Mikronesiens ungehindert sein legitimes Recht auf Unabhängigkeit wahrnehmen kann.

A. USWATOW

anlanden. Außerdem sind die Fischereilizenzen teuer geworden.

Der Fischfang ist ein vielversprechender Volkswirtschaftszweig, zu dessen Entwicklung auch die UdSSR entsprechend dem 1978 geschlossenen Kooperationsabkommen für den Aufbau einer Fischfangflotte und der fischverarbeitenden Industrie beiträgt.

Doch mit Geld allein könnte die Wirtschaft wohl nicht wiederaufgebaut werden. Veränderungen vollziehen sich deshalb auch in der Wirtschaftspolitik. Sie will die gefährlichen Disproportionen überwinden, die unter dem Regime Ould Daddah (der im Juli 1978 gestürzt wurde) entstanden. Das frühere Regime hat, wie man jetzt in Nouakchott meint, die Landwirtschaft fast total ignoriert. Unterdes war gerade sie hilfebedürftig: Nach der starken Dürre, die Mitte der 70er Jahre Felder und Weideflächen befiel, folgten große Niederschläge, die sich verheerend auf die Ernte der Nahrungsmittel- und der Futtermittelkulturen auswirkten. Viele bäuerliche Wirtschaften wurden ruiniert. Schwer hatten es auch die Nomaden, die noch vor kurzem die Mehrheit der 1,5 Millionen Einwohner des Landes ausmachten.

Jetzt gilt der Landwirtschaft die besondere Aufmerksamkeit. In einem Interview für die Londoner Zeitschrift „African Business“ vom vergangenen

Herbst berichtete der damalige Planungsminister Mauretaniens, Ould Zamel (in der neuen Regierung wurde er Außenminister), über entsprechende Maßnahmen. Vorgesehen sind die Kontrolle der Wasserressourcen, Hilfe für Bauern und Viehzüchter sowie die Einführung eines flexiblen Preissystems, das den Bauern größere Einnahmen garantieren soll. Der Minister ging auch auf die Wirtschaftspolitik ein. Da, wie er sagte, „der Staat nicht bereit ist, die halbstaatliche Wirtschaft zu leiten“, werde die Regierung eine „Politik des wirtschaftlichen Liberalismus“ verfolgen: Das mauretische und arabische Kapital soll sich frei betätigen können. Die Regierung hofft, so nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die sozialen Probleme zu lösen.

Und solche Probleme gibt es genug — wie die Arbeitslosigkeit, die vor allem die einstigen Nomaden trifft, die sich in der Stadt ihren Lebensunterhalt nicht verdienen können.

In Mauretanie bestehen weiterhin Überreste der mittelalterlichen Feudalpyramide — die rigorose Einteilung der Bevölkerung in privilegierte und unterprivilegierte Schichten. Die Unterprivilegierten verlangen in letzter Zeit immer entschiedener Gerechtigkeit.

Ein weiteres akutes Problem ist die Nationalitätenfrage. Mauretanie ist kein rein arabischer Staat. Seine Nord-

und Zentralgebiete sind vorwiegend von Weißen bevölkert. Hier leben Mauren (Araber und Berber), die Arabisch sprechen. Der Süden des Landes hingegen, das Tal des Senegal, wird überwiegend von Schwarzen besiedelt, von negroiden Völkern, die Französisch sowie dortige Dialekte sprechen. Die Kolonialherren haben stets versucht, die beiden Volksgruppen zu entzweien, wobei sie sich den Umstand zunutze machten, daß die schwarze Minderheit sozial schlechter lebt als die Mauren. Diese Ungleichheit blieb auch in den letzten Jahren bestehen, was Separatistenströmungen im Süden nährte. Jetzt wird Kurs genommen auf eine ausgeglichene Nationalitätenpolitik, darauf, ein einheitliches Nationalbewußtsein zu erziehen. So wurden im Oktober 1979 an den Schulen neben dem Arabischen auch Französisch sowie Sprachen der afrikanischen Völkern als obligatorische Unterrichtsfächer eingeführt.

Mauretanie hat bei der Lösung seiner wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Probleme große Schwierigkeiten zu überwinden. Der Abschluß des Friedens mit der POLISARIO-Front ist der erste Schritt in dieser Richtung. Jetzt wird vieles von der Organisiertheit und der Effektivität der Regierungsarbeit, vom Zusammenwirken mit der arabischen Welt, mit anderen Ländern abhängen.

A. KUDRJAWZEW

LDP-Geographen

Der Begriff „Ferner Osten“ war für die Geographen immer eindeutig bestimmt. Im japanischen Parlament aber wurde allen Ernstes über die Grenzen des „Fernen Ostens“ debattiert.

Anlaß war eine Erklärung von US-Verteidigungsminister Harold Brown, daß, „falls erforderlich“, US-Truppen, die gemäß dem „Sicherheitsvertrag“ (der gerade auf die Region des Fernen Ostens begrenzt ist) in Japan stationiert sind, in Regionen der „Lebensinteressen“ der USA verlegt würden.

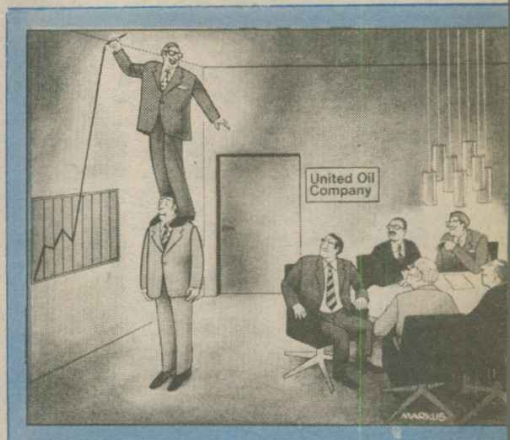
Japan selbst wurde schleunigst empfohlen, sich auf eine Blockade der La-Pérouse-Straße, der Tsugaru-Straße und der von Tsushima vorzubereiten, und zugleich wurde eine Anhebung der Rüstungsausgaben verlangt. Brown betonte die Notwendigkeit eines japanisch-amerikanischen Zusammenwirkens, um „den Widerstand gegen die Sowjetunion auszuweiten“.

Man suggerierte den Japanern, daß sie, da sie ja einen Großteil ihres Öls aus dem Nahen Osten erhalten, zumindest nicht bei der Benutzung ihres Territoriums als Stützpunkt für die Eingreiftruppe (zu der auch auf Okinawa stationierte Marineein-

fanterieeinheiten gehören werden) stören sollten — wenn sie schon keine eigenen Truppen entsenden wollten. Premierminister Ohira unterstützte bereitwillig die USA: „Bei einer Zuspitzung der Lage im Raum des Persischen Golfs wäre die Entsendung von US-Truppen von verschiedenen Punkten der Erde aus nur natürlich.“ Der neue Chef des nationalen Verteidigungsamtes, Hosoda, wurde angewiesen, Pläne für eine unverzügliche Verstärkung der Streitkräfte und Notstandsgesetze auszuarbeiten, die die Armee der parlamentarischen Kontrolle entziehen würden.

Abgeordnete der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP), die „Geographen“, die den berechtigten Protest der Oppositionsparteien dagegen, daß Japan zu einer strategischen Basis für Pentagon-Aggressionsakte werden soll, schroff zurückweisen, behaupteten, es sei die „heilige Pflicht“ Japans, den USA angesichts der „sowjetischen Bedrohung“ zu helfen. Und daß der Nahe Osten nicht der Ferne Osten ist, sei dabei nur halb so wichtig.

L. MLETSCHIN



IM GIORNALE-STIL

Also so: Anfangs wird San Marino einer stillen Kulturkolonisierung ausgesetzt. Ein Oberst der Sowjet-spionage, getarnt als weltbekannter Geiger (in seine Geige sind Filmkamera, Diktiergerät, Videorecorder und ein Funkgerät, das über Satellit arbeitet, eingebaut), übernimmt die Voraufklärung.

Dann wird ein kleines Gesangs- und Tanzensemble abgesetzt. Mit seinen schwermütigen Gesängen und temperamentvollen Tänzen sollen die Einwohner von San Marino um ihre Wachsamkeit gebracht werden. Einige filmische Kolossal-schinken sollen die Zwergstaatter dann in absolute Passivität verfal-

len lassen. Rechtsblatte wird San M der Kunst, klame, ganz dem nichts

Dann wer turträger o gewerbler Herstellung zeug und Majolikaglä Souvenirlire der Staats Jubiläumsru

Auf die k die wirts kommt, läß Zumindest Beziehungen den anderen Staaten sou

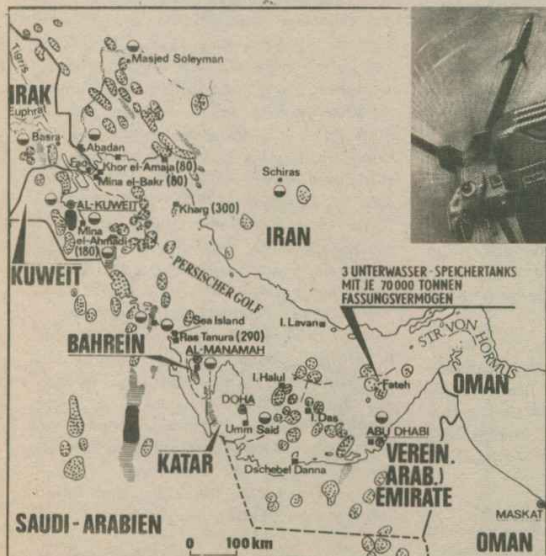
Beziehungen gefährlich. das für die wird, warn „eine Bewe

schen Epiz die Länder San Marino nationale f für welche? der opposi

tischen Pa vertraulich jene — ihre für die soz

nen also, w terstützung Thesen“ für westerlichen bedauerlich. Blatt, daß e

sten und So rung San M bewußt ist. das „Giorna



Die Wochenzeitung „Horizont“ (DDR) brachte diese Karte der Region des Persischen Golfs, um zu zeigen, welche „Lebensinteressen“ die USA entsprechend der „Carter-Doktrin“ in diesen Ländern zu „verteidigen“ gedenken. Offenbar brauchen die Pentagon-Strategen solche Karten, um Operationen der Eingreiftruppe zu planen. Washingtons Interesse an den Ländern des Persischen Golfs mag

sich je nach der Ölfördermenge unterscheiden: Schwarz sind Gegenden gekennzeichnet, wo die Jahresförderung auf 100 Mio t geschätzt wird, in den gestrichelten Räumen werden 10—50 Mio t gefördert, und punktiert sind die Regionen markiert, wo die Ölproduktion weniger als 10 Mio t erreicht.

Ein schwarzweißer Kreis zeigt Ölraffinerien an, ein schwarzes Quadrat verweist auf Häfen, die Tanker anlaufen können, und die nachfolgende Ziffer in Klammern auf die Umschlagkapazität dieser Häfen in Mio t jährlich.

Im „Horizont“ wird auch ein neues Modell für einen Hubschrauber der Eingreiftruppe vorgestellt: Ein Kanisterhubschrauber, der Benzin oder Öl aufnimmt und eben diese „Lebensinteressen“ symbolisiert...

PENSIONIERTER MÖRDER

„Die BRD ist das Land der Freiheit. Jeder wird hinreichend darüber informiert. Dafür garantiert auch die Pressefreiheit. Seine Freiheit genießt dort auch Thälmann-Mörder Otto, bis vor kurzem wohlbestallter Lehrer an einer Mädchenschule in der kleinen Stadt Geldern. Nachdem man die Enthüllungen der Presse und des Fernsehens der DDR totzuschweigen versucht hatte und damit Schiffbruch erlitt, sollte nun der BRD-Fernseh-Journalist Peter Schier-Gribowski einige Bilder dieses Herrn machen. Mit fünf Mann erschien er in der Straße Am Hartort 23 in Geldern, um den SS-Stabschef, der wollte sagen: Lehrer Otto um ein Interview zu bitten. Doch nicht Otto erschien, sondern ein Kommando der Dufhues-Polizei, das Schier-Gribowski... verhaftete. Als auf dem Transport einem Kameramann ein Gerät entfiel und er danach greifen wollte, belehrte ihn ein Polizist mit gezogener Pistole und den Worten: „Pfoten weg, sonst knallt's!“

Wie gesagt: Die BRD ist das Land der Freiheit. Jeder wird hinreichend darüber informiert. Das Maß der Pressefreiheit wird dabei von der Länge einer Polizeipistole bestimmt.“

Das schrieb „Das Echo“ (Mühlhausen, DDR) — im Juni 1962! Daran stimmt noch alles. Nach wie vor ist Otto auf freiem Fuß, und die Behörden decken ihn. Hat sich also nichts geändert? Doch! Besagter Otto ist inzwischen fast 18 Jahre älter geworden... und pensioniert.

U. BERGER



FREUND UND FEIND IM US-KONGRESS

Wie viele Jahre haben sich die Abgeordneten des US-Kongresses dafür eingesetzt, daß Sitzungen des Repräsentantenhauses im TV übertragen werden — Reklame stört in den USA niemanden, um so weniger die Abgeordneten. Im Frühjahr 1979 wurde das endlich erlaubt. Jetzt konnten die Wähler ihre Abgeordneten also in „Aktion“ sehen. Doch die Kameraleute ließen Takt wahren — sie zeigten keine pennenden Kongreßabgeordneten oder die bisweilen gähnende Leere im Plenarsaal. Das TV war sehr hilfreich für die Abgeordneten — in ihren Reden dankten sie ihren Wählern und bestellten ihnen Grüße, wenn sie wußten, daß sie gerade auf den Bildschirmen gezeigt wurden.

Doch nun hat das Fernsehen den Kongreßabgeordneten mitgespielt. In ihrer freien Zeit (nach politischen Grundsatzdebatten) nahmen gewisse Kongreßabgeordnete Schmiergelder an — und zwar schon seit langem. Diesmal ließen sich diverse Kongreßabgeordnete von einem freigegebenen „arabischen Scheich“ freihalten. Besagter „Scheich“ war das FBI, das Gespräche der Kongreßleute mit Agents Provocateurs aufzeichnete und die Schmiergeldübergabe filmte. Vorher eingeweihte Reporter zeigten den Fernsehzuschauern, wie z. B. FBI-Agenten an die Tür von Senator Williams klopfen, um ihn amtlich von der eingeleiteten Untersuchung in Kenntnis zu setzen.

Vieles ist einstweilen noch unklar, aber der Korruptions-skandal zieht seine Kreise.

Dieses UPI-Bild zeigt nicht die Auslagen eines Rundfunk- und Fernsehgeschäfts, sondern Geräte, mit denen das FBI die Geldübergabe an die Abgeordneten sorgsam festhielt. Den Kongreßabgeordneten bleibt nun, entweder öffentlich ihre Taten zu bereuen und „Besserung“ zu geloben oder aber von der „Höhe“ ihrer — einstweilen noch — bekleideten Funktionen die bösen Konzerne zu verdammen, die derart „perfide“ Bessergelddarsteller herstellen.

G. VIKTOROW

„TRÄNEN DES MITLEIDS“

„Die libanesische Situation ist in jeder Hinsicht tragisch, sie ruft bei uns Tränen des Mitleids und der Angst hervor“ — so begann ein Beitrag von Anis Mansour, Chefredakteur der Kairoer Wochenschrift „October“. Darauf sollten eigentlich Worte des Zorns gegen die israelischen Aggressoren und deren Helfershelfer von der Bande des Verräters Khaddad folgen. Doch Mansour verleumdet statt dessen die Politik Syriens, Saudi-Arabiens und Kuweits sowie die sowjetische Hilfe für Syrien. Dann folgt ein strenger Rüffel für die anderen arabischen Länder, besonders für Saudi-Arabien, weil sie nicht in Kairo Fußtapfen treten und nicht vor Washington kriechen.

Das „mutigste und kühnste Land“ des Nahen Ostens ist also Mansour zufolge Ägypten, weil es „den USA bereitwillig militärische Vorrechte eingeräumt hat...“

Die Handlungen der ägyptischen Behörden zeigen, wie wahr Mansours theoretische Auslassungen sind.

„Wenn aber morgen ein Krieg zwischen Israel und Syrien ausbricht, auf welcher Seite wird dann Ägypten sein?“ fragte ein Journalist den ägyptischen Verteidigungsminister General Hassan Ali.

„Das wird davon abhängen, wer wen angreifen wird“, war die Antwort. „Ich habe zu meinem israelischen Kollegen General Weizmann ein rotes Telefon.“

„Und gibt es nach Damaskus ebenfalls eine Sonderleitung?“

„Nein.“

Ebenso wie Mansours Appelle im „October“ zeigt dieser Dialog, mit wem und gegen wen das ägyptische Regime ist.

W. LEONIDOW

rikaturist
ustrierten
“ (BRD)
ofitexplosion
s-Ölmonopole.
achenschaften.
ie künftliche
zung
ergiekrise
n das möglich.

formationen des
urnale“ (Mailand)
auf dem Gebiet
ms und der Re-
weigen vom Sport,
enzusetzen haben.
Moskower Kul-
eimischen Kunst-
sch-Malerei, der
Dymkovo-Spiel-
unzerbrechlichen
unterweisen. Statt
ntwertiger Artikel
en) sollen dann
brügt werden.

e Expansion folgt
e. Was dann
latt erschauern.
Aufnahme von
uba und auch zu
tpaktgebundenen
Ausweitung der
UdSSR äußerst
den Folgen, die
lik selbst haben
„Giornale“, könnte
s außenpoliti-
s in Richtung auf
owjetblocks“ für
ernsthafte inter-
e schaffen. Was
erklärten Politiker
n Christdemokra-
n San Marino
Zeitung, und
ern. Sympathien
hen Länder kön-
eißt, zu einer Un-
Programmen und
ie sich nicht mit
ssen decken. Am
st, jammert das
e, von Kommuni-
n geleitete Regie-
sich dessen nicht
dafür gibt es ja

MAKAREWITSCH

25 Jahre Zusammenarbeit

Die umfangreiche sowjetisch-indische wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit datiert seit Februar 1955. Damals wurde das erste Regierungsabkommen unterzeichnet, laut dem in Indien mit dem Beistand der UdSSR das Hüttenwerk in Bhilai mit einem Jahresausstoß von 1 Mio t Stahl gebaut wurde.

„Seitdem hat sich die indisch-sowjetische wirtschaftliche Zusammenarbeit derart entwickelt, daß sie im industriellen und wirtschaftlichen Leben jetzt einen weiten Spannkreis hat“, heißt es in dem Telegramm, das anlässlich des 25. Jahrestags dieser Zusammenarbeit die Ministerpräsidentin Indira Gandhi an Alexej Kossygin gerichtet hat. „Mehr als 70 indisch-sowjetische Objekte sind ein sprechender Beweis für die Zusammenarbeit der beiden Länder. Besonders hoch schätzen wir den wichtigen Beitrag der UdSSR zu den Bemühungen Indiens um eine entwickelte industrielle Infrastruktur.“

Schon lange produzieren in Indien die größten mit sowjetischer Hilfe gebauten Objekte: die Hüttenwerke in Bhilai und Bokaro, die ölverarbeitenden Betriebe in Barauni und Koyali, die Maschinenfabriken in Ranchi, Durgapur und Hardwar, die Aluminiumfabrik in Korba, das Wärmekraftwerk in Neiveli, das Wasserkraftwerk in Bhakra und die Ölfelder in Anklesvar. Vor der Fertigstellung steht die dritte Ölraffinerie in Mathura, und in Visakhapatnam ist der Bau des dritten Hüttenwerks angelaufen.

Die Objekte der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit liefern jetzt über 40% des Stahls, 70% des Erdöls, über 30% der Erzeugnisse der Petrochemie, 20% des Stroms, bis zu 80% der Hüttenausrüstungen und bis zu 60% der Turbo- und Hydrogeneratoren, die in Indien erzeugt werden.

Die Zusammenarbeit mit der UdSSR hat viel zur Entwicklung des staatlichen Wirtschaftssektors Indiens beigetragen. Laut indischer Statistik sind die mit freundschaftlicher Hilfe der UdSSR gebauten staatlichen Betriebe die effektivsten und rentabelsten. Obwohl nur ungefähr ein Sechstel des Produktionsvolumens auf sie entfällt, erbringen sie fast die Hälfte des Reingewinns

aller staatlichen Industriekorporationen. Indische Wirtschaftsexperten schreiben die hohe Rentabilität dieser Objekte ihren modernen Anlagen zu, ferner der gründlichen Aus- und Fortbildung einheimischer Arbeitskräfte sowie dem Umstand, daß ihnen sowjetische Organisationen tatkräftig die tagtäglichen Bewirtschaftungsprobleme lösen helfen. Sie beschäftigen über 160 000 indische Fachkräfte und Arbeiter.

Das wirtschaftliche und technische Zusammenwirken mit der UdSSR spielt nicht nur beim Vorwärtkommen der Schlüsselbranchen Indiens eine wichtige Rolle, sondern auch bei der Lösung seiner sehr großen sozialen Probleme, als da sind: die gleichmäßige Entwicklung der Produktivkräfte im ganzen Land, die Erschließung der zurückgebliebenen Gebiete, die Mehrung der Beschäftigungsmöglichkeiten und die Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Bevölkerung.

Mit dem Bau der riesigen Hüttenbetriebe in Bhilai und Bokaro z. B. sind anstelle kleiner Dörfer moderne große Städte mit Zufahrtsstraßen, Schulen, Krankenhäusern und Kulturstätten entstanden. Die Errichtung des Betriebs für schwere Elektroausrüstungen und der dazugehörigen Betriebssiedlung hat dem legendenumwobenen Hardwar ein neues Aussehen gegeben. Ebenso haben auch andere mit sowjetischer Hilfe gebaute Großbetriebe gewirkt. Rings um sie sind zahlreiche kleine Betriebe gebaut worden, die viele Zubringerzeugnisse produzieren, aus Halbfabrikaten Fertigerzeugnisse machen und Betriebsfälle verwerten. Überhaupt führen viele Betriebe des staatlichen und des Privatsektors Aufträge für die im Bau befindlichen Objekte der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit aus.

Es genügt nicht, einen modernen Großbetrieb zu bauen. Soll er dem Lande nützen, so braucht er geschulte Kräfte, die die komplizierten Anlagen zu bedienen verstehen. Allein beim Bau, bei der Montage und in den ersten Bewirtschaftungsstadien der Objekte der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit sind viele tausend indische Arbeiter und Techniker herangeschult oder fachlich fortgebildet worden. Die bei den Betrieben eingerichteten Schulungs-

zentren werden jedes Jahr von einigen tausend Personen besucht. An den mit sowjetischer Hilfe in Indien geschaffenen Lehranstalten werden immer neue Fachkräfte ausgebildet. Rund 3500 Inder haben in der UdSSR Lehranstalten durchlaufen oder ein Betriebspraktikum gemacht. In den 25 Jahren allein sind mit Hilfe sowjetischer Wissenschaftler, Techniker und Facharbeiter 110 000 indische ausgebildet worden.

Da dieses Heer einheimischer Kräfte wächst, wird die Hilfe sowjetischer Fachkräfte bei der Bewirtschaftung der gemeinsam gebauten Betriebe mit der Zeit immer weniger oder sogar überhaupt nicht mehr gebraucht. In den Kraftwerken, Ölraffinerien, Medikamentenfabriken und auf den Ölfeldern arbeiten gar keine Sowjetbürger mehr, sondern nur noch Inder, und das ist auch ein gutes Ergebnis der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit.

Diese entwickelt sich auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet unablässig, gewinnt neuen Inhalt und perfektere Formen und wird immer vielgestaltiger. Ein neuerlicher starker Impuls für die sowjetisch-indischen Beziehungen war das 15-Jahr-Abkommen über die Fortentwicklung der wirtschaftlichen und kommerziellen Zusammenarbeit, das im November 1973 beim Besuch Leonid Breschnews in Indien geschlossen wurde; ebenso das Langfristige Programm für die wirtschaftliche, kommerzielle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, das im März 1979 während Alexej Kossygins Besuch in Delhi unterzeichnet wurde. Sie betreffen eine weitere Ausdehnung der Zusammenarbeit beim Bau von Industrie- und anderen Objekten in Indien, beim Perfektionieren der Arbeit in den schon gebauten Betrieben und bei der Entwicklung neuer Formen des Zusammenwirkens wie der Kooperation und Spezialisierung der Produktion, dem Projektieren und dem Bau verschiedener Objekte in Drittländern usw.

Der Erstling der sowjetisch-indischen wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit, das Hüttenkombinat von Bhilai, ist jetzt der größte metallurgische Betrieb Indiens. Seine Jahreskapazität wird zur Zeit auf 4 Mio t Stahl gesteigert. In den zwei Jahrzehnten, die es

besteht, hat es über 33 Mio t Stahl und rund 27 Mio t Walzgut geliefert, und nicht nur für den inneren Bedarf, sondern seine Erzeugnisse werden auch nach mehr als 40 Ländern, darunter nach der UdSSR, ausgeführt. Auch das Werk in Bokaro wird weiter ausgebaut. Es hat jetzt eine Kapazität von 2,5 Mio Stahl im Jahr.

Die Entwicklung der indischen Schwerindustrie mit Hilfe der UdSSR hat schon dazu geführt, daß viele Ausrüstungen für neue oder im Ausbau begriffene Betriebe nicht mehr importiert zu werden brauchen. Sie werden in Ranchi, Durgapur und Hardwar selbst erzeugt. Mehr noch, die dortigen und andere Werke liefern Anlagen für Betriebe, die mit Hilfe der UdSSR in Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn, Sri Lanka und der Türkei sowie auf Kuba gebaut werden.

In Indien ist man stolz darauf, daß das Land dank der Zusammenarbeit mit der UdSSR an der Raumforschung teilnimmt. Sowjetische Trägerraketen haben die indischen Satelliten Aryabhata und Bhaskara auf eine erdnahe Bahn befördert. Vor kurzem ist der baldige gemeinsame Raumflug eines sowjetischen und eines indischen Kosmonauten vereinbart worden.

Kurz, in den 25 Jahren haben sich vielseitige und beständige wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Verbindungen herausgebildet. Heute sind sie ein wichtiger Faktor der immer besseren Verständigung

und immer engeren Freundschaft zwischen den Völkern der UdSSR und Indiens, dieser Beziehungen, deren feste Grundlage der Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit ist.

Es sei bemerkt, daß die UdSSR Indien größtenteils auf langfristige staatliche Kredite Produktionsobjekte bauen und einrichten hilft. Zum Unterschied von Anleihen der kapitalistischen Industrieländer werden die sowjetischen Kredite jedoch nicht in fester Valuta, sondern in Rupien getilgt, für die die UdSSR indische Waren ankauft. Das ist dem indischen Außenhandel förderlich.

Der Warenverkehr zwischen Indien und der UdSSR ist stark gewachsen: von 17,5 Mio Rupien im Jahre 1953 (als unser erstes Handelsabkommen geschlossen wurde) auf ca. 13 Md. Rupien im Jahre 1979. Die „Times of India“ schrieb im Dezember v. J.: „Der Handel zwischen der UdSSR und Indien konnte sich so rapide entwickeln, weil er nach den Grundsätzen einer langfristigen Zusammenarbeit, eines wechselseitigen Vorteils, der Gleichheit und der Berücksichtigung der Interessen beider Seiten abgewickelt wird.“

Von den Entwicklungsländern ist Indien der größte Handelspartner der UdSSR. Diese liefert Indien Maschinen und Betriebsanlagen, Eisen- und NE-Metalle, Erdöl, Erdölprodukte, Kunstdünger, Chemikalien u. a.

Auch die UdSSR importiert immer mehr Waren aus Indien: darunter die traditionellen indischen Exportartikel (Tee, Kaffee, Juteerzeugnisse, Gewürze, Tabak, wollene Wirkwaren, Baumwollstoffe und Konfektion). Ebenso Waren der sich entwickelnden modernen Industrie (z. B. Garageneinrichtungen, chirurgische Instrumente, Akkus, elektrische Kabel und Schlosserwerkzeug). Im November 1979 wurde ein Protokoll unterzeichnet, laut dem die Maschinenbaubetriebe in Ranchi und Durgapur der UdSSR Ausrüstungen für den Bau von Industrieobjekten liefern werden. Die beständigen sowjetischen Ankäufe verschiedener Industrieerzeugnisse in Indien helfen diesem, seine Kapazitäten voller auszulasten und seiner Bevölkerung Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten.

Ende 1979 fand in Delhi eine internationale Messe statt. Die Presseagentur United News of India nannte die UdSSR den „größten Käufer auf der Messe“ und teilte mit, daß von den Abschlüssen der staatlichen und privaten Gesellschaften Indiens im Werte von 2,2 Md. Rupien 1,5 Md. auf sowjetische Außenhandelsstellen entfallen. Unter anderem hat die UdSSR Kontrakte über Chemikalien, Medikamente, Tonerde, Glimmer, Wirkwaren, Kosmetika und Waschpulver geschlossen.

Die rechtsgleichen und für beide Seiten vorteilhaften sowjetisch-indischen Beziehungen wirken zweifellos günstig auf die öffentliche Meinung in Asien und der übrigen Welt. Das bereitet den Gegnern der sowjetisch-indischen Freundschaft schweres Unbehagen, und sie scheuen selbst vor notorischen Falschmeldungen nicht zurück. Die bürgerliche Propaganda im Westen sucht Zweifel an den wahren Absichten der sowjetischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Indien zu wecken und behauptet z. B., durch die engen Freundschaftsbeziehungen zur UdSSR komme Indien von der Politik der Nichtpaktgebundenheit ab. Im Chor dieser Verleumder hört man deutlich die Stimmen der Pekinger Hegemonisten. Die Zeitung „Patriot“ schrieb unlängst mit vollem Recht: „Die bösartige Propaganda Pekingens gegen Indien und die UdSSR richtet sich gegen die ant imperialistischen Kräfte in aller Welt.“

Das Fazit aus der 25jährigen sowjetisch-indischen wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zeigt anschaulich, daß zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung mannigfaltige Freundschaftsbeziehungen bestehen können, wenn ihre Politik den Idealen des Friedens, der Sicherheit und des Fortschritts der Völker entspricht und ihre Beziehungen auf gegenseitiger Achtung, souveräner Gleichstellung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen fußen.

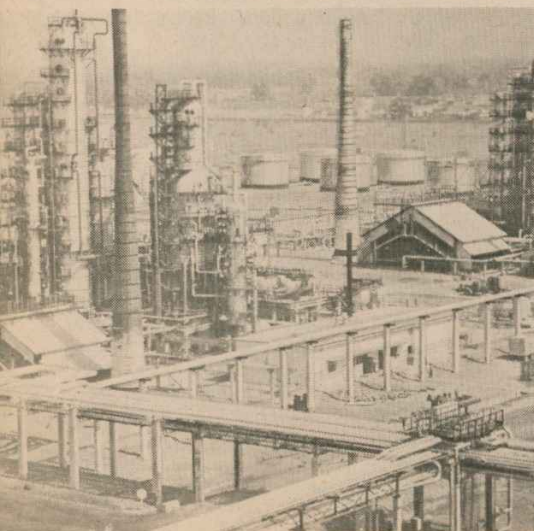
Auf dem XXV. Parteitag der KPdSU sagte Leonid Breschnew: „Enge politische und ökonomische Zusammenarbeit mit der Republik Indien ist unser ständiger Kurs. Die sowjetischen Menschen verhalten sich zur friedliebenden indischen Außenpolitik, zum tapferen Kampf der fortschrittlichen Kräfte dieses Landes für die Lösung seiner schweren sozialökonomischen Aufgaben mit Sympathie, ja mehr noch, mit Solidaritätsgefühl.“

S. ALMASOW, J. KARPOW
Korrespondenten der TASS

Delhi, im Februar

Das im Rahmen der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit entstandene Ölverarbeitungs-kombinat in Barauni

Foto: TASS



MILITARISTISCHE GELÜSTE DER TORYS

Wladimir LARIN

Im Westminsterpalast, wo das britische Parlament tagt, gab es am 24. Januar eine wortreiche Debatte. Das Thema waren die Kernwaffen. Die ehrenwerten Mitglieder des Unterhauses befaßten sich hauptsächlich mit zwei Fragen: mit dem amerikanischen Plan, in Westeuropa, auch in England, neue Mittelstreckenraketen zu stationieren, und mit einer Modernisierung der eigenen strategischen Kernstreitkräfte.

Immer hochschrauben

Verteidigungsminister Pym hielt im Parlament eine lange Rede zu seinem neuerdings liebsten Thema: Zur Aufrüstung. Seine Argumente für die Politik der USA und für die geplante Modernisierung der britischen Kernstreitkräfte brachte er derart verblümt vor, daß der Abgeordnete Rogers den Zwischenruf machte, um zu erfahren, was in Whitehall vorgehe, müsse man jetzt nach Washington reisen.

Von Einzelheiten abgesehen, geht aber nichts besonders Kompliziertes vor. Die Toryregierung tut die Realitäten der Welt von heute mit ein paar simplen Phrasen ab — jetzt sind das „die sowjetische Bedrohung“, der „afghanische Konflikt“ und die „Nachrüstung“, die nötig sei, damit man zur UdSSR von einer Position der Stärke aus reden könne — und wirkt auf eine neue Runde im Wettrüsten hin, macht es also genau wie Washington. Sie hält sich aber nicht nur im gewundenen Fahrwasser der Politik des Weißen Hauses, sondern eilt den USA sogar öfter voraus und heizt die Alarmstimmungen bei ihren NATO-Partnern auf. London bemüht sich, beim Zimmern einer Art antisowjetischen Front eine besondere Rolle zu spielen. Darauf laufen die Appelle von Margaret Thatcher und die äußerst rege Betriebsamkeit von Verteidigungsminister Pym hinaus. Den gleichen Zweck hatte die kürzliche Reise Außenminister Lord

Carringtons nach einigen Mittelost-Ländern.

Kaum war das Scheitern der imperialistischen Pläne im Hinblick auf Afghanistan bekannt geworden, da bearbeiteten die britischen Diplomaten gemeinsam mit Washington, wie die „Times“ schrieb, die westeuropäischen NATO-Partner, um bei ihnen gemeinsame antisowjetische „Schritte“ durchzusetzen.

Die Abkehr von der Entspannungspolitik und die Hinkehr zur Gewalt, zur Wiederaufnahme des kalten Krieges setzten in England schon vor Afghanistan ein. Es sei daran erinnert, daß die 3prozentige jährliche Erhöhung der militärischen Realaufwendungen der NATO-Staaten auf der Washingtoner NATO-Ratstagung im Mai 1978 beschlossen wurde. (England verausgabte jetzt in seinen militaristischen Neigungen für die Streitkräfte einen höheren Prozentsatz seines Bruttosozialprodukts als die anderen westeuropäischen NATO-Partner.) Auf derselben Tagung wurde beschlossen, in einigen Ländern Westeuropas die neuen amerikanischen Mittelstrecken-Atomraketen einzuführen.

Harrier-Kampfflugzeuge haben die Engländer Peking auch nicht erst in den letzten Monaten angeboten. Bei dem Geschäft legen sie besonderen Nachdruck darauf, daß die Harriers besonders wirkungsvoll an den Grenzen der UdSSR und Vietnams eingesetzt werden könnten. Noch vor Afghanistan bot London dem Peking'schen Spitzenpolitiker Hua Guofeng bei seinen Besuchen von 1979 in England die denkbar besten Gelegenheiten, die UdSSR zu beschimpfen.

Die antisowjetische Tonart bei den offiziellen britisch-chinesischen Kontakten ist bestimmt kein Zufall. Sie rührt daher, daß London und Peking die internationale Lage durch das Prisma des Kampfes gegen die „sowjetische Bedrohung“ sehen. In London meint man, ein starkes

China werde die sowjetischen Streitkräfte vom Westen nach dem Osten abziehen, und ist deshalb bereit, China politisch, wirtschaftlich und militärisch stärken zu helfen. In Peking wiederum geht man davon aus, daß ein starkes Westeuropa, also auch England, der UdSSR mehr als jetzt entgegenwirken könnte, und fordert London auf, nach dem Grundsatz zu handeln: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“ London kennt die chauvinistischen Anmaßungen Pekings ganz genau, ist aber weitgehend bereit, China moderne Waffen zu verkaufen.

Das alles zeugt davon, daß die herrschenden Kreise Englands schon seit einigen Jahren die Entspannung zu torpedieren suchen. Jetzt scheint in dieser Politik eine neue Phase eingetreten zu sein, in der auf militärische Fragen besonderes Gewicht gelegt wird.

Wer wen bedroht

Auf diese Fragen haben sich die Torys von den ersten Tagen ihrer Regierung an konzentriert. Sie bekunden ihren Alliierten auf jede erdenkliche Art und Weise, daß sie bereit sind, auf diesem Gebiet die Initiative zu ergreifen. Der Politik wird diese Richtung angeblich vorgeschrieben, damit man der „sowjetischen Bedrohung“ entgegenwirken könne. Lord Siegelbewahrer Gilmour hat erklärt: „Wir werden die westlichen Interessen gemeinsam mit unseren Alliierten gegen die Geheimaktionen der UdSSR wahren.“ Als ersten Schritt dazu hat die Premierministerin die westeuropäischen Alliierten aufgerufen, die neuen amerikanischen Pershing-Raketen und Cruise Missiles in ihren Ländern stationieren zu lassen. Diese könnten, wie sie sagte, dem Sowjetvolk „noch größere Leiden“ als der zweite Weltkrieg zufügen.

In der Londoner NATO-Rats-Sitzung vom Dezember v. J. pflichtete London den US-Plänen begeistert bei. Verteidigungsminister Pym befehligte sich, sie durchzubringen, und drückte zu diesem Zweck auf seine schwankenden Kollegen aus einigen Ländern Westeuropas.

Jetzt bringt die britische Presse nicht nur Beiträge mit Zustimmung zu Stationierung amerikanischer Cruise Missiles in England. Man nennt sogar bestimmte Gebiete dafür. Auch erscheinen schematische Darstellungen (z. B. im „Guardian“ vom 3. Dezember), auf denen mit Pfeilen die Gebiete in der UdSSR kenntlich gemacht sind, die aus England mit Raketen getroffen werden können. Mit einer massier-

ten Propaganda will man den Briten einreden, daß nicht eine verringerte militärische Konfrontation ihre Sicherheit besser garantieren würde, wie es die UdSSR vorschlägt, sondern ein weiteres Wettrüsten. Das alles wird damit begründet, daß man sich doch gegen eine „Bedrohung“ von seiten der sozialistischen Länder behaupten müsse. In Ministerien, Parlament, Presse, Rundfunk und Fernsehen wird eine ganze Sturzflut von Aufrufen losgelassen,



Die britische Öffentlichkeit protestiert gegen die „eurostrategischen“ Pläne der NATO. Unser Bild: Warnposten vor dem Parlament

Foto aus „Morning Star“ (Großbritannien)

die angeblich von der UdSSR ausgehende Gefahr zu bannen. Die Wochenschrift „The Economist“ schreibt: „Die Grundlage der britischen Außenpolitik in den 80er Jahren ist die Stärkung der westlichen Sicherheit gegen die zunehmende und bedrohliche Macht der Warschauer Vertragsstaaten.“

Das auf den „Euroraketen“ beruhende nukleare Programm der Tories hat kein Ende. Bis 1990 will London die Generationen seiner „strategischen nuklearen Eindämmungskräfte“ auswechseln. Vier mit Polarisraketen bestückte nukleare U-Boote sollen mit amerikanischen Tridentraketen ausgerüsteten neuesten U-Booten Platz machen. Da das nach Angaben von Experten viel Zeit in Anspruch nimmt, beabsichtigt die Regierung, eine Bestätigung ihrer Pläne schon in nächster Zeit zu erwirken. Auch wird in Betracht gezogen, daß der Ankauf neuer Raketen in den USA nicht ganz einfach ist. Außerdem hoffen die Briten auf einen erheblichen Preisnachlaß wie beim Abschluß über die jetzt in britischen U-Booten befindlichen Raketen. Mrs. Thatcher besprach das im Dezember in Washington.

In London hat man auch aus politischen Gründen Eile: Die jetzige US-Regierung steht günstig zu den Plänen der Tories, ihre strategischen Kernkräfte zu erneuern. Wird jetzt keine endgültige Vereinbarung getroffen, dann kann es passieren, daß Carter ganz von dem heran nahenden Wahlkampf in Anspruch genommen, wenn nicht gar ein neuer Mann im Weißen Hause einziehen wird.

Wieder Position der Stärke

Ab und an kommt in London die Frage auf, ob Großbritannien diese Waffen wirklich braucht und inwiefern sie im Falle eines Konflikts wirksam sein können. Dazu werden verschiedene Meinungen und manchmal einander ausschließende Argumente laut.

Die Verfechter der nuklearen Ausrüstung behaupten, England habe politische und militärische Gründe, ein Staat mit seinen eigenen strategischen Waffen zu bleiben.

Die politischen laufen darauf hinaus, daß diese Kräfte England in weltpolitischen Angelegenheiten mehr Gewicht und ihm das Recht gäben, sich trotz seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiter zu den Großmächten zu zählen.

Die militärischen Argumente lauten, das Vorhandensein britischer strategischer Kernkräfte werde Moskau zwingen, es sich noch sehr zu überlegen, ehe es einen nuklearen Angriff gegen Großbritannien unternehme.

Realistisch denkende Engländer dagegen meinen, eine Ausführung des Programms für die Erneuerung der strategischen Kräfte könne England nur in einen Kernkrieg verwickeln. Auch wäre, wie manche britische Experten schreiben, der Einsatz solcher Waffen gegen die UdSSR in jedem Falle purer Selbstmord.

Gegen die Erneuerung der britischen Kernkräfte spricht auch, daß sie ungeheuer kostspielig wäre. Geht man von den Preisen von 1979 aus, so handelt es sich um 4–5 Md. Pfund Sterling. Verteidigungsminister Pym sagt sogar, jetzt könne man überhaupt nicht angeben, wieviel für die neuen U-Boote gezahlt werden muß.

Es besteht noch ein Programm für die Modernisierung der strategischen Kernkräfte, das nicht auf U-Boote, sondern auf Cruise Missiles orientiert ist, darauf, daß England zu den schon dort stationierten amerikanischen Cruise Missiles vom Typ Tomahawk noch einige hinzukaufen könnte, um die Polaris-Raketen gegen sie auszuwechseln.

Bezeichnenderweise gehen alle diese Projekte von der falschen Voraussetzung aus, daß die UdSSR irgendwelche Aggressionsakte gegen England und andere westliche Länder beabsichtige. Die vorgebliche militärische Bedrohung bildet fast die Grundlage der politischen Analyse Englands aus der jetzigen Weltlage, und beeinflusst wesentlich die Gestaltung der Außenpolitik.

Wenn in London Besorgnis darüber geäußert wird, daß die sowjetischen Streitkräfte perfektioniert werden, läßt man dort eins unerwähnt: Ebensowenig wie früher sucht die UdSSR auch jetzt, sich eine militärische Überlegenheit zu verschaffen. Auch für die Zukunft sieht sie ihre Aufgabe darin, das erzielte Kräftegleichgewicht zu halten.

Es handelt sich also nicht um eine „sowjetische militärische Bedrohung“, sondern um das Interesse gewisser Kreise daran, daß der Glaube an ihr Vorhandensein künstlich genährt und die internationale Spannung aufrechterhalten wird. Nicht zuletzt erklärt sich das mit den materiellen Interessen von Personen, die direkt oder indirekt mit der Waffenfabrikation zu tun haben.

Es ist doch bezeichnend, daß die NATO-, also auch die britischen Strategen still waren, solange sie sich militärisch überlegen fühlten. Als aber das ungefähre Kräftegleichgewicht eintrat, schlugen sie wegen einer „sowjetischen Bedrohung“ Alarm. Eine zweifelhafte Logik, um so mehr, wenn man nach ihr die wichtigsten weltpolitischen Probleme beurteilt.

Besteht eine Alternative zu den militaristischen Absichten der Tories? Gewiß. Sie besteht darin, die Rüstungen auf ihrem Stand von heute einzufrieren, wo zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrags ein ungefähres Kräftegleichgewicht besteht; darin, die Rüstungen unter eine effektive Kontrolle zu stellen und allmählich abzubauen. Die Toryregierung will dagegen mit der UdSSR von einer „Position der Stärke“ aus reden. Die jetzige britische Führung hat erklärt: „Wenn wir über Abrüstung verhandeln wollen, müssen wir es von einer Position der Stärke und nicht der Schwäche aus tun.“

Offenbar will London das nicht nur bei Abrüstungsverhandlungen, sondern auch im weiteren Sinne. Kann es aber real darauf rechnen? Mit der UdSSR von der „Position der Stärke“ aus sprechen zu wollen, ist aussichtslos. Davon hätte sich London längst überzeugen können.



Von unserem Sonderberichterstatter
Albert PIN

„Ist Paris noch Paris?“ fragte mich ein Bekannter, als ich von der Seine an die Moskwa zurückgekehrt war.

Er erwartete sichtlich keine Antwort. Wenn ich jetzt aber in Gedanken das in Paris Gesehene Revue passieren lasse, so lege ich mir selbst diese Frage vor, die in kaum einer Reportage oder einem Buch über die Hauptstadt Frankreichs fehlt.

Ja, der Ruf dieser Stadt ist unvergänglich. Überall auf Erden kennt man Namen ihrer Straßen und Plätze, ihre wechselvolle Geschichte und viele Persönlichkeiten, die nicht nur von den Franzosen, sondern von der ganzen Menschheit verehrt werden.

Ebenso wie früher, kommen Millionen aus nahen und fernen Ländern, um die Notre Dame, den Louvre, die Seinekais, Montmartre und die Champs-Élysées zu sehen. Sie kommen oder kommen wieder, um die unverwechselbare Atmosphäre der Freundlichkeit und Ungezwungenheit zu verspüren, die Paris einen besonderen Reiz verleiht.

Es ist wohl keine Frage, ob Paris für die zahlreichen Gäste, auch für solche, die zum erstenmal da sind, immer Paris ist. Und für die Einwohner der Stadt? Das ist nicht ganz so leicht zu beantworten.

Aber ich will nicht vorgreifen, sondern lieber mit Ihnen durch Paris streifen, mich mit Parisern unterhalten, in ein paar Schriftstücken blättern und genauer betrachten, wie sie heute ist, diese große, 2000 Jahre alte Stadt.

Musikanten wider Willen

An der Ecke Place de l'Opéra und Boulevard des Capucines spielten fünf junge Leute: Gitarre, Flöte, Posaune, Trompete und Schlagzeug — die typische Straßenkapelle.

In Paris gibt es viele, sie bestehen

aus engagementslosen Musikern, Kabarettisten usw. Ihre glücklichen Kollegen im Smoking unterhalten die Besucher der modischen Kabarets und Dancings, während sie sich vor den Passanten, sehr oft in Unterführungen und auf Stationen der Métro, produzieren.

Die Pariser haben ihre eigenen Sorgen, sie sind an diese Darbietungen gewöhnt und gehen meistens vorüber, als hörten sie die Songs nicht und als sähen sie nicht die offenen Futterale der Instrumente, in denen selten Francs und Centimes glitzern. Manchmal spielt ein junger Gitarrist im U-Bahn-Wagen, geht dann mit seiner Strickmütze herum und stellt die Fahrgäste vor die unausweichliche Wahl, mit undurchsichtiger Miene dazusitzen oder das Portemonnaie zu ziehen.

An der genannten Ecke war es an jenem Abend aber anders. Die Großen Boulevards mit ihrem Leben und Treiben und ihrem Glanz sind ein besonderer Stadtteil, den man nach acht Uhr abends nicht in Geschäften, sondern bloß so, zum Zeitvertreib aufsucht, um — wenn man das nötige Kleingeld hat — in einem der aquarienähnlichen Restaurants zu sitzen, durch die Scheiben die Boulevards zu sehen und gesehen zu werden, zu einem neuen Film zu gehen (außer Pornofilmen hat man da allerdings nicht viel Auswahl) oder einfach die hellerleuchteten Gehsteige entlangzumbummeln und den flüchtigen Geruch von Parfüm, Benzin und gerösteten Maronis einzuatmen (die an jeder Ecke von Besitzern der Kohlenbecken — im Zugwind frierenden Einwanderern aus Afrika — in Tüchten angeboten werden).

Die dürtig gekleideten Straßenmusikanten froren sicher auch, aber bei ihrem temperamentvollen Spiel schienen sie es nicht zu merken. Sie waren von Zuhörern umringt und

gaben sich größte Mühe, das Zischen und Schleifen der vielen Autos zu übertönen.

Nun, ihr Spiel war nicht gerade virtuos, aber empfunden, und die alten Melodien rührten manche der Umstehenden. Davon zeugten das Lächeln einer älteren Frau in modischer Fuchspelzjacke, die verträumten Mienen eines schlicht gekleideten jungen Paares und die Münzen, die nach jeder Nummer in das schwarze Futteral geworfen wurden.

Warum Paris leer wird

Das tagsüber menschenwimmelnde, laute Zentrum von Paris wird nach acht Uhr abends ruhig und scheinbar geräumiger. Belebt bleiben allerdings bis spät die Großen Boulevards, die Champs-Élysées, die Place Pigalle. Doch schon um zehn kann man von den Boulevards in eine Seitenstraße einbiegen und sie bis zum anderen Ende entlanggehen, ohne auch nur eine Menschenseele zu treffen.

Bleiben die Pariser abends vielleicht lieber zu Haus und sehen fern? Im allgemeinen ja, aber nicht nur das. Das Zentrum ist nicht sehr dichtbesiedelt. Viele Fenster bleiben abends dunkel. Sie gehören nicht zu Wohnungen, sondern zu zahllosen Büros und Banken.

Vor mir liegt das Buch „Paris“, das mir bei der Informationsdirektion im Rathaus liebenswürdig überreicht wurde. Es ist kein Fremdenführer, sondern ein vom Französischen Dokumentationszentrum unter Mitarbeit des Bürgermeisteramtes herausgegebenes Nachschlagewerk. Ein Kapitel trägt die Überschrift „Paris wird leer“.

Die darin enthaltene Statistik möchte ich unserem Leser nicht vorenthalten. Das eigentliche Paris hat jetzt 2,3 Millionen Einwohner*. In den 20 Jahren von 1954 bis 1975 hat es 550 000 Einwohner — 20% — eingebüßt. Besonders rasch schrumpfte die Einwohnerschaft in den letzten Jahren.

Warum? Eine erschöpfende Antwort darauf ist in dem Buch nicht zu finden, aber die darin enthaltenen Zahlen bieten Stoff zum Nachdenken. Hier eine besonders aufschlußreiche Tatsache: In denselben 20 Jahren hat die Zahl der Pariser Arbeiter um 210 000 abgenommen. Sind sie in Frankreich die repräsentativste soziale und berufliche Gruppe unter den Beschäftigten (37,7%), so machte ihr Anteil an den Pariser Erwerbstätigen 1975 nur noch 22,2% aus. Zugleich nahm die Zahl

* Einschließlich des Bois de Boulogne und des Bois de Vincennes nimmt Paris 105 km² ein.

der Angestellten, der Angehörigen freier Berufe und des gehobenen Verwaltungspersonals zu. Die Verfasser des Nachschlagebuchs räumen ein, daß sich Paris „bourgeoisisiert“.

Die Schlußfolgerung drängt sich auf, daß in erster Linie Leute aus Paris wegziehen, die es sich nicht leisten können, ein Drittel ihres Einkommens, wie jetzt gang und gäbe, oder gar die Hälfte davon für Miete auszugeben.

Auch früher hatten die minderbemittelten Pariser Wohnungsprobleme, es waren aber andere. In der Nachkriegszeit galt noch ein Gesetz von 1920 über einen Mietsstopp. Da die Hausbesitzer verhältnismäßig wenig einnahmen (das Leben wird ja teurer!), kümmerten sie sich wenig um Renovierungen. Die alten Häuser wurden baufällig, Tausende wohnten in Elendsquartieren. Neue Wohnhäuser wurden in Paris so gut wie gar nicht gebaut.

Nachdem der Mietsstopp für den privaten Hausbesitz aufgehoben worden war (die Mieten schnellten natürlich sofort zusammen mit den Grundstückspreisen in die Höhe), setzte ein Bauboom ein. Er dauerte bis 1976, da ließen die Bauarbeiten wesentlich nach. Laut amtlichen Angaben wurden zwischen 1954 und 1975 in Paris 220 000 Wohnungen gebaut, größtenteils in den Vierteln der Bourgeoisie: in der Nachbarschaft des Bois de Boulogne, wo die Luft reiner ist, und in einigen anderen, die früher als Arbeiterviertel galten. Von den 220 000 Wohnungen wurden aber nur die 30 000 sogenannten Sozialwohnungen mit staatlichen Zuschüssen gebaut und für eine relativ mäßige Miete abgegeben.

Die Pariser Börse

Foto des Verfassers



Damals kam auch die Modernisierung der alten Viertel in Gang. Statt der Kleinwohnungen ohne alle Bequemlichkeiten baut man große, komfortable. Das geschah und geschieht noch in allen Vierteln, besonders im Zentrum (im Quartier Latin, am Marais, bei den Markthalen), wo viele Bauten geschichtlich wertvoll sind. Die Wohnungen in den modernisierten Vierteln werden aber in den meisten Fällen nicht von den früheren Mietern gemietet oder gekauft. Sie mußten sich weiter weg Wohnungen suchen, meistens außerhalb des Weichbildes der Stadt, in Großparis*.

Wieviel muß man für eine Wohnung im Zentrum, die man mietet oder kauft, jetzt zahlen? Zusammen mit einer Pariser Bekannten ging ich vor Neujahr in ein Baubüro des Viertels.

„Leider können wir Ihnen weder eine Ein- noch eine Zweizimmerwohnung anbieten“, sagte man uns. „Wir haben ungefähr gleichgroße Drei- und Vierzimmerwohnungen. Die Dreizimmerwohnung kostet 3400 Franc monatlich, die Vierzimmerwohnung 3800 und 20% davon für kommunale Dienstleistungen.“

Meine Begleiterin sah sich die Preisliste ebenso interessiert wie ich an. Ihre Tochter hatte kurz vorher in einem Vorort eine 25-m²-Wohnung für 1100 Franc gemietet, und sie wollte vergleichen.

„Werden Sie auch kleinere Wohnungen haben?“

„Rufen Sie uns bitte im Januar an. Wahrscheinlich werden wir eine Zweizimmerwohnung mit 43 m² haben. Miete 2700 Franc.“

„Und was kostet so eine Wohnung, wenn man sie kauft?“

„Der Quadratmeter 11 000 oder 12 500 Franc, je nach der Qualitätsstufe.“

Um eine bescheidene Zweizimmerwohnung zu kaufen, muß man etwa eine halbe Million Franc zahlen.

Es ist angebracht, hinzuzufügen, daß das durchschnittliche Arbeitsentgelt in Frankreich 3000–3500 Franc monatlich beträgt und daß die Mieten seit Neujahr noch um 11–18% höher sind.

„Wenn für die Miete über ein Drittel vom Lohn oder Gehalt gezahlt werden muß, so ist das für eine Familie sogar mit Durchschnittseinkommen eine Katastrophe“, sagte mir Pierre Didiot, Vizebürgermeister honoris causa von Saint-Denis, einer Stadt am

Nordrand von Paris. „Alle übrigen Ausgaben der Familie müssen dann aufs äußerste gekürzt werden.“

Saint-Denis ist eine große Industriestadt des Departements Paris und hat demokratische Traditionen. Seit 35 Jahren sind die Kommunisten in der Stadtverwaltung führend. In der jetzigen, die im März 1977 gewählt wurde, sind von den 39 Stadtverordneten 30 Kommunisten.

Mit dem Beistand der Einwohner hat die Stadt viel für sie tun können. Trotz aller möglichen Schwierigkeiten hat sie ansehnliche Fortschritte im Wohnungsbau, im Bildungs- und Gesundheitswesen gemacht. Seit 1946 sind dort rund 10 000 billige Wohnungen gebaut worden und, wo früher Elendsviertel waren, Neubauviertel entstanden.

Die Stadt setzt sich beharrlich für das Recht der Einwohner auf Arbeit ein. Die Regierung fördert eine Einschränkung und Auflockerung der Industrie im Pariser Departement. Seit 15 Jahren sind in Saint-Denis viele Betriebe geschlossen und 20 000 Arbeitsplätze liquidiert worden. Daran liegt es u. a., daß die Einwohnerschaft auch hier schrumpft. Herr Didiot sagte mir, die Stadt habe jetzt 96 000 gegen früher 100 000 Einwohner.

Aus dem Zentrum von Paris nach Saint-Denis und zurück führen wir mit der U-Bahn. Drei Stationen der Linie 13 bestehen in Saint-Denis seit 1977, eine ist nur ein paar Minuten zu Fuß vom Rathaus und der alten Basilika entfernt, in der der erste Bischof von Paris, der legendäre heilige Denis, und die Kapetinger beigesetzt sind.

Die U-Bahn-Stationen sind auch eine Errungenschaft der Stadt und der Stadtväter. Die Pariser Linie wurde nach jahrelangem zähem Kampf bis Saint-Denis verlängert.

Neues und Altes

Die Pariser Metropolitain entstand zu Anfang dieses Jahrhunderts und hat jetzt 350 Stationen. Nach ihrem Erbauer, Ingenieur Bienvenue, ist der Platz am Bahnhof Montparnasse benannt, wo seit den 60er Jahren ein 200 Meter hoher Wolkenkratzer über Altparis aufragt.

Der Turm Maine-Montparnasse, der fast ganz der Geschäftswelt gehört, und die anderen Beton- und Glaskästen in verschiedenen Stadtvierteln haben Paris merklich verändert. Die in ihre Stadt verliebten Pariser freut das gar nicht, denn die Riesenbauten harmonisieren nicht sehr mit den weltbekannten Vierteln, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß manche originell und kühn in der Linienführung wie in der Ge-

* Großparis oder das Pariser Departement einschließlich naher und fernerer Vororte hat 12 000 km² und rund 10 Millionen Einwohner.

staltung sind. Fotografen, Verehrer der alten Stilarten, können sich noch soviel Mühe geben, bei Panoramaaufnahmen bekommen sie unweigerlich diese Kästen ins Bild. Selbst Défense, ein neues Viertel außerhalb des eigentlichen Paris, bringt sich bei klarem Wetter aufdringlich in Erinnerung. Der Spaziergänger im Jardin des Tuileries kann gleichzeitig den Obelisk von Luxor auf der Place de la Concorde, den Triumphbogen und in der Ferne einen Wolkenkratzer in Défense sehen, das jenseits der Seine die klassische Achse fortsetzt.

Die moderne Bauweise nach amerikanischen Vorbildern liebt man heute an der Seine nicht. „Paris ist eine lateinische Stadt, es muß seine Wesensart, sein Gesicht, sein geschichtliches Erbe und seine prächtige Architektur aus der Vergangenheit behalten. Es darf aber nicht nur Museum und Verwaltungszentrum, es muß auch eine moderne Hauptstadt mit zahlreichen, sozial verschieden gestellten Einwohnern sein, eine Stadt, die ein reges geschäftliches Leben führt und großen Projekten gewachsen ist.“ So ist in allgemeinen Zügen die neue städtebauliche Politik der Munizipalität beschaffen, wie sie mir im Rathaus erläutert worden ist.

Mit einem teilweise schon ausgeführten Projekt konnte ich mich bekannt machen: mit der Verkaufshalle „Forum“, die dort entsteht, wo Zolas „Bauch von Paris“ war. Sie wurde im vergangenen Herbst von Oberbürgermeister Jacques Chirac feierlich eröffnet.

Die von Zola und anderen Schriftstellern und Malern geschilderten und dargestellten alten, koloritvollen Markthallen siedelten 1966 in einen Vorort nicht weit vom Flughafen Orly über — in Paris war es ihnen zu eng geworden. Die von Baltard gebauten Pavillons selbst aus feinen Metallgerüsten, die als bauliche Denkwürdigkeiten des vorigen Jahrhunderts galten, wurden von reichen Amerikanern gekauft und nach Übersee befördert, und an ihrer Stelle entstand eine riesige Baugrube. Sieben Jahre nahmen die unterirdischen Arbeiten in Anspruch, dort ist ein einzigartiger Verkehrsknotenpunkt geschaffen worden, in dem sich mehrere U-Bahn-Strecken überschneiden und wo außerdem eine mehrgeschossige Großgarage gebaut worden ist.

Darum, wie die Fläche ausgenutzt werden soll, die nach dem Abbruch der Hallen Baltards frei geworden war, wurde viel gestritten. Anfangs sollte dort ein internationales Finanz- und Börsenzentrum hin, auch andere Prestigeprojekte gab es. Am Ende entschied der Oberbürgermei-

ster, daß da wieder ein Reich des Handels entstehen soll.

Mit der Rolltreppe fahren wir abwärts und gelangen auf einen weitläufigen Platz mit einem Podium in der Mitte, das leichte moderne Skulpturen zieren. Ein günstiger Treffpunkt für Kunden. Ringsum dehnen sich übereinander verglaste Galerien mit den Verkaufsständen.

Der Bau hat die Form einer viergeschossigen, auf die abgeplattete Spitze gestellten Pyramide. Drei Geschosse sind unter, eins ist über der



Ein Straßenmime produziert sich vor dem Pompidou-Zentrum

Erdoberfläche. Die 16 neuen Pariser „Straßen“ sind gesäumt von zahlreichen größeren und kleineren Geschäften, Gaststätten, Frisier- und Schönheitssalons. Auch eine Diskothek, Kinos und Konzertsäle sind da. Über Modegeschäften und -salons flimmern die Namen der Pariser Modeschöpfer Cardin, Ungaro, Saint-Laurent u. a.

Der Bau und die Einrichtung des Handelszentrums, das von Privatfirmen gepachtet ist, hat natürlich viel Geld gekostet. Zu 85% gab es der Staat. Zahlreiche Besucher besichtigen angeregt das „Forum“. Es ist ja auch imposant. Aber hier einige Stimmen aus dem Pariser Publikum, die ich der Presse entnommen habe: „Der ganze Prunk von unseren Steuern.“ — „Ist es etwa zeitgemäß, solche Tempel des Handels zu bauen?“ Zu sarkastischen Fragen veranlassen auch die Preise in den „Forum“-Geschäften und -Salons: „Wer kann sich denn das leisten?“ — „Wie verträgt sich dieser Pomp mit den Appellen, den Riemen enger zu schnallen?“

Die berühmten Firmen werden im „Forum“ bestimmt auf ihre Kosten kommen. Das Geviert der Hallen ist auch nach ihrem Abbruch eine der größten Pariser Sehenswürdigkeiten. Da ist es immer voll. Das zahlungskräftige Publikum besucht nach wie

vor regelmäßig die Nachtlokale, die es hier auch gibt. Von früh bis spät wandern Touristen umher. Wer in Paris war, will unbedingt auch in der St. Eustache-Kirche gewesen sein, in der Molière und Kardinal Richelieu aus der Taufe gehoben wurden und wo Berlioz und Liszt die Orgel spielten. Wer möchte nicht, wenn auch nur kurz, vor dem Meisterwerk Goujons, dem Brunnen der Unschuldigen mit seinen anmutigen Nymphen, verweilen, die schon soviel gesehen haben?

Um das Gelände, wo früher die Markthalle war, ist immer noch ein Bauzaun, dort wird weitergearbeitet, aber 1983 soll alles fertig sein. Ein Garten soll angelegt, Wohnhäuser und ein Hotel sowie öffentliche Einrichtungen sollen gebaut werden, was für welche, steht noch nicht endgültig fest. Mehrere Gassen des Viertels sind zu Fußgängerzonen erklärt worden. Eine große befindet sich auch vor dem Kultur- und Ausstellungskomplex auf dem Plateau Beaubourg. Geplant ist, den Boulevard de Sébastopol unter die

Erde zu verlegen, die breite Straße, die das Handels- und das Kulturzentrum voneinander trennt.

Das Beaubourg

Die extravagante, durchsichtige Konstruktion des Kulturzentrums erinnert an eine Ölraffinerie: Stahl, Glas, ein Geflecht von Rohren, Kabeln, Treppen und Rolltreppen, die in bestimmter Absicht nach außen verlegt sind.

Das Nationale Kunst- und Kulturzentrum „Georges Pompidou“ ist nach einem Projekt des Italieners Renzo Piano und des Engländers Richard Rogers gebaut worden. Das Beaubourg, wie es umgangssprachlich genannt wird, wurde 1977 eröffnet und erregte sofort und wahrscheinlich auf lange die allgemeine Neugierde. Selbst am Portal des Louvre habe ich nicht so viele Besucher gesehen, die in diesen Tempel der Kunst hineinwollten.

Im Pompidou-Zentrum befindet sich jetzt das größte Pariser Museum der modernen Kunst und werden regelmäßige Ausstellungen veranstaltet. Voriges Jahr hatte hier eine Ausstellung „Paris—Moskau“ fünf Monate lang starken Zuspruch. Eine Art Fortsetzung bildete die von der Cinéma de Beaubourg veranstaltete Retrospektive russischer und sowjetischer Filme. Im unterirdischen Teil des Komplexes

befindet sich der Große Saal, in dem ich eine Inszenierung von Tschichows „Dame mit dem Hündchen“ sah.

Reichhaltig ist die öffentliche Bibliothek des Beaubourg, sie umfaßt über eine Million Bände. Auf Regalen stehen Bücher und Zeitschriften zu allen Wissensgebieten, und auf Tischen stehen Apparate zum Lesen von Mikrofilmen. Jeder Besucher kann die große Sammlung von Dias, Audio- und Videokassetten sowie Tonbänder mit Musikaufzeichnungen benutzen.

Über das Beaubourg sind schon Monographien, Bücher und unzählige Artikel geschrieben worden, anerkennende und kritische nicht nur über die Bauweise, sondern auch über die Idee, so ein Zentrum überhaupt ins Leben zu rufen. Ein „Kultursupermarkt“, ein „Kunsthangar“ — so und ähnlich wird das Beaubourg genannt. Jetzt haben sich die Wogen des Für und Wider schon etwas gelegt, und das Beaubourg gehört unwiderruflich zu den Sehenswürdigkeiten von Paris. Es hat täglich Tausende Besucher. Die meisten sind allerdings ausländische Touristen.

„Bestimmt ist das Beaubourg von Nutzen, man hätte aber lieber mehrere bescheidenere Kulturstätten bauen sollen, die hätten einen größeren Nutzeffekt gehabt, wenn man so sagen kann“ — solche und ähnliche Aussprüche hörte ich von Pierre Gamarra, dem Chefredakteur der Zeitschrift „Europe“, von dem Dichter Luc Bérinmont und anderen.

Das Pompidouzentrum hat sich schon merklich auf das Leben in dem alten Viertel ausgewirkt. Wie der Verfasser des neuesten Reiseführers durch Paris, Delpal, schreibt, haben wohl nur noch die leichten Mädchen, die sich hier früher wohlfühlten, etwas gegen das Beaubourg einzuwenden. Sie haben sich eine andere Gegend suchen müssen. In den restaurierten Häusern sind Kunstsalons und Geschäfte eröffnet worden. Die Piazza, der Platz vor der Fassade des Zentrums, ist Schauplatz der Darbietungen von Straßenmusikanten, -sängern, -tänzern, Taschenspielern und Jongleuren. Wo, wenn nicht vor dem Beaubourg, könnten diese Arbeitslosen so auf die geneigte Aufmerksamkeit des Publikums rechnen?

Es ist Abend. Ich verlasse das Hotel und gehe um das massige, pompöse Gebäude der Börse herum. Auf der rue Montmartre gelange ich zu den Großen Boulevards. Nun biege ich nach links, zur Oper ein, denn ich möchte die Straßenmusikanten, von denen ich eingangs erzählte, noch einmal hören.

Paris—Moskau

SPORT



Kalte Winde über Lake Placid

Von unserem Eigenberichterstatte
Juri GUDKOW

„Willkommen, Welt, wir sind bereit“, dieses Plakat im Olympischen Zentrum bildete eine Sehenswürdigkeit von Lake Placid in den Tagen vor den Olympischen Spielen, zumindest für Reporter und TV-Kameraleute.

Jetzt, nach Abschluß der 13. Winterolympiade, kann man ein gewisses Fazit ziehen. Die Sportergebnisse sind hinreichend bekannt, sie werden zwar noch lange analysiert, verglichen, von Trainern und Sportlern ausgewertet und als Maß — oder auch als Mahnung für die Zukunft betrachtet werden. Der Eisschnellläufer Archi Marshall aus Großbritannien, kaum bekannt, wurde wegen dreifachen Fehlstarts auf der Kurzstrecke disqualifiziert. Beim nächsten Lauf stürzte er. Auf der 1,5-km-Strecke führte er und stürzte erneut, 50 m vor dem Ziel. Pech oder schlechte Vorbereitung? Und wie hat es Eric Heiden angestellt, der fünf von den sechs amerikanischen Goldmedaillen holte? Ist das wirklich nur die ausgesprochene Begabung und hartes Training? Der Amerikaner Billy Kidd, der in Innsbruck 1984 eine Silbermedaille errang, erinnerte daran, daß die Mannschaft seines Landes einen „kleinen, aber wichtigen Vorzug“ habe, im eigenen Lande zu spielen. Ergibt sich der Mißerfolg der sowjetischen Eishockeyspieler, die gegen die Amerikaner verloren, daraus? Sie konnten den Puck einfach nicht ins amerikanische Tor bekommen, obwohl die Amerikaner eine Woche vor Lake Placid von der sowjetischen Mannschaft empfindlich geschlagen worden waren. Wie steht es ferner um den nun schon ständigen Erfolg der UdSSR- und der DDR-Mannschaft? Zweifellos wird er in westlichen Sportkreisen viel zu denken geben.

Leider wird Lake Placid in die Geschichte der Olympiade nicht nur durch seine olympischen und Weltrekorde oder bedauerlichen Mißerfolge einzelner Sportler eingehen, sondern auch durch die schlechte Organisation. Die Stadt war der In-

vasion von Gästen nicht gewachsen, obwohl nur die Hälfte der Erwarteten kam; deshalb nannte man Lake Placid (See der Sanftmut) sogar den See der Panik. Die erstaunliche Ohnmacht und Untätigkeit der Hausherrn der Olympiade hat bis jetzt keine Erklärung gefunden. Fest steht dagegen die völlige Gleichgültigkeit sowohl der Bundes- als auch der Bundesstaatsbehörden. Den Glückwunsch zum Sieg und die Einladung zu einem Frühstück im Weißen Haus erhielten die USA-Eishockeyspieler, kaum daß sie ihre Garderobe erreicht hatten, aber dasselbe Washington schwieg eisern während der ganzen Woche, als sich die Olympiade für Zehntausende Zuschauer zu einer Qual gestaltete.

Das Städtchen Lake Placid liegt mitten im Adirondack-Naturpark, östlich des Mississippi, hat 2700 Einwohner und seine Hauptstraße mit einer einzigen Verkehrsampel. Bis zur nächsten Stadt mit 40 000 Einwohnern sind es zumindest 100 Meilen über Bergserpentinien. Keine Eisenbahn, kein Busverkehr. Zudem ist die Hälfte des Naturparks Privatbesitz. Folglich konnte man den Ort der Olympiade nur im Wagen erreichen — eine Zumutung für die drei Straßen, die nach Lake Placid führen, und für das Städtchen selbst. Deshalb mußten alle Wagen 16 Meilen vor der Stadt halten. Von dort mußte man mit dem Bus weiterfahren. Busse sollten alle die 3—5 Meilen voneinander entfernten Orte der Wettbewerbe miteinander verbinden. Nur daß es zu wenig Busse und wegzündende Fahrer gab.

Am ersten Tag der Wettspiele kehrten anstatt von 300 geplanten Bussen nur 80. Menschenmengen sammelten sich an den Haltestellen an. Die Wartezeit betrug zwei und drei Stunden.

Zur feierlichen Eröffnung kamen die meisten Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees zu spät. So ging es in der ganzen ersten Woche.

Das Wetter in Lake Placid ist nicht vorauszusagen, es kann mehr-

mals am Tage umschlagen. Als plötzlich ein Frost von 20 Grad anbrach und ein eisiger Wind wehte, wurde es fast dramatisch. Die vom diesjährigen warmen und schneelosen Winter verwöhnten Menschen waren einfach überrumpelt. Leichte Schuhe, Kutten und selbst Jacken waren natürlich nicht der beste Schutz vor dem Frost. Die Polizisten nahmen frierende Kinder in ihren Streifenwagen mit. Hie und da wurden Zelte aufgestellt, die Heilsarmee gab Kaffee in einer der städtischen Kirchen aus. Um die Besucherzahl möglichst niedrig zu halten, stoppten die Polizisten die Wagen schon 30 Meilen vor der Stadt. Bernard Fell, Präsident des Organisationskomitees, schlug vor, den Zuschauern den Zutritt zu den Olympischen Spielen überhaupt zu verwehren.

Im Vergleich dazu waren es Lapalien, wenn man nicht die notwendige Information erhalten oder Karten kaufen konnte, obwohl fast die Hälfte davon unverkauft blieb, wenn einige Sieger bei der Auszeichnung fehlten, weil man ihnen nicht den Zeitpunkt mitgeteilt hatte, wenn die Flaggen sich nicht entrollen wollten oder eine Medaille bei der Auszeichnung in den Schnee fiel und nie mehr gesehen war.

Am Ende der ersten Woche verhängte der Gouverneur des Staates

noch die fast unglaubliche Teuerung, bei der die Preise mindestens das Dreifache der normalen ausmachten.

Nach der Olympiade von München sehen die Regeln die Unterbringung der Sportler an ein und demselben, bewachten Ort vor. In dieser Hinsicht war in Lake Placid alles in Ordnung, denn das Olympische Dorf befand sich in einem künftigen Gefängnis. Die Anstalt liegt recht weit von der Stadt entfernt, ist von einer hohen Mauer umgeben, die künftigen Zellen, in denen die Sportler wohnen mußten, hatten, wenn überhaupt, nur winzige Fenster.

Im Sinne der Sicherheit und Bewachung konnte man also kaum mehr verlangen. Etwas schlimmer war, daß im Gefängnis, das ja eigentlich für 500 Häftlinge bestimmt ist, fast 2000 Sportler und Begleitpersonen untergebracht waren: in Zellen mit Doppelstockbetten, alles nicht viel größer als ein Eisenbahnabteil. Wer da keinen Platz fand, mußte mit Wohnwagen im Hof vorliebnehmen.

Einige meinten, die Gefängnismauern würden dem Image Abbruch tun und dem Sportfest viel von seinem Glanz nehmen. Doch nüchterne Geschäftserwägungen gingen vor. Das Gefängnis wird etwa 200

Personen ständige Arbeit sichern (in Lake Placid sind 20% der erwachsenen Bevölkerung arbeitslos), und der Bau der Anstalt hat dem amerikanischen NOK viele Mittel erspart, weil er von der Gefängnisverwaltung bezahlt wurde. Das Geschäftliche war überhaupt ausschlaggebend. Vielleicht deshalb, weil die weitaus meisten Mitglieder des Organisationskomitees Geschäftsleute waren. 74 Firmen zahlten zwischen 50 000 und 1,5 Mio Dollar für das Recht, zu den Veranstaltern der 13. Olympischen Spiele zu gehören. Als Gegenleistung durften sie das olympische Symbol für die Werbung benutzen. Im Fernsehen wurde das zu einer wahren Schwemme.

Das Recht auf die Übertragung von der Winterolympiade hatte die ABC erworben. Deshalb bestimmte sie, was die Amerikaner zu sehen bekamen. Die Leiter und Kommentatoren dieser führenden Fernsehgesellschaft der USA sind natürlich

mit den Geschäftsleuten aus Lake Placid nicht zu vergleichen, aber auch hier herrschten die engen Interessen vor, wenn auch im gesamt-amerikanischen Rahmen. Glück hatten der Eiskunstlauf, die Bobwettbewerbe, das Skispringen, der Abfahrts- und Torlauf, denn in diesen Disziplinen hofften die Amerikaner auf Medaillen. So konnten die Zuschauer Sportler aus verschiedenen Ländern sehen. Der Eisschnellauf? Man mußte Eric Heiden ja bewundern, warum aber wurde kein einziger Lauf ohne ihn gezeigt? Der sowjetische Skiläufer Nikolai Simjadow erhielt drei Goldmedaillen, wurde aber nie gezeigt. Die ganze „Skizeit“ gehörte dem Amerikaner Koch (Silbermedaille 1976), der diesmal beim 30-km-Lauf die Spur verließ und bei der 50- bzw. 15-km-Strecke den 13. bzw. 17. Platz belegte. Die Eishockeyspiele wurden nur gesendet, wenn die USA-Mannschaft spielte. Die einzige Ausnahme war das Spiel der sowjetischen und der schwedischen Mannschaft (Silber bzw. Bronze). Der Biathlon wurde überhaupt nicht gezeigt.

Eine solche „Auswahl“ hat kaum etwas mit der Festigung und Entwicklung der internationalen Sportkontakte zu tun, denen die Olympischen Spiele doch dienen. Aber hierbei gab das amtliche Washington das Zeichen, da es bei den letzten Vorbereitungen zur „weißen Olympiade“ versuchte, einen Boykott der Sommerspiele in Moskau durchzusetzen. Das IOC ging nicht darauf ein. Das amerikanische NOK weigerte sich, die Entscheidung sofort zu treffen, obwohl es unter sehr starkem Druck stand, und schob die Frage bis Mitte April auf. Die Sportler protestieren, denn mit einmalm müssen sie das opfern, wonach sie vielleicht seit Jahren strebten.

In der „Daily News“ (New York) lesen wir: „Es gab eine Zeit, da konnte der Boykott einer Sommerolympiade durch die USA diese schwer schädigen und den Wettbewerb in der Leichtathletik, im Schwimmen, Boxen und Basketball sinnlos machen. Jetzt nicht mehr. Mit Ausnahme des Schwimmens der Herren könnte die Abwesenheit der USA sogar unbemerkt bleiben.“

Trotzdem wird weiter Druck ausgeübt. Wiederum wird eine gute Sache, werden die olympischen Ideale der Jugend den eigennützigen Interessen geopfert, die mit denen der USA-Sportler und des ganzen amerikanischen Volkes nichts gemein haben.

New York

WASHINGTON KONTRA HELSINKI

Kaum ein Tag, an dem Washington nicht Schritte gegen die Olympiade'80 unternommen hätte. Der Präsident selbst scheut weder Mühe noch Zeit — und vergißt dabei, daß er einst persönlich seine Treue zu den Vereinbarungen von Helsinki deklarierte. Dabei heißt es in der Schlußakte: „Um bestehende Verbindungen und Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sports zu erweitern, werden die Teilnehmerstaaten entsprechende Kontakte und entsprechenden Austausch fördern, einschließlich Sporttreffen und Wettkämpfe aller Art, auf der Grundlage der geltenden internationalen Regeln, Bestimmungen und Praxis.“

Man fragt sich, welchen Niederschlag die gegen die Olympiade gerichteten Schritte der Carter-Administration im nächsten Bericht der US-Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa über die Verwirklichung der Schlußakte finden werden.

W. SIMIN

New York in Lake Placid den Ausnahmezustand. Die „New York Times“ quittierte das mit den Worten „Katastrophe auf ein Chaos reduziert“. Nunmehr mußte man höchstens eine bis anderthalb Stunden auf den Bus warten. Alle anderen Probleme blieben, hinzu kam



Von unserem politischen Kommentator
Lew BESYMENSKI

Hitlers Hinterlassenschaft

Viele der amerikanischen Historiker, die dem Entstehen des kalten Krieges nachgehen, fragen, wie es kam, daß die Führer der US-Streitkräfte, die Anfang 1945 keinerlei Bedrohung von seiten der UdSSR gesehen haben konnten, im Sommer und Herbst 1945 plötzlich in Denkschriften behaupteten, den USA, Westeuropa und sogar Asien drohe eine sowjetische Invasion.

Das wird verschiedentlich beantwortet. Manche Buchverfasser schreiben, viele führende Militärs, von Politikern schon ganz zu schweigen, hätten längst am „antikommunistischen Syndrom“ gekrankelt. Beim Staatsdepartement habe eine ganze Schule von Sowjetologen bestanden, die es nach Revanche für ihre im Krieg erlittene politische Niederlage gelüstete. Auch wird darauf hinge-

wiesen, daß die Spitzen der amerikanischen Waffengattungen gleich nach Kriegsende besorgt waren, man könnte ihnen die entsprechenden Bewilligungen entziehen. So schreibt Michael Sherry mit sarkastischem Unterton:

„Jede Waffengattung suchte sich einen Gegner aus, durch den ihr Bestehen gerechtfertigt wäre.“

Daniel Ergin fügte hinzu:

„Mit der Darstellung der UdSSR als Gefahr konnte man eine Erweiterung der Funktionen der Waffengattungen rechtfertigen.“

Die urplötzliche „Erleuchtung“ der Schreiber von Geheimberichten hat aber noch eine andere vielsagende Ursache: Das Schlagwort von der sowjetischen Bedrohung war dem amerikanischen und dem britischen Nachrichtendienst ganz unverkennbar von Politikern des untergehenden Hitlerregimes eingebläut worden.

Es ist keineswegs zuviel gesagt, daß die Naziführung schon seit Mitte 1943 hauptsächlich darauf rechnete,

die Verbündeten uneins machen zu können. Sie wartete das nicht untätig ab, sondern entwickelte hinter den Kulissen eine rege Betriebsamkeit, um zwischen die UdSSR und die Westmächte einen Keil zu treiben.

Nach dem Krieg wurde das bekannt. Es mag genügen, an die Verhandlungen von Abgesandten des SS-Nachrichtendienstes mit Allen Dulles als Vertreters der strategischen Aufklärung der USA von Anfang 1943 in der Schweiz zu erinnern (über die wir seinerzeit unaufgebaute Angaben veröffentlichten). In diesem Zusammenhang wollen wir auch auf das Treiben des Nazispies Generalmajor Reinhard Gehlen eingehen, der beim Generalstab des Heeres Chef der Abteilung Fremde Heere Ost war.

Er hatte die Wehrmachtsführung mit allerlei Prognosen versehen. Waren das aber von 1941 bis 1943 militärische (größtenteils falsche) Prognosen, so ging er gegen Kriegsende zu politischen über. Sie finden sich im Archiv in einer Denkschrift mit der anspruchsvollen Überschrift „Grundlagen und Ziele sowjetrussischer Außenpolitik“.

Was präsentierte Gehlen dem Führer? Er schrieb der „Sowjetunion eine maßlose Expansionspolitik“ in Europa (bis nach Gibraltar) und Asien (bis zum Persischen Golf) zu, die

„... vermutlich zur Austragung der nur notdürftig verschleierte Gegensätze zwischen den außenpolitischen Zielen der SU und denjenigen der Alliierten führen“ würden.

Der bundesdeutsche Historiker Hans-Heinrich Wilhelm, der dieses Aktenstück fand, erläutert es so, Gehlen habe

„... den kommenden Konflikt zwischen Ost und West als die große politische Chance Deutschlands“ gesehen. „Erst im Bunde mit Deutschland hielt die Fremde Heere Ost den Westen für stark genug, sich gegen die Sowjetunion zu behaupten, und aus dieser Tatsache mußte sich nach Ansicht der Abteilung politisches und militärisches Kapital schlagen lassen.“

Nach dieser Prognose haute Gehlen immer wieder in die gleiche Kerbe. Am 7. Oktober 1944 behauptete er, die UdSSR strebe nach „Inbesitznahme des Mitteleuropäischen Raumes“, nach einer „Machtstellung in Mitteleuropa“ bis zur „Alleinherrschaft“ über Europa. Das müsse die USA zu der Ansicht bringen, „allein das Deutsche Reich könne dem sowjetrussischen Anspruch auf Europa militärisch und politisch Einhalt gebieten“. Wilhelm fährt fort, Gehlen habe

„jene illusionäre Hoffnung auf einen

* Schluß. Anfang und Fortsetzung in Heft 7 und 8/80



Churchill beauftragte Feldmarschall Montgomery, Vorbereitungen zum Einsatz von Wehrmachtstruppen gegen die UdSSR zu treffen. Unser Bild (Frühjahr 1945): Montgomery (rechts) mit Generalen seiner Heeresgruppe

Zerfall der Kriegskoalition gegen Deutschland vorweggenommen, die noch im Frühjahr 1945 durch die Köpfe Goebbels' und Hitlers geisterte".

Dem kann man hinzufügen, daß Gehlen bis in die letzten Kriegstage hinein ins selbe Horn stieß, z.B. den Einmarsch der Sowjetarmee in Dänemark (!) und eine Fortsetzung der sowjetischen Offensive westlich der Elbe voraussagte. Die Wirklichkeit hat die Provokateure Lügen gestraft. An der Elbe reichten sich die Alliierten die Hände. Die sowjetischen Truppen kamen ihren Verpflichtungen genau nach.

Und Gehlen? Der bankrotte Nazispion beschloß, zu den Amerikanern hinüberzuwechseln und sie für die Angaben über die UdSSR zu interessieren, die er noch im Dienste der Nazis zusammengetragen hatte. Bekanntlich hatte er sich damit nicht geirrt. In amerikanischen Diensten blieb er bei seinen Vorurteilen, Irrtümern und provokanten Voraussagen. Liest man also in Pentagonpapieren von einem „Einfall der Russen in Westeuropa“ und von einem „russischen Vorstoß an den Persischen Golf und sogar nach Indien“(!), so erkennt man deutlich, daß die Generale im Pentagon vieles von den Überbleibseln der zerschmetterten Wehrmacht Hitlers übernommen haben.

Eine antisowjetische Koalition

Kommen wir auf die Dokumente zurück, in denen in der präzisen militärischen Ausdrucksweise, die keinen Zweifel an den Absichten der US-Führung bestehen läßt, der Plan für einen neuen Krieg dargelegt ist.

Sollte er ein Weltkrieg werden? Um das zu erfahren, muß man einen gewissen Unterschied zwischen den Aktenstücken 329 und 329/1 ins Auge

fassen. Im ersten ist hauptsächlich von den Streitkräften der USA, im zweiten von der Beteiligung Englands oder zumindest von einer Benutzung seiner Stützpunkte die Rede. Und schließlich figurieren in einer Richtlinie des Vereinigten Komitees für Kriegsplanung vom 14. Dezember 1945 als Verbündete ausdrücklich England, Frankreich und die Türkei.

Was war geschehen?

Eine Erstbesprechung des Berichts Nr. 329 hatte stattgefunden. Offenbar hatte es sich ergeben, daß zu einer erfolgreichen atomaren Bombardierung der UdSSR die den USA gehörenden Luftwaffenstützpunkte nicht ausreichen würden. In einem Dokument des Vereinigten Komitees für Kriegsplanung steht tatsächlich:

„Entscheidende Resultate können jetzt gegen die UdSSR nur durch Einsatz von Atombomben erzielt werden, die man mit Langstreckenflugzeugen zum industriellen Herzen der UdSSR befördert. Operieren könnten die Maschinen von England, Foggia (Italien), Agra (Indien), Tschengtu (China) und Okinawa aus.“

In diesem Dokument sind „die Land- und Luftstreitkräfte Großbritanniens und die Landstreitkräfte Frankreichs und der Türkei“ erwähnt, „auf die die USA rechnen könnten“.

Danach machten die amerikanischen Militärs einen Überschlag über die zahlenmäßige Stärke der britischen Truppen:

Die Marine: 15 Linienschiffe, 12 schwere Flugzeugträger, 40 Eskorte-Flugzeugträger, 12 schwere Kreuzer, 54 leichte Kreuzer, 350 Zerstörer, 42 Gefechtszerstörer und 148 U-Boote.

Die Luftwaffe: 134 Fliegerstaffeln in England, 50 in Westeuropa, 39 im Mittelmeerraum und 7 im Nahen und Mittleren Osten.

Das Heer: 30 britische Divisionen, 5 kanadische, 7 australische, 1 südafrikanische, 10 indische, zusammen 53.

Weiter eine „Inventur“ der französischen Truppen: 40 Fliegerstaffeln und 21 Divisionen. Im Pentagon zweifelte man jedoch daran, ob sie vor 1948 einsatzbereit sein könnten. Schließlich heißt es da, die Türkei habe 47 Divisionen.

Wir sehen also, daß man sich im Pentagon schon in den ersten Stadien der Planung eines Krieges diesen von selten des Westens als antisowjetische Koalition vorstellte.

Und was sollte mit General Gehlens Kollegen werden, den davongekommenen Generalen Hitlers, die dem Westen schon lange ihre Dienste für einen gemeinsamen Kampf gegen die UdSSR angeboten hatten?

Die Woodforder Variante

Davon ist in den amerikanischen Dokumenten, die uns verfügbar sind, nichts erwähnt. Um die Situation von Ende 1945, Anfang 1946 und die Absichten der Westmächte richtig zu beurteilen, tut man gut daran, auch andere Quellen zu benutzen, die nicht minder wichtig und beweiskräftig sind, nämlich britische.

England oder genauer Churchill hatte damals seinen eigenen Plan. Zum erstenmal erfuhr die Welt am 23. November 1954 davon, als der greise Premierminister in einer Rede, die er in dem Flecken Woodford hielt, überraschend sagte:

„Noch vor Kriegsende, während die Deutschen bereits zu Hunderttausenden kapitulierten und bei uns die Menge jubelnd durch die Straßen zog, telegraphierte ich an Lord Montgomery und wies ihn an, dafür zu sorgen, daß die deutschen Waffen gesammelt würden, damit man sie ohne weiteres wieder an die deutschen Soldaten ausgeben könnte, mit denen wir zusammenarbeiten müßten, falls die Sowjets ihren Vormarsch fortsetzen sollten.“

Es kam zu einem unglaublichen Eklat. Der Labourabgeordnete Shinwell machte im Unterhaus folgende Interpellation:

„Stellen Sie sich vor, wie das auf die Truppen gewirkt hätte... die bei Kriegsende in der Normandie kämpften... wenn man... nun plötzlich von ihnen verlangt hätte, sich mit den deutschen Nazitruppen zu verbünden, um gegen unsere bisherigen Verbündeten zu kämpfen!“

Ein anderer Abgeordneter erinnerte daran, wie Churchill Stalin ersuchte, im Winter 1945 die Offensive zu beschleunigen, und fragte ihn:

„Ist sich der Premierminister nicht der Tatsache bewußt, daß Hunderttausende junger Russen ihr Leben hingegeben haben, während er nur wenige Monate später bereit war, die deutsche Kriegsmaschine wiederaufzubauen?“

Tatsächlich war Churchill gegen Ende des Krieges von dem Gedanken besessen, „die Russen aufzuhalten“, womit er sich von den amerikanischen Antikommunisten nicht unterschied, sondern sie sogar noch über-

bot. Das wurde bei ihm zur fixen Idee. So bekam Feldmarschall Alexander Weising, „britische Polizeitruppen“ nach Jugoslawien zu schicken. Churchills Befehl lautete:

„Teilen Sie mir mit, welche Kräfte Sie gegen diesen Stoßtrupp Moskaus konzentrieren, dessen Spitze Tito ist.“

Nicht ohne Ironie antwortete Alexander:

„Ich bin überzeugt, unsere Soldaten werden gehorchen, aber ich glaube kaum, daß sie, wenn sie nun gegen die Jugoslawen eingesetzt werden, mit der gleichen Begeisterung kämpfen werden wie gegen die verhaßten Deutschen.“

Was die deutschen Westzonen betrifft, so sammelte Feldmarschall Montgomery auf Churchills Befehl große Kontingente kriegsgefangener Wehrmachtsoldaten und -offiziere. Bis Anfang Mai waren es in Schleswig-Holstein 1 419 000 und im Raum

von Magdeburg 300 000 Mann. Wie aber Montgomerys Stabschef, General de Guingand, meldete, waren nur 200 000 von ihnen in Kriegsgefangenenlagern erfaßt.

Auch nachdem die Wehrmacht kapituliert hatte, behielt man in der britischen Zone deutsche Truppenteile beisammen, worüber im Alliierten Kontrollrat hitzig debattiert wurde. Als Marschall der Sowjetunion Georgi Schukow eine Einstellung dieses eindeutigen Verstoßes gegen die Alliiertenabkommen forderte, mußten die britischen Vertreter das Vorhandensein solcher Einheiten eingestehen. Ihre wahren Absichten verschwiegen sie natürlich. Der britische Generalstabschef, Sir Alan Brooke, konnte doch nicht publik machen, was er 1945 in sein Tagebuch geschrieben hatte:

„24. Mai. Heute abend ging ich sorgfältig den Bericht der Planer über die

Möglichkeiten durch, die wir gegen Rußland haben.“

Die praktischen Vorbereitungen zur Verwendung der deutschen Einheiten waren im Gange. Oberst Meier-Welcker, der Stabschef des britisch kontrollierten deutschen Korps Ems, schrieb später:

„Es muß im Juni/Juli 1945 gewesen sein, als der Chef des Generalstabes zweimal den Besuch von zwei britischen Offizieren der Rheinarmee erhielt, die ihm in einem vertraulichen Gespräch vor allem die Frage stellten, ob die Truppen des Ems-Korps bereit seien, gegen die UdSSR ... zu kämpfen.“

So entwickelten sich die Dinge Mitte 1945 in der britischen Besatzungszone. Dies bestätigt, daß das in Woodford von Churchill kein falscher Zungenschlag gewesen war, sondern daß er dort das Geheimnis seiner eigenen antisowjetischen Pläne lüftete, die ein gemeinsames Vorgehen britischer und deutscher Truppen betrafen. Der amerikanische Historiker Prof. Arthur Smith neigt zu folgender Annahme:

„Nach den vorliegenden Quellen mußte man zu dem Schluß kommen, daß der Premierminister sehr nahe daran war.“

Warum die Pläne scheiterten

Unser Bericht, wie die amerikanischen und britischen Antikommunisten 1945 einen dritten Weltkrieg und einen Angriff auf die UdSSR planten, geht seinem Ende entgegen. Zwar sind einige Details noch ungeklärt, die Hauptsache aber ist folgendes:

— Gleich nach Kriegsende begannen die Spitzen der USA und Englands in krassem Widerspruch zu ihren offiziellen Erklärungen über die Nachkriegszusammenarbeit einen Krieg gegen ihren Verbündeten zu planen, den der Sieg 20 Millionen Menschenleben gekostet hatte.

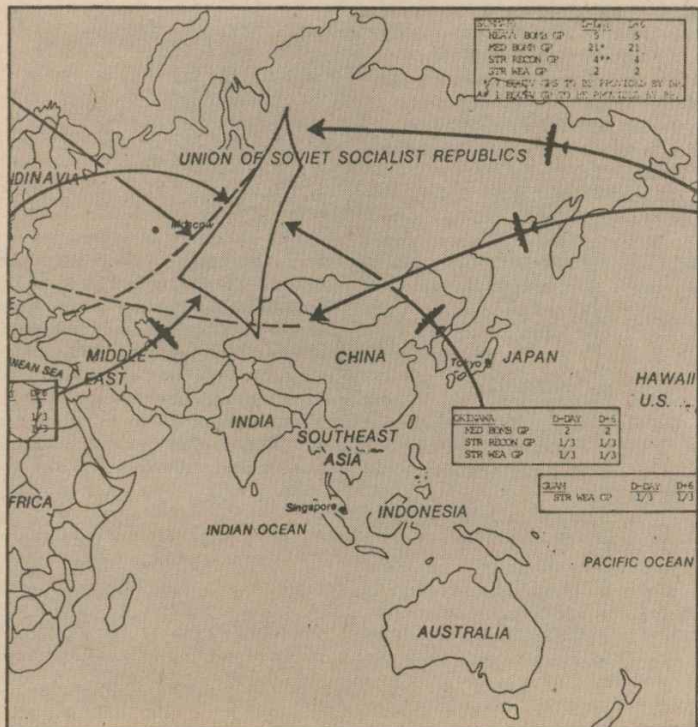
— Die Erstentwürfe des Pentagons zu diesem tückischen Plan sahen einen atomaren Bombenangriff auf Städte der UdSSR vor. Auf 20 sowjetische Städte sollten 196 Atombomben abgeworfen werden, wobei ein großer Teil ihrer 13 Millionen Einwohner zugrunde gehen konnte.

— Der Atomangriff sollte steigen, ehe die UdSSR in den Besitz von Atomwaffen käme.

Die Fehlkalkulation im Hinblick auf das letztere erklärt weitgehend, warum die Generale des Pentagons ihren zynischen Plan nicht ausführen konnten. Sie rechneten darauf, daß die UdSSR und ihre Wirtschaft nach dem Krieg geschwächt waren, und glaubten blind an ihre eigene atomare Überlegenheit. So meinte General

Beilage zum Drop-Shot-Plan des Pentagons von 1949. Der Plan betraf, ebenso wie uns bekannte Dokumente von 1945, Atombombenangriffe auf sowjetische Städte (s. Pfeile auf der Karte). Die durchgehende Linie zeigt den Aktionsradius mittlerer Bomber an, die punktierte Linie den der auf die USA, auf England, den Mittleren Osten und Südostasien gestützten schweren Bomber.

Laut Drop-Shot-Plan sollte der Angriff auf die UdSSR im Januar 1957 stattfinden. Als erste Phase war ein Atomangriff mit 300 Atombomben und 250 000 t konventionellen Bomben geplant; als zweite Phase eine Fortsetzung des Luftkriegs und Vorbereitung von 164 NATO-Divisionen auf Landoperationen. Als dritte Phase dachte man sich eine Invasion in die UdSSR und ihre Besetzung



Groves, der das amerikanische Atomprogramm leitete, daß die UdSSR mindestens 20 Jahre brauchen werde, um Atomwaffen zu entwickeln. Staatssekretär Byrnes rechnete mit 7—10, und in Dokumenten des Pentagons war von 10—15 Jahren die Rede. Sie waren alle auf dem Holzwege.

Auf die Leistungen der sowjetischen Industrie gestützt, kamen sowjetische Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker schon 1947 hinter das Geheimnis der Atomwaffen. Am 25. September 1949 meldete die TASS, daß die Sowjetunion Atomwaffen habe. Damit fielen die Voraussetzungen aus den Dokumenten Nr. 329 und 329/1 fort.

Und noch etwas hinderte die US-Generale daran, ihre Mordpläne gleich nach dem Krieg auszuführen. Darüber berichtete in seinen Erinnerungen Feldmarschall Montgomery, der seinerzeit bereit war, mit den Überbleibseln der Wehrmacht gegen die UdSSR zu ziehen. Er erwähnt ein Gespräch, das er 1946 mit Eisenhower hatte. Sie tauschten Erinnerungen aus, auch über den eventuellen Krieg gegen die UdSSR von 1945. Eisenhower bedauerte, daß die Westmächte „nicht fest geblieben“ seien, nötigenfalls hätten sie auch vor einem Krieg gegen die UdSSR nicht haltmachen dürfen.

Montgomery will ihm nicht zustimmen, sondern gesagt haben:

„Das britische Volk hatte den Krieg bis obenhin satt und hätte 1945 nicht zum Kriegsführen gegen die Russen überredet werden können. Die Russen waren im deutschen Krieg zu Helden geworden, und jede britische Regierung, die gegen sie 1945 hätte Krieg führen wollen, hätte bei sich zu Haus Schwierigkeiten gehabt.“

Das traf gewiß zu. Nicht nur das britische Volk, sondern auch jedes andere hätte nichts für die provokativen Pläne der antikommunistischen Politiker der USA und Englands übrig gehabt. So sehr die Feinde der UdSSR auch von Haß verblindet waren, sie sahen ein, daß sie das Abenteuer nicht wagen konnten.

Ihre Abenteuerpläne gaben sie aber nicht auf. Heute wissen wir, daß auf der Grundlage von 329 und 329/1 der Charioteerplan (133 Atomschläge gegen 70 sowjetische Städte) aufgestellt wurde, dann die Pläne Cogwheel, Gunpowder, Doublestar, ABC 101, Dualism und Fleetwood. Und schließlich — 1949 — begann man den Drop-Shot-Plan auszuarbeiten, laut dem 1957 nicht mehr 196 oder 133, sondern 300 Bomben auf sowjetische Städte fallen sollten. Danach sollten 164 NATO-Divisionen in unserem Land einmarschieren. Das ist

aber ein anderes Kapitel der amerikanischen Kriegspolitik, über das wir bereits recht ausführlich (in Nr. 34 und 35/79) schrieben.

Gestern und heute

Wir haben über Geschehnisse geschrieben, die 35 Jahre zurückliegen. In der Welt und im internationalen Kräfteverhältnis ist inzwischen vieles anders geworden. Viele Absichten der Feinde des Sozialismus und Gegner der internationalen Zusammenarbeit der Völker konnten vereitelt werden.

Das Vergangene ist jedoch für das Verständnis des jetzigen Geschehens durchaus nicht entbehrlich. Erstens ruft es der Menschheit in Erinnerung, daß sie am US-Militarismus einen äußerst gefährlichen und tückischen Gegner hat. Wenn es die Pentagongenerale fertig bekamen, 1945 einen Atomschlag gegen die UdSSR zu planen, als Millionen auch in den USA unser Land für seine Beisteuer zu dem großen Sieg bewunderten und ehrten, dann kann man sich vorstellen, was für satanische Pläne sie jetzt schmieden.

Die Dokumente von 1945 enthüllen restlos die Heuchelei, mit der die USA damals salbungsvoll erklärten, sie würden nach Frieden und Zusammenarbeit streben. Mit dem Ölzeig tarnte man die Atombombe, mit der die amerikanischen Welt Herrschaftsanswärtler den anderen Völkern, auch dem sowjetischen, ihren Willen aufzwingen wollten. Schon damals gebrauchten sie Schlagworte wie „sowjetische Bedrohung“ und „sowjetische Gefahr“, obwohl für den Frieden keine sowjetische, sondern eine greifbare amerikanische Gefahr bestand.

Jetzt kann man über die Geschichte des kalten Krieges nur einer Meinung sein: **Dieser höchst gefährliche Abschnitt der Nachkriegsgeschichte brach auf Initiative der USA an.** Das bezeugen die Dokumente von 1945 und aus späteren Jahren. Man kann verstehen, warum die Drahtzieher der amerikanischen Propaganda die Schuld am kalten Krieg so fieberhaft auf die UdSSR abzuwälzen suchen. Sie haben ja schon lange ein schlechtes Gewissen.

Bei aller Verschiedenheit der Situation von 1945 und 1980 ist eine Gemeinsamkeit nicht zu verkennen. Mit ihrem Auftrag, einen Atomangriff auf die UdSSR zu planen, verfolgten die Spitzen der USA, wie es in den Dokumenten schwarz auf weiß steht, den Zweck, sich eine militärische Überlegenheit „über einen beliebigen potentiellen Gegner“ zu sichern. Stellen sich die Spitzen-

politiker der USA aber nicht auch zu Beginn der 80er Jahre immer wieder diese unerfüllbare Aufgabe, wenn sie der Welt eine neue Runde des Wettrüstens aufrühten?

In dieser Hinsicht sind die Lehren aus dem laut Bericht Nr. 329 geplanten, aber ausgebliebenen Unternehmen besonders wichtig und nützlich. Sie besagen folgendes:

— Es ist eine gefährliche Illusion, die militärische Überlegenheit erlangen zu können. Sie hat schon wiederholt die USA und andere westliche Länder zu Abenteuern verleitet, aus denen sie dann nur schwer wieder herauskamen. Jede Runde im Wettrüsten hat bei denen, die von einer Aggression bedroht waren, nur eine Gegenwirkung ausgelöst. Dadurch wurde eine zeitweilige Überlegenheit null und nichtig gemacht. Es waren aber kolossale Mittel verausgabt worden, die man gut für friedliche Zwecke hätte verwenden können.

— Die Jagd nach militärischer Überlegenheit ist ein äußerst gefährlicher Anreiz zu Abenteuern. Aus den Dokumenten von 1945 geht hervor, daß das Gefühl einer militärischen Überlegenheit den amerikanischen Militärklüngel zu einem „Erstschlag“ gegen die UdSSR antrieb. Die gefährliche Idee vom Erstschlag sitzt noch heute bei den Atlantikgeneralen fest, was viele Dokumente der NATO zeigen.

Und schließlich kann man sich aus den Plänen für den ausgebliebenen Atomangriff auf die UdSSR nochmals davon überzeugen, daß die Politik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder grundrichtig ist. Die Maßnahmen der Sowjetregierung zum Schutz unserer Freiheit und Unabhängigkeit waren und sind eine gebührende Antwort auf die Ränke von Kriegsplanern wie denen, über die wir berichtet haben. **Leonid Breschnew hat erklärt: „Der Leninsche außenpolitische Kurs... vereinigt in sich konsequente Friedensliebe mit entschlossener Abfuhr für Aggression. Er hat sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt, ihm werden wir auch künftig folgen. Von diesem Kurs wird uns niemand abbringen.“**

Nicht zum ersten Mal stößt der Sozialismus auf raffinierte Pläne seiner Gegner. Insofern waren auch die amerikanischen Pläne von 1945 keine Ausnahme. Wie die weiteren Ereignisse zeigen, haben das Sowjetvolk und seine Verbündeten die Bedrohung zu bannen vermocht. Man kann sicher sein, daß sie immer für sich einzustehen wissen werden.

Ich habe in der „Neuen Zeit“ gelesen, daß in der UdSSR der Islam wie auch die anderen Glaubensbekenntnisse geachtet werden. Anderweitig habe ich aber gelesen, daß in der UdSSR den Leuten der Atheismus aufgezungen wird. Wie können sich denn auch religiöse Körperschaften in einem Land betätigen, in dem eine kommunistische Partei regiert und Propaganda für die Ungläubigkeit gemacht wird! Das ist schwer zu verstehen.

Habib SALEM
London



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Gennadi
KOBJAKOW

Ich bringe hier zwei Zitate, damit Sie, Herr Salem, aus erster Hand einen Eindruck von den Grundlagen der Einstellung des Staates und der Partei zur Religion in unserem Lande gewinnen.

Das eine stammt aus dem nach der Oktoberrevolution angenommenen Parteiprogramm. Lenin, der Begründer unseres Staates, formulierte im Entwurf dazu folgende Aufgabe: „Die proletarische Diktatur muß unbeirrt dargehen, die werktätigen Massen tatsächlich von den religiösen Vorurteilen zu befreien, sie erstrebt das durch Propaganda und Erhöhung des geistigen Niveaus der Massen, wobei sie zugleich sorgfältig jede Verletzung der Gefühle des gläubigen Teils der Bevölkerung... vermeidet.“ Das andere Zitat entnehme ich Artikel 52 der sowjetischen Verfassung: „Den Bürgern der UdSSR wird Gewissensfreiheit garantiert, das heißt das Recht, sich zu einer beliebigen oder keiner Religion zu bekennen, religiöse Kulthandlungen auszuüben oder atheistische Propaganda zu betreiben. Das Schüren von Feindschaft und Haß im Zusammenhang mit religiösen Bekenntnissen ist verboten.“

In der UdSSR sind die Kirche vom Staat, die Schule von der Kirche getrennt.“

Also einerseits ein konsequentes Befolgen des Grundsatzes der Gewissensfreiheit, die völlige Freiheit für jeden Gläubigen, sich ein Glaubensbekenntnis zu wählen und die entsprechenden Bräuche einzuhalten, und andererseits die Möglichkeit, frei eine atheistische Anschauung zu äußern.

Man darf die Einstellung der KPdSU zur Religion als einer Ideologie nicht

mit dem Verhalten des Sowjetstaats zu den Rechten seiner Bürger wie auch zu deren religiösen Vereinigungen verwechseln. In der UdSSR bestehen über 20 000 orthodoxe und römisch-katholische sowie protestantische Kirchen, Synagogen, altgläubige und baptistische Bethäuser, Moscheen, buddhistische Tempel usw. Die Sowjetmacht behindert sie nicht in ihrer religiösen Tätigkeit, z. B. in der Herausgabe geistlicher Schriften wie der Bibel, des Korans, ferner Zeitschriften, Gebetbücher, Kalender und theologischer Abhandlungen. In unserem Land gibt es rund 50 solche Publikationen. Die religiösen Körperschaften haben 18 Priesterseminare und -akademien. Kultgegenstände wie Ikonen, Kerzen und Kirchengeräte sind erhältlich. Wichtig ist ferner, daß die aus Spenden der Gläubigen unterhaltenen Gotteshäuser nicht besteuert werden.

Eine Bedingung für die Gewissensfreiheit ist die Trennung von Kirche und Staat. Das bedeutet, daß die Kirche kein Recht hat, sich in staatliche Angelegenheiten einzumischen. Indessen schützen der Staat und seine Organe die gesetzliche Betätigung der religiösen Organisationen und garantieren ihnen die Möglichkeit, ihre Riten auszuüben. Mehr noch, Störungen bei solchen Riten sind, falls diese nicht der öffentlichen Ordnung zuwiderlaufen und die Rechte anderer Bürger schmälern, nach § 143 des Strafgesetzbuches der RSFSR strafbar (darauf stehen bis zu sechs Monaten Besserungsarbeit oder eine öffentliche Rüge). Solche Paragraphen haben auch die Strafgesetzbücher der anderen Unionsrepubliken. Wie ich schon feststellte, heißt es in der

Verfassung der UdSSR: „Das Schüren von Feindschaft und Haß im Zusammenhang mit religiösen Bekenntnissen ist verboten.“ Auch diese Bestimmung ist dazu da, die Rechte der Persönlichkeit zu wahren.

Vor dem Gesetz sind Gläubige und Ungläubige in unserem Land gleich. Die Einstellung zur Religion kann keinen Bürger daran hindern, alle ihm gesetzlich zustehenden politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, persönlichen sowie Bürgerrechte und -freiheiten auszuüben. Kein Ausweis eines Sowjetbürgers — Geburts- und Trauschein, Paß, Arbeitsbuch usw. — enthält eine Rubrik über die Zugehörigkeit zu einer Religion, was noch eine Garantie für die Glaubensfreiheit darstellt.

Hier aber ein paar andere Beispiele. In den amerikanischen Bundesstaaten Arkansas, New Jersey und Maryland erkennt ein Gericht die Zeugenaussagen eines Atheisten nicht an, und laut Verfassung einiger Bundesstaaten müssen deren Bürger unbedingt einen religiösen Kult ausüben. In 16 Bundesstaaten werden atheistische Äußerungen mit Geldstrafen von 30—1000 Dollar oder Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren geahndet. Ist das etwa Gewissensfreiheit?

Wir Marxisten gehen davon aus, daß die materialistische Weltanschauung mit dem Vorwärtkommen der Wissenschaft immer weniger Raum für einen religiösen Glauben bietet. Dieser Prozeß schreitet unaufhaltsam vorwärts. Wir sind aber dagegen, ihn künstlich zu beschleunigen und Menschen den Atheismus aufzuzwingen. So steht es mit der Gewissensfreiheit bei uns.



Was ist Panamerikanismus?

N. SUSCHKO

Naltschik, ASSR der Kabardiner
und Balkaren

Die griechische Vorsilbe „pan-“ bedeutet soviel wie „all-“, „ganz-“, „gesamt-“. Unter Panamerikanismus wird die sogenannte Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen, politischen, ideologischen, kulturellen und militärischen Ziele aller Länder der westlichen Hemisphäre unter der Ägide der USA verstanden. Die Idee der „kontinentalen Solidarität“ bzw. des „Panamerikanismus“ liegt der imperialistischen Lateinamerikapolitik der USA zugrunde.

Offiziell wurde der Panameri-

kanismus auf der I. Panamerikanischen Konferenz (Washington, 1889) verkündet. Im Jahre 1910 bekam er feste Gestalt, als die Panamerikanische Union geschaffen wurde. Im Grunde hatte sie den Zweck, die Knechtung der lateinamerikanischen Länder zu erleichtern. Mittlerweile hat sich der Panamerikanismus verändert, aber sein Wesen ist noch immer das alte: die imperialistischen Großmachtbestrebungen der USA und ihre Ansprüche auf die Hegemonie in Lateinamerika zu rechtfertigen.

Bildungshunger

Im kanadischen Parlament gibt es einen Ruhe- raum für die Abgeordneten der Regierungspartei und einen für die der Opposition. Hier können sie sich von den hitzigen Debatten bei einer Tasse Kaffee oder einem Buch aus der Bibliothek ausruhen. Reporter von „Globe and Mail“ haben sich notiert, welche Bücher von den konservativen Abgeordneten am meisten gelesen werden. Hier eine Kostprobe: „Der einzige Investitionsratgeber, den Sie brauchen“, „Dr. Wayne W. Dynner geht Ihre erogenen Zonen durch“, „Die Körpersprache des Sex, der Kraft und Aggression“. Bei den Wahlen haben jetzt die Liberalen gesiegt, und die Tories müssen in den Ruheraum der Opposition umziehen, wo sie noch mehr Zeit für ihre Lieblingslektüre haben werden.

Boykottgeschrei aus Angst



An den „Guardian“ schrieb ein gewisser D. K. Shearing aus der Siedlung Spratton (England), daß die britischen kalten Krieger in manchen Ämtern eine Verlegung der Olympischen Spiele aus Moskau durchdrücken wollen, zum Teil aus Angst, daß die Medaillen wieder nach den sozialistischen Ländern gehen könnten, und besonders weil sie fürchten, die TV-Sendungen aus der UdSSR werden den

Engländern einen Begriff davon geben, wie es da in Wirklichkeit zugeht.

Arme Patienten!



Die Prüfungen in praktischer Diagnose fallen den Studenten der medizinischen Hochschule in Kairo sehr schwer, besonders weil die Vorbildung dafür nicht ausreicht und die Patienten aus Mißtrauen gegen die jungen Leute nicht gern mit den Symptomen ihrer Erkrankungen herausrücken. Wie die in Kairo erscheinende Zeitschrift „Rose el-Youssef“ mitteilt, sind manche Studenten auf die Idee gekommen, die Kranken mit je 20 ägyptischen Pfund zu bestechen, worauf diese nicht nur die Symptome herbeten, sondern sogar sagen, wie ihre Krankheit heißt. Die Studenten schneiden dann bei den Prüfungen gut ab, aber ihre zukünftigen Patienten werden bestimmt nichts zu lachen haben.

Strauß kann sich freuen

Die bayrische Firma Diehl entließ einen Arbeiter, weil er mit einem Abzeichen am Rock zur Schicht gekommen war, auf dem „Stoppt Strauß“ stand. Der Mann klagte beim Arbeitsgericht. Das wies die Klage aber mit der Begründung ab, am Arbeitsplatz einen Slogan an sich zu tragen, der einen politischen Gegner während herausfordere.

sei nicht statthaft. Genauso erging es einer Münchner Gymnasiastin. Der Rektor verbot ihr das Betreten der Schule, weil sie ein Abzeichen mit derselben Aufschrift nicht abnehmen wollte. Auch ihre Klage wurde vom Gericht abgewiesen, und dieses erklärte dazu, die verfassungsmäßig garantierte freie Meinungsäußerung sei weniger wichtig als die Wahrung der Schulordnung. Wie sie mit dem Abzeichen diese Ordnung gestört haben soll, darüber ließ das Gericht nichts verlauten.

Brudertreue

Jimmy Carters Bruder Billy hat erklärt, er stelle sich voll für den Wahlkampf seines Präsidentenbruders zur Verfügung. Laut „International Herald Tribune“ hat er hinzugefügt, daß er mit diesem nicht zu allen politischen Fragen einer Meinung sei.

Spendabel



Das britische Verteidigungsministerium ist so reich, daß es 7 Mio Pfund Sterling für die Einrichtung von Billard- und Kartenspielsälen in den Kinos des Stabs der Instandsetzungsingenieure in Bordon verausgabt hat. Müssen die anderen Ministerien jedes halbe Jahr beim Schatzamt abrechnen, so dieses nur alle anderthalb Jahre. Kein Wunder, daß es 15% seines aufgeblähten Etats von rund 1,2 Md. Pfund Sterling für Zwecke ausgibt, die, so der „Guardian“, „nichts mit der Sicherheit Großbritannien zu tun

haben“. Für Steuergelder werden luxuriöse Gaststätten eingerichtet, Kapellen bezahlt sowie Gärtner und Diener für die Generale besoldet.

Ökologische Kettenreaktion

Die Vorliebe der Feinschmecker vieler Länder für Froschschenkel hat in Bangladesch das ökologische Gleichgewicht gestört. Man hat Frösche in Massen für den Export gefangen. Darauf haben sich die Insekten katastrophal vermehrt. Manche von diesen schädigen die Saaten, so daß die Bauern viel mehr Pestizide und andere Chemikalien benutzen müssen, was wiederum den Boden und das Grundwasser vergiftet.

Kein Wunder

Die indonesische Polizei nahm einen 27jährigen Bewohner von Sumatra fest, der, wie die Presse mitteilt, seit 6 Jahren 121 Frauen geheiligt hat. Bei der Untersuchung stellte es sich heraus, daß er nur die Namen von 28 der Damen noch wußte.

Bei der Post klappt's



In Norwegen bestehen für den Verkauf harter Getränke strenge Einschränkungen. In vielen Gebieten kann man sie nur durch die Post beziehen. Seit 25 Jahren ist der Verbrauch von Spirituosen trotzdem auf das Doppelte angewachsen.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis

Von Tür zu Tür EXPRESS PER SCHIFF UND BAHN!

Europa—Japan, Hongkong und die Philippinen

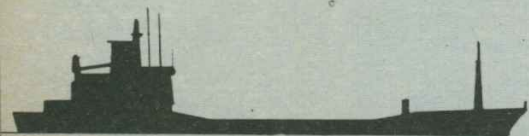
Stellen Sie Ihre Container auf die TSCS-Strecke
und vergleichen Sie!

BILLIG

TSCS

SCHNELL

SICHER



Von Yokohama
nach England
nur 16 Tage!

TSCS

Jede andere Route ist ein langer Weg über
Ozeane und Kontinente.

Alle Häfen Nordwesteuropas und des
Mittelmeers sind durch Containerlinien der
Ostsee-, der Asowschen und der Lettischen
Reederei mit dem TRANSSIBIRISCHEN
CONTAINERSERVICE verbunden.

Am anderen Ende besorgt die
Fernost-Reederei den Containerservice mit
neun Häfen Japans sowie mit Hongkong
und den Philippinen.

Tägliche Abfahrt aus Japan!

Die vier Reedereien des Klubs der Seespediteure des TSCS bürgen für
ausgezeichneten Service:

OSTSEEREEDEREI
UdSSR, Leningrad 198035
Meshewoi Kanal 5

Telegrammanschrift:
MORFLOT, LENINGRAD

Telex: 501, 502, 503
ASOWSCHE REEDEREI
UdSSR, Shdanow 341010
Pr. Admirala Lunina 89

Telegrammanschrift:
MORFLOT, SHDANOW
Telex: 254

FERNST-REEDEREI
UdSSR, Wladiwostok 690019
Ul. 25. Oktjabrja 15

Telegrammanschrift:
MORFLOT, WLADIWOSTOK

Telex: 213135
LETTISCHE REEDEREI
UdSSR, Riga
Boulevard Padomiu 2

Telegrammanschrift:
MORFLOT, RIGA
Telex: 1119, 1170

Hauptkoordinator des TSCS — **V/O Sojuswнешtrans**

Im Objektiv: HOLLAND



Die Niederlande führen ihren Namen offenbar darauf zurück, daß die emsigen Holländer ca. 40% ihres Landesgebiets dem Meer abgewonnen haben. Schon im Mittelalter legten sie Moore mit Hilfe der Windmühlkraft trocken. — Später machten sie diese Ländereien — die Polder — nutzbar und verwandelten sie in ein Gebiet mit einem Ackerbau und einer Viehzucht höchster Klasse. Nicht minder beharrlich haben die Holländer ihre Selbständigkeit behauptet. Auch heute zeichnen sie sich durch einen freien Sinn aus. Die meisten sind entschieden gegen die von der NATO geplante Stationierung von Neutronenwaffen und neuen US-Raketen in ihrem Land.

Die Städte Hollands sind sich alle irgendwie ähnlich, vielleicht durch die vielen Blumen. Mit deren Export sind die Niederlande in Europa führend. Und doch hat jede Stadt etwas Eigenes. Die Amsterdamer sind stolz darauf, daß der große Spinoza in ihrer Stadt geboren wurde und Rembrandt dort gelebt und gewirkt hat. Weltberühmt sind die Diamantenschleifereien des nordischen Venedigs. In Zandam zeigt man den Touristen unbedingt das Häuschen Peters I., das als



Junge Amsterdamer protestieren gegen die Arbeitslosigkeit

Einer der vielen Kanäle Amsterdams

Rotterdam, einer der größten Häfen der Welt

So kleideten sich die Holländerinnen schon in alten Zeiten

Das Madoerodam, ein Freilichtmuseum in der Umgegend von Den Haag



Wahrzeichen der alten Freundschaftsbeziehungen zwischen Holland und Rußland bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben ist. Diese Beziehungen werden jetzt im Rahmen der sowjetisch-niederländischen geschäftlichen Zusammenarbeit zum beiderseitigen Vorteil ausgebaut.

Holland, das Land der Windmühlen

Eine Krokuspflanzung

Fotos: TASS